blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt



Israel in den neunziger Jahren

außerdem:

Türkei: Kemalisten gegen Özal

Angola: Friedensprozeß stockt

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
NEU : Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Uwe Göde, Stephan Günther, Daniela Heuberger, Hilmar Höhn, Uwe Jungfer, Sebastian Kasack, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Dirk Kohn, Georg Lutz, Mechtild Maurer, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Jörg Später, Ulrike Steckkönig, Frank Sträter, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 4 30 71

Redaktionsschluß für Nr. 187:
11.1.1993

Anzeigenschluß für Nr. 187:
(Druckfertige Vorlagen) 18.1.1993

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Bildnachweis: APA-Guides Israel, 1992
Geo-Spezial Israel, 1988

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Dieser Ausgabe der blätter des iz3w liegen Beilagen des 'Publik Forum' und der 'Informationsstelle El Salvador'(Bonn) bei. Außerdem ist die achte Ausgabe der Zeitschriftenbeilage '500 Jahre Kolonialismus' beigeheftet.

Entschuldigung:

Unser Beitrag über 'Spenden verlängern den Bürgerkrieg' in Somalia 'blätter Nr.185, November 1992, Seite 3ff war ein Nachdruck einer Dokumentation der Frankfurter Rundschau vom September 1992. Der Hinweis war uns beim Bearbeiten des Textes verloren gegangen.
P.S. Unsere Pressedokumentation (35 Seiten DinA4) zu den Vorgängen in Somalia ist weiterhin für 10.-DM (Porto inklusive) erhältlich.

Inhaltsverzeichnis:

Schwerpunkt 187
Alternative Lern- und Lehrmethoden

Die Lehr- und Lernsituation an vielen Primar- und Sekundarschulen in Ländern der sogenannten Dritten Welt bestimmt immer noch der medien- und anschauungsarme Frontalunterricht. Aber auch dort, wo Medien zur Verfügung stehen, wird vieles diskutiert und wenig experimentiert. Die Reform dieses Unterrichtes ist eine zentrale Forderung vieler Bildungsprogramme.
Praktisches und Theoretisches zu diesem Themenkomplex bildet unseren nächsten Schwerpunkt. Beiträge von Leserinnen oder Leser, die eigene praxisbezogene Erfahrungen oder Beispiele beisteuern können, sind erwünscht.

'blätter des iz3w'
Postfach 5328
7800 Freiburg

Rassismus à la Weizsäcker

"Sie meinten, der Antisemitismus erst entstelle die Ordnung, die doch in Wahrheit ohne Entstellung der Menschen nicht leben kann." (Horkheimer/Adorno)

Die Einheitsfront der Antirassisten ist perfekt. In Berlin versammelte sich die Politikerklasse mit ihrem Volk zu einem für das Ausland inszenierten Medienspektakel, um ihre Betroffenheit über brennende Flüchtlingsheime und KZ-Gedenkstätten sowie die Anschläge auf das "Gewaltmonopol des Staates" kundzutun. Der Bundespräsident schärfte auf ein Neues das deutsche Gewissen, was nichts anderes heißt, daß mensch deutsch zu denken und zu fühlen habe und deshalb gerade nicht als eigenständiges Subjekt.

Dem anständigen Deutschtum fühlt sich auch die Sozialdemokratie traditionsgemäß verpflichtet. Mit dem Leitantrag der SPD für den Sonderparteitag, in dem sich mit kleinen Abstrichen auch CDU und FDP wiederfinden, hat sich der nationale Konsens in der Frage herausgebildet, wie am geschicktesten mit dem "Asylantenproblem" umzugehen sei. Dabei wurde der archimedische Punkt, der Artikel 16 des Grundgesetzes, nach bester sozialdemokratischer Manier so ergänzt, daß er zwar erhalten, in seiner Substanz aber außer Kraft gesetzt ist.

Der Streit um den Artikel 16 - so notwendig das Eintreten für den Erhalt des Individualgrundrechts auch ist - hat bizarre Formen angenommen. Die Haltung zu diesem Artikel trennte lange Zeit die wahren von den falschen Antirassisten. Doch dieses Symbol einer liberalen Asylpolitik lenkte von der Normalität staatlicher Politik ab. Der Normalbetrieb des Staates - Recht und Gesetz, Asyl- und Sozialpolitik - definiert und kennzeichnet, hierarchisiert und sonderbehandelt permanent entlang der Kriterien Staatszugehörikeit, Besitz und verwertbarer Leistung.

Eine 'funktionsfähige' Bevölkerung im Innern, die den (Staats-)Betrieb im Normalfall aufrechterhält, wird ergänzt durch die Beschaffung von Arbeitskraft aus anderen Staaten, die man aber bei wirtschaftlichem Niedergang abstoßen muß. Die ethnische Hierarchisierung der Gesellschaft, die der Staat durch die tagtägliche Produktion von Sonderregelungen und Sondergesetzen den 'Fremden' aufoktroyiert, ist sozialpolitisch und ökonomisch wertvoll: Der Staat hat gerade bei knapper werdenden Mitteln mit der Unterscheidung von 'Staatsvolk' und 'Volksfremden' die Möglichkeit, den 'Inländern' ein größeres Stück vom Kuchen zuzuteilen. Das Kapital holt sich durch das Angebot von Arbeitskräften, die unter dem gesellschaftlichen 'Normalwert' gekauft werden können, einigen Extraprofit.

Die möglichst effektive Regelung für Einwanderung und Abschiebung und damit die institutionalisierte Produktion eines Sonderstatus für bestimmte Menschengruppen ist Staatsaufgabe. Um diese durchzusetzen, nutzt er zuweilen auch den Wunsch großer Bevölkerungsteile nach "ausländerfreien Zonen". Das Agieren des völkischen Mobs ist wiederum die Antwort der Straße auf das "Angebot" des Staates, der mit seiner Politik "Volksfremde" produzieren muß.

Daß die Zusammenarbeit zwischen staatlichem Rassismus - rechtsradikalen Schlägerbanden und applaudierendem Mob in absehbarer Zeit endet, darf deshalb bezweifelt werden. Auf der Tagesordnung steht die "Festung Europa", d. h. in den beschönigenden Worten des SPD-Leitantrags "ein europäisch abgestimmtes Einwanderungsrecht entsprechend unserer Aufnahme- und Integrationskapazität". Bis weit in das linke Spektrum hinein werden Vorschläge und Anregungen ausgearbeitet, welche Selektionskriterien für Flüchtlinge anzuwenden seien, in der Hoffnung die "nationalen Interessen" effizienter und auslandsverträglicher durchzusetzen.

Schon die Diskussion, die Cohn-Bendit Anfang des Jahres über die Aufnahmekapazitäten der multikulturellen Gesellschaft lancierte, wies in diese Richtung. Die Einführung von Einwanderungsgesetzen soll neben dem in seiner urspünglichen Funktion ausgehebelten Asylrecht für einen rational und effizient regulierten "Ausländerzustrom" sorgen. Das "nationale Interesse" an der Beseitigung der "Überlastung" der Bevölkerung durch MigrantInnen - also der Erhalt des Wohlstands - steht auch im Mittelpunkt dieser Argumentation.

Einigkeit herrscht parteienübergreifend, daß ein "zuviel" an Fremden dem "Volk" Schaden zufügt. Selbst eine Organisation wie "Pro Asyl" bleibt dieser Argumentationslinie verhaftet: Sie betont zwar die Notwendigkeit, Fluchtursachen zu beseitigen, in ihren realpolitischen Forderungen sind doch wieder die Flüchtlinge das Problem. Diese gilt es über beschleunigte Asylverfahren und den Abbau der "Altfälle" möglichst schnell wieder aus dem Land zu bringen. Bevölkerungspolitik, die sich in Asyl-, Ausländerrecht und Sozialrecht manifestiert, wird damit als staatliche Aufgabe anerkannt. Gestritten wird konsequenterweise nur noch um die effizientesten Auslesekriterien.

Der "nationale Konsens", der sich bei der Einwanderungsfrage anbahnt, ist nur Ausdruck für eine Entwicklung, in der es nicht mehr verpönt ist, sich zu seiner Nation zu bekennen und heftigst an dem Aufbau einer "nationalen Identität" mitzubasteln. Seit den 80ern ist allgemeine Flucht der Linken in die realpolitische Verantwortung erkennbar. Mit dem Verlust systemtranszendierender Utopien und dem "Ende der Geschichte" findet eine allgemeine Rückbesinnung auf die "nationalen Aufgaben" statt. Ob es um die Besetzung des Begriffs der "Nation" von links schon während der 80er Jahre, die Golfkriegsdebatte oder die Erwägungen zu einem Militäreinsatz unter deutscher Beteiligung geht: Die ehemalige Linke konkurriert mit der Rechten im vaterländischen Wettstreit.

Mit oder ohne Abschaffung des Asylrechts wird durch den Konsens in der Einwanderungsfrage ein modernisierter Rassismus Allgemeingut. Staatlicherseits auf Effizienz getrimmt, sortiert er nicht mehr überwiegend nach so atavistischen Kriterien wie Hautfarbe oder Religion. Was zählt sind die Brauchbarkeitskriterien des kapitalistischen Weltmarkts. Fremdes Menschenmaterial wird nach seiner Nutzbarkeit und den politischen Kosten abgewogen. Ob damit aber der Privatinitiative und dem Privaturteil des Mobs das Handwerk gelegt wird, ist zu bezweifeln.

Deshalb gilt das Motto von Berlin: Wer Schönhuber treffen will, darf an Weizsäcker nicht vorbeizielen.

Christine Parsdorfer
Jörg Später

Schach dem Sieger!

Der schwere Weg Angolas zum Frieden



Savimbi pflegt gute Beziehungen zu Mobuto und erhält als Gegenleistung Waffen

Mit dem Bicesse-Abkommen vom 31. Mai 1991 war nach sechzehn Jahren Bürgerkrieg endlich Frieden in Angola eingekehrt. Dieser zwischen der MPLA-Regierung und den UNITA-Rebellen unter internationaler Vermittlung geschlossene Frieden sollte mit den Wahlen am 29. und 30. September in eine Demokratie übergehen. Doch UNITA-Führer Jonas Savimbi erkannte die verlorenen Wahlen nicht an. Bei den ersten Gefechten starben wieder weit über 1.000 Menschen.

Blutüberströmte Leichen, ausgebrannte Autowracks und Häuser - ein bekanntes und wieder neues Bild in Angola. Nachdem die UNITA in mehreren Provinzen im Landesinneren wichtige Stellungen unter ihre militärische Kontrolle gebracht hatte, lieferten sich UNITA-Soldaten und Regierungseinheiten am 31. Oktober und den darauffolgenden zwei Tagen in Luanda schwere Gefechte. Die mehrheitlich MPLA-freundliche Bevölkerung der zwei Millionen Einwohner zählenden Hauptstadt Angolas mischte sich in die Kämpfe ein, spontan gebildete Volksmilizen besorgten sich bei der Polizei Kalaschnikows und patrouillierten in den Straßen. Die Niederschlagung des Putschversuches ging so in grausame Stunden der Lynchjustiz gegen UNITA-Anhänger über, bis die Einsatzpolizei einschritt, die in diesem Machtkampf eine Schlüsselrolle einnimmt.

Fehler im Vorfeld

Doch warum eigentlich dieser plötzliche Rückfall? Schließlich begann der Friedens- und Demokratisierungsprozeß mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Bicesse am 31.Mai 1991 doch sehr vielversprechend, und immer wieder beteuerten alle Seiten während der sechzehn Monate bis zu den Wahlen den Erfolg dieses Prozesses. Die technische Bedingung für die Garantie des Friedens, nämlich die Auflösung der beiden Truppen und die Integration von zwei gleich großen Kontingenten in eine gemeinsame Armee blieb bis zum Schluß unerfüllt; immer wieder waren die gesetzten Fristen von beiden Seiten nicht eingehalten worden. Formell beschlossen Staatspräsident dos Santos und sein Widersacher Jonas Savimbi noch drei Tage vor den Wahlen, die verbliebenen 19.000 UNITA- und 29.000 Regierungssoldaten unter einen gemeinsamen Oberbefehl zu stellen. Dies war jedoch nichts anderes als ein symbolischer Akt, initiiert, um das Gewissen der UNO-Beobachter und die Ängste der Bevölkerung zu beruhigen. Faktisch blieben die Befehls- und Einsatzstrukturen erhalten. Mehr noch: Die UNITA konnte, wie sich jetzt herausstellt, mit der schnellen Bewaffnung von schon demobilisierten Soldaten schnell wieder zu einer schlagkräftigen Truppe anwachsen. Die UNO-Mission zur Überwachung des Friedensabkommens in Angola (UNAVEM II) hat versagt. Zu gering war die Anzahl der Beobachter und der Druck, der von ihnen ausging. So waren in Jamba, dem UNITA-Hauptquartier, gerade einmal zwei Beobachter stationiert. Das reichte aus, um den Flugplatz, nicht aber das schwer zugängliche, hunderte von Quadratkilometern weite Gelände zu kontrollieren; gepanzerte Fahrzeuge und schwere Waffen blieben auf diese Weise unbemerkt. Südafrika und die USA , die sich jetzt so überrascht über das Vorgehen Savimbis äußern, hätten vom Waffenpotential ihres Schützlings wissen müssen - schließlich waren sie es, die Ausbildung und Waffenmaterial der UNITA bezahlten und lieferten. Die UNO mit ihrer Sonderbotschafterin des Generalsekretariats, Magareth Anstee, vertrauten zu sehr auf den good-will, auf die Verständigungsbereitschaft der MPLA und UNITA. Doch genau hierin lag und liegt der praktische Haken am Demokratisierungsprozeß.

" Von Cabinda bis Cunene (von der nördlichsten bis zur südlichsten Provinz) ein einziges Volk", lautet ein Slogan, der in keiner politischen Veranstaltung aller Parteien fehlt - bisher blieb er allerdings nicht mehr als ein



Rundfahrt jungendlicher MPLA-Anhänger durch Luanda, Ende September 1992
(Foto: Harald Küppers)

Wunschtraum. Denn mitten durch die angolanische Gesellschaft führt ein Graben, der die Menschen in UNITA- und MPLA-Anhänger trennt - die einen akzeptieren die anderen politisch nicht. Vor den Wahlen kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen und Prügeleien zwischen den Anhängern der beiden Parteien - kaum ein Tag, an dem in den Krankenhäusern nicht Verletzte solcher Auseinandersetzungen eingeliefert wurden. Die ethnische Spaltung der Gesellschaft ist nur eine Komponente solcher Konflikte: Die UNITA hat weiterhin den stärksten Rückhalt in den Regionen der Ethnie der Ovimbundu und in ihrem Wahlkampf versuchte sie, diese Karte auch auszuspielen. Das Verhalten der Bevölkerung spiegelt noch stärker die aggressive Rhetorik der Parteien und die bewaffneten Konflikte zwischen Polizei und UNITA-Soldaten wider, die in den sechzehn Monaten des Friedens für Unruhe sorgten. Auch im Wahlkampf dominierten die beiden 'Elefanten', wie MPLA und UNITA im Volksmund auch genannt werden, das Bild, so wie es das Wahlergebnis wiedergibt (siehe Tabelle). Nicht einmal 10% der Sitze im neuen Parlament erhielten alle anderen Parteien zusammen.

Das Ausland förderte die Bipolarität im Wahlkampf durch seine massive Einflußnahme in das finanzielle und logistische Kräftespiel der Parteien, doch auch das diplomatische Korps zollte den Siegern bereits vorher seinen Tribut. Auf der wunderschönen Ausflugsterasse Quinta Rosa Linda lud die MPLA nur drei Wochen vor den Wahlen alle Botschafter und die internationale Presse zur Bekanntgabe ihres Wahlmanifestes und Regierungsprogrammes zu einem üppigen Büffet. Politische Programme sind nicht für das Volk, sondern für die ausländischen Gläubiger und Investoren, wollte die MPLA-Führung damit wohl vermitteln. Zwei Wochen später ließ es sich Jonas Savimbi nicht nehmen, persönlich das diplomatische Korps zu einer Cocktail-Party in das Hotel Presidente zu laden und den Gästen, die sich bereits auf Lachs und Kaviar freuten, zu versichern, er setze fest auf die Demokratie.

Die Wahlen

Die Ruhe in den Straßen Luandas hatte nichts mehr mit dem zu tun, was die Zwei-Millionen-Metropole sonst verkörpert: legaler Straßenhandel an jeder Ecke, der Lärmpegel des Autoverkehrs und der unzähligen Radios, die rund um die Uhr mit Musik den Rhythmus der Menschen bestimmen. Auch die Grenzen blieben für zwei Tage geschlossen und der internationale Flugverkehr untersagt; der Ausnahmezustand der Wahlen trat nun ein - das erste Mal darf das angolanische Volk frei über Parlamentsvertretung und Präsidenten abstimmen, und so einmalig ist die Stimmung auch am Wahlvortag. Im Dunkeln um vier Uhr morgens - drei Stunden vor dem offiziellen Öffnen - standen Tausende bereits in langen Schlangen vor den Wahllokalen. Und der Andrang brach während des ganzen Tages nicht ab. 800 Wahlbeobachter der Vereinten Nationen und verschiedenster ausländischer Organisationen besuchten die einzelnen Stellen im ganzen Land - einige eifrig, andere schienen ihren Aufenthalt mit einem Ausflug ins exotische Angola mit weißen Sandstränden verwechselt zu haben, wie bundesdeutsche Beobachter über ihre eigenen Landsleute urteilten. Abgesehen von einigen logistischen Problemen zeigten sie sich recht zufrieden, über 60 Prozent der Registrierten hatten bereits am ersten Tag ihre Stimme abgegeben. Fehlendes Licht führte zum vorzeitigen Schließen vieler Wahllokale und der Leiter der Generaldirektion der Wahlen, Onofre dos Santos, rief die Menschen auf, einen Imbiß für die Wahlhelfer mitzubringen, da für ihre Verpflegung nicht gesorgt worden war. Polizisten hatten den ganzen Tag über die wichtigsten Stellen kontrolliert und Taschen der Passanten nach Waffen durchsucht, doch schon am zweiten Tag war die Stimmung gelassener. Die Stimmenabgabe verlief schon wesentlich routinierter und die Sicherheitskräfte zogen sich in den Schatten der Häuser zurück. Die UNITA war sehr schnell mit Vorwürfen von Wahlfälschungen zur Hand: Den Diebstahl von 14 Wahlurnen in der Provinz Malange, das Verteilen von Werbematerial der MPLA in einigen Stadtrandvierteln von Luanda und ähnliche Vorkommnisse. Das Chaos perfek-

Tabelle: Sitzverteilung im Parlament

Partei	Provinzliste	Nationalliste	gesamt
MPLA	59	70	129
UNITA	26	44	70
PRS	3	3	6
FNLA	2	3	5
PLD	0	3	3
PRD	0	1	1
AD	0	1	1
PSD	0	1	1
PAJOCA	0	1	1
FDA	0	1	1
PDP-ANA	0	1	1
PNDA	0	1	1
Total	90	130	220

(Quelle: Jornal de Angola, 18.10.92)

tionierten die Bekanntmachungen der öffentlichen Radio- und Fernsehanstalten und des UNITA-Senders 'Vorgan': In der inoffiziellen, parallelen Auszählung des staatlichen Rundfunks lag die MPLA anfangs überhöht mit 65 Prozent der gültigen Stimmen vorne, während die UNITA laufend einen Überwältigenden Sieg ihrer Partei meldete und das staatliche Radio und das Fernsehen beschuldigte, die "öffentliche Meinung zu vergiften".

Die Krise spitzt sich zu

Drei Tage nach den Wahlen - die Stimmen sind noch gar nicht völlig ausgezählt, doch die Trends sagen eine klare Niederlage für die UNITA voraus - beschuldigt Savimbi in einer Ansprache die Regierung und die unabhängige Wahlkommission der Fälschung. Weitere drei Tage später, am 6. Oktober, traten die obersten UNITA-Generäle aus dem gemeinsamen Oberbefehl aus und forderten ultimativ den Stopp der Veröffentlichung der Wahlergebnisse - erste Anzeichen für das Scheitern des Friedensprozesses. Auch von den unabhängigen kleinen Parteien kamen kritische Stimmen, doch sie nannten als wichtigstes Ziel immer den Erhalt des Friedens. Die Vorwürfe bestanden zunächst nur aus einem Sammelsurium von Einzelheiten. Doch ein systematischer Betrug, der den deutlichen Wahlausgang hätte beeinflussen können, ließ sich nicht feststellen. Die UNO und die zahlreichen unabhängigen Wahlbeobachter erklärten den Wahlprozeß einstimmig für frei und fair.

Die internationale Gemeinschaft, einschließlich der USA und Südafrika, zeigte sich in ihren ersten Kommentaren von den Verstößen der UNITA gegen das Friedensabkommen überrascht und versuchte Savimbi unter Druck zu setzen. Doch dieser stellte sich taub und zog sich nach Huambo, der jetzigen Schaltzentrale der UNITA, zurück. Inzwischen verließen immer mehr UNITA-Soldaten die Sammellager, um in den Kampfverband zurückzukehren. Als es Magareth Anstee und der Ad-hoc-Kommission des UN-Sicherheitsrates der Vereinten Nationen endlich gelungen war, in Huambo mit Savimbi Gespräche aufzunehmen, kam es in Luanda zum ersten schweren Zwischenfall. Ausgelöst durch die Explosion einer Autobombe vor dem von der UNITA bewohntem Hotel Turismo lieferten sich Polizei und UNITA-Soldaten drei Stunden lang ein Feuergefecht. Zwei Passanten kamen im Kugelhagel ums Leben, und der Platz zwischen dem Hotel und dem Polizeihauptquartier wurde völlig verwüstet. Systematisch begann die UNITA nun vom Norden und vom Süden her das Land unter ihre militärische Kontrolle zu bringen und war dabei sehr erfolgreich. Nur die Provinzhauptstädte und die meisten Gebiete entlang der Küste konnte die MPLA unter ihrer unumschränkten Kontrolle halten. Sogar die nur achtzig Kilometer von der Hauptstadt Luanda entfernte Stadt Caxito besetzten die UNITA-Truppen. Den Versuch, auch noch den internationalen Flughafen von Luanda unter ihre Kontrolle zu bringen, beantwortete die Regierung schließlich mit der schweren Gegenoffensive und dem dreitägigen Blutbad in der Hauptstadt, das aller Welt vor Augen führte: Es herrscht Krieg in Angola. Für die Organisation der UNITA ein schwerer Schlag, denn der Polizei gelang es, wichtige UNITA-Funktionäre wie Abel Chikuvukuvu auf der Flucht aus Luanda zu fassen, der Stellvertreter Savimbis, Jeremias Chitunda, und der Vertreter in der gemeinsamen politischen-militärischen Kommission, die den Friedensprozeß bis zu den Wahlen beaufsichtigte, Salupeto Pena, starben.

Das Ausland und die Aussichten

Auch wenn die UNITA militärische Erfolge erzielen konnte, so ist ein Krieg für sie ebenso aussichtslos wie für die Regierung, die wieder einige Gebiete wie z.B. Caxito zurückerobern konnte. Beide Seiten verfügen über genügend Waffen, Wege der Neubeschaffung und Soldaten. Es stellt sich eher die Frage, auf welcher Intensitätsstufe der Konflikt geführt wird, und das hängt wesentlich vom Verhalten des Auslands, insbesondere Südafrikas und den USA, ab. Die Strategie des südafrikanischen Außenministers, Pik Botha, ist zweideutig: Einerseits drängte er Savimbi, die Wahlen anzuerkennen und in eine 'Regierung der Nationalen Union' mit der MPLA einzutreten, in die dos Santos unlängst eingewilligt hatte. Der 'Guardian' (London) berichtete andererseits von massiven logistischen Unterstützungen und vermutlich auch Waffenhilfen. Über 50 Flüge aus Südafrika nach Mucusso und dem ehemaligen Hauptquartier Jamba innerhalb von fünf Tagen sprechen eine deutliche Sprache, was die angolanische Regierung dazu bewegte, Pik Botha zur persona non grata zu erklären. Einen Einsatz des berüchtigten, südafrikanischen Bataillons 32 in Angola, den der ANC-nahe 'New Nation' gemeldet hatte, ließ sich nicht bestätigen. In den offiziellen Stellungnahmen kritisierten die US-amerikanischen Vertreter das Vorgehen der UNITA als Verstoß gegen das Friedensabkommen und forderten Savimbi zur Anerkennung der Wahlen auf. Die Interessen der USA liegen heute im Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zum rohstoffreichen Angola - die strategische und ideologische Bedeutung Angolas, wegen der Savimbi - verdeckt und offen - Unterstützung fand, hat sich durch die Überwindung des Ost-West-Konfliktes und die liberale Außenwirtschaftspolitik der MPLA aufgelöst. Im Gegenteil hat Washington bemerkt, daß man auch mit der MPLA gut ins Geschäft kommen kann. Doch der Einfluß der UNITA-Lobby-Group existiert noch, auch wenn sich ihre Position durch den Präsidentschaftswechsel und die politische Stimmung in den USA zunehmend verschlechtert. Gute Beziehungen scheint Savimbi weiterhin zum zairischen Präsidenten Mobuto zu pflegen, vermutlich, um sich im Austausch gegen die erbeuteten Diamanten aus der Lunda Norte-Provinz Waffen und Nachschubwege für die Truppen im Norden zu sichern.

Die MPLA blieb indes nicht untätig: Neben der Mobilisierung ihrer Streitkräfte sowie dem ständigen Austausch mit den Vereinten Nationen und dem Ausland versucht sie auch, mit politischen Entscheidungen ihre Position zu festigen. Als neuen Ministerpräsidenten ernannte Präsident dos Santos Marcelino Mocos, der von der Ethnie der Ovimbundu abstammt und als kompromißbereit gilt. Zur Konstituierung des neuen Parlaments und Bennenung einer Regierung rief dieser bereits eine Mehr-Parteien-Konferenz ein, auf der die Delegierten eine Beteiligung von prominenten Figuren aus den kleinen Parteien im Kabinett beschlossen. Die UNITA blieb dem Treffen fern. Neue Hoffnungen, ein Erhalt des Friedens könne doch noch gelingen, löste jüngst ein Brief von Savimbi an Anstee aus, in dem er erklärte, die Wahlen anzuerkennen und sich einer Stichwahl um das Präsidentenamt zu stellen. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß er nur Zeit für weitere miltärische Operationen gewinnen möchte.

Harald Küppers

Wird der Phönix fliegen?

Eritreas politische und wirtschaftliche Chancen am Vorabend der Unabhängigkeit



Äthiopisches Erbe: Eritreas industrielle Anlagen sind größtenteils zerstört (Foto: Olaf Neußer)

Eineinhalb Jahre nach Kriegsende steht Eritrea offenbar kurz vor der Unabhängigkeit. Der 30-jährige Krieg hat das Land schwer zerstört. Weitgehend auf sich selbst gestellt wurden die schlimmsten Wunden des Krieges beseitigt. Auch das Wetter spielt mit: In dem dürregeplagten Land ist dieses Jahr eine gute Ernte zu erwarten.

Sereke Keleta, Bauer in Debre Sina, ist hoch zufrieden, nach jahrelanger Dürre und Mißernten endlich wieder ein gutes Jahr: "Die Ernte reicht für mindestens acht Monate, und es könnte mehr sein, wenn wir genug Saatgut gehabt hätten." Vor sechs Monaten noch herrschte in Debre Sina der akute Notstand. Der Brunnen war ohne Wasser, die Erde staubtrocken, Nahrungsmittel aus Hilfslieferungen reichten gerade so zum Überleben.

Food for work

Drei Monate lang schleppten die Bauern Steine und karrten Erde zusammen. 71 Meter lang und sieben Meter hoch wurde der Damm. 20.000 Kubikmeter Wasser können nun zur Sicherung der Trinkwasserversorgung und zur künstlichen Bewässerung der Felder gestaut werden. Die harte Arbeit hat sich gelohnt. Der Regen kam dieses Jahr so heftig, daß genug Wasser im neuen Stausee ist. Diejenigen, die sich zur Mitarbeit an dem Staudamm bereit erklärten, einem Gemeinschaftsprojekt, das die Dorfbewohner zusammen mit Landwirtschaftsexperten der Provisorischen Regierung Eritreas (PGE) beschlossen hatten, erhielten Nahrungsmittelzuteilungen für ihren Einsatz. Symbolisch setzen die Bauern in Debre Sina das Ende der Dürrezeit mit dem Ende des Krieges und der äthiopischen Besatzungszeit gleich: "Mengistu ist verschwunden und mit ihm die Dürre."

Nicht nur der Regen hat Eritrea wieder grün werden und die Menschen neue Hoffnung schöpfen lassen. Greifbar nahe ist jetzt auch die ersehnte Unabhängigkeit von Äthiopien. Die Provisorische Regierung (PGE) in Eritreas Hauptstadt Asmara kann auf die Unterstützung der Bevölkerung bauen. Nach dem militärischen Sieg der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF) hat sich auch die Mehrheit der während des Befreiungskampfes in der Opposition gegen die EPLF stehenden ELF-Gruppen der provisorischen Regierung angeschlossen. Die nationale Koalition, die heute Eritrea regiert, bereitet das im April nächsten Jahres stattfindende Referendum vor. Dann wird der endgültige Schlußstrich unter den 30-jährigen Konflikt um Eritrea gezogen. Internationale Beobachter der UNO, der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU), der EG und der Arabischen Liga sowie andere Regierungen, Menschenrechtsorganisationen und Einzelpersonen werden die Abstimmung überwachen. Hört man sich im Land um, dann scheint das Votum der rund 1,7 Millionen Wahlberechtigten für die Unabhängigkeit sonnenklar zu sein.

Das Referendum wird von der Provisorischen Regierung in eigener Regie durchgeführt. Am 7. April 1992 wurde die Referendum-Proklamation bekanntgegeben, gemäß der alle Frauen und Männer Eritreas über achtzehn Jahre wahlberechtigt sind. Jeder Eritreer hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Auch die gegen die Unabhängigkeit eingestellten Personen oder Organisationen sollen in Versammlungen und über die Medien agieren können. Ausdrücklich ausgeschlossen ist hingegen die Möglichkeit der offiziellen Propaganda äthiopischer Kräfte gegen die Unabhängigkeit Eritreas. Die Entscheidung soll allein von der eritreischen Bevölkerung getroffen werden.

Einmalig bei diesem Referendum ist die Tatsache, daß auch die im Exil lebenden Eritreer wahlberechtigt sind. Amare Tekle, der Leiter der Wahlkommission betont diesen



Staudämme ermöglichen die Rekultivierung der Böden

Vorgang: "Eritrea ist eines der wenigen Länder, die es auf sich genommen haben, zu den Wählern zu gehen, und nicht die Wählerschaft aufzufordern, eigens ins Land zu kommen." Auch hier in der BRD werden Flüchtlinge aus Eritrea ihr Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen können. Amare Tekle rechnet nach Gesprächen mit dem Auswärtigen Amt auch mit der finanziellen Hilfe der deutschen Regierung.

EPLF und Provisorische Regierung werden sich zurückziehen

Mit dem Referendum endet offiziell das Mandat für die Provisorische Regierung, die in einem Mehrparteiensystem, in dezentralisierten Strukturen und Blockfreiheit die Zukunft des Landes sieht. Der Parteienpluralismus wurde bereits auf dem Kongreß der EPLF 1987 ausdrücklich festgehalten. Issaias Afewerki, Generalsekretär der EPLF und Präsident der Provisorischen Regierung Eritreas, skizziert das Ende der Befreiungsbewegung: "Das Mandat der EPLF geht bis zur Befreiung des Landes. Der militärische Teil unserer Aufgabe ist erfüllt. Der politische Teil wird mit der Abhaltung des Referendums entschieden sein. Nach dem Referendum kann die EPLF nicht mehr als eine Befreiungsbewegung weiterexistieren. Es gibt keine Notwendigkeit dafür (...). Die Front muß die politische Macht an das politische System übergeben, das durch eine Konstitution durch den Willen des Volkes aufgebaut wird." Damit will die EPLF, die Schwierigkeiten vermeiden, in die andere Befreiungsbewegungen an der Macht geraten sind.

Nach dem Referendum, so hoffen die Eritreer, wird auch die Zeit der internationalen Isolation vorüber sein. Bis heute haben erst wenige Regierungen die faktische Abtrennung Eritreas akzeptiert und mit der Provisorischen Regierung Arbeitsbeziehungen aufgenommen. Vor allem auf der Ebene zwischenstaatlicher Hilfsabkommen wirkt sich dieser Zustand negativ aus. Hilfe fließt nur spärlich ins Land.

Trotzdem kann die Provisorische Regierung Eritreas eine erfolgreiche Bilanz ihrer Arbeit in den letzten eineinhalb Jahren vorweisen: Einmalig, und wohl nur aus der Besonderheit des eritreischen Befreiungskampfes heraus zu erklären, ist das Engagement der hochqualifizierten EPLF-Fachkräfte, die für die nächsten zwei Jahre ohne Lohn oder Gehalt zu arbeiten bereit sind. An dieser Stelle, bei den menschlichen Ressourcen, bei der Motivation für den Wiederaufbau des Landes, liegt die Hauptkraft, auf die die EPLF und die Provisorische Regierung Eritreas in der Übergangsphase zurückgreifen können.

Im Dezember 1991 verabschiedete die PGE die 'Investment Proklamation' (No. 18/91). Zentrale Aspekte sind die Entwicklung und Nutzung nationaler Ressourcen, Exportförderung und Importsubstitution, Produktivitätsverbesserung durch ausländische Technologien sowie die Schaffung von Investitionsanreizen und - damit gekoppelt - die Vergrößerung des Arbeitsplatzangebotes. Als Lockmittel für ausländisches Kapital sind Ausnahmen bei Zöllen und Steuern auf Im- und Exporte sowie bei der Versteuerung von Profiten vorgesehen. Zudem bietet die Proklamation den Investoren Garantien, daß ihre Investitionen weder verstaatlicht, beschlagnahmt noch enteignet werden können. Sie bietet der Privatindustrie zwar einen breiten Raum, hält aber andererseits zentrale Bereiche wie das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie den Bergbau und andere gewinnträchtige Sektoren weiter unter staatlicher Kontrolle.

Trotz des Anreizsystems sind es heute vorwiegend Eritreer, die Investitionen tätigen. Ausländische Anleger üben sich momentan noch in Zurückhaltung. Ein Grund dürfte die politisch noch nicht geklärte Zukunft und ebenso die kommunikationstechnische Rückständigkeit Eritreas sein. Doch auch die These, das Land sei zu klein und deshalb nicht lebensfähig, verunsichert potentielle Investoren, obwohl die Größe eines Landes nicht ausschlaggebend für die Leistungsfähigkeit eines Landes ist: Mehr als siebzig Staaten der Welt sind wesentlich kleiner als Eritrea. Dennoch: Auch die Italiener, die sich kurz nach dem Ende des Krieges stark engagierten, haben wieder den Rückzug angetreten, denn noch fehlen zum Beispiel die gesetzlichen Rahmenbedingungen und ein effizientes Bankensystem.

Trotzdem ist die Ausgangslage des unabhängigen Staates - unter den gegebenen Umständen - relativ aussichtsreich: Eritrea verfügt über eine solide Basis- und weiterverarbeitende Industrie sowie über Möglichkeiten der Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion. In den sechziger Jahren war der industrielle Sektor in der Lage, den inländischen Bedarf mit selbstproduzierten Gütern abzudecken. Die industrielle Produktion kann weitgehend auf eigene lokale Ressourcen aufbauen. Neben dem regionalen Markt am Horn von Afrika bestehen durchaus Exportmöglichkeiten für die im Land hergestellten Waren. Voraussetzung sind allerdings Investitionen in die Instandsetzung und Modernisierung der teilweise veralteten Produktionsanlagen. Die unter äthiopischer Besatzung verstaatlichten Betriebe arbeiten heute noch unter staatlicher Leitung, mittlerweile aber mit eigenem Budget und eigener Verantwortlichkeit.

Wiedergewonnenes



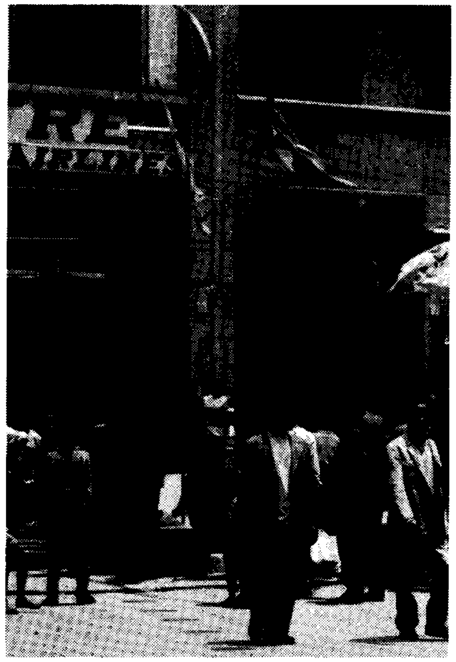
Zur Wiederinbetriebnahme weiterer Fabriken ist meist relativ wenig Kapital nötig. Als Beispiel mag die Fliesenfabrik in Massawa dienen: Die Fabrik produzierte früher mit einer Kapazität von 300 m² pro Tag profitabel und exportierte Fliesen nach Kenia, Südafrika und in den arabischen Raum. Um überhaupt wieder arbeiten zu können, benötigt die Fabrik ein Kapital von 300.000 US$. Dann könnten im Inland Fliesen zur Hälfte des gegenwärtigen Importpreises verkauft werden. Mit einer Investition von drei Millionen Dollar kann international konkurrenzfähig produziert werden.

Von den zweiundvierzig, Ende des Krieges nicht funktionsfähigen, Großbetrieben haben inzwischen mehr als zwei Drittel die Produktion wieder aufgenommen. Zentral für die ökonomische Entwicklung sind die - vor allem für Äthiopien - so wichtigen Hafenstädte Massawa und Assab, der Reichtum an Rohstoffen für die Fleisch- und Fischverarbeitung sowie an Erzen und Mineralien: Bis Mitte der siebziger Jahre wurde von der Nippon Koei-Gesellschaft nahe Adi Ugri Kupfer abgebaut. Kanadische Geologen zeigen sich heute begeistert über die Menge an hochqualitativem Kupfer, welches dort gewonnen werden kann. Es ist mit einem Erzanteil von 7,8 Prozent eines der erzreichsten Kupfervorkommen der Welt. Zwei weitere Kupfervorkommen mit einem etwas geringeren Erzanteil sind bekannt, aber noch nicht erschlossen. Bis Anfang der siebziger Jahre waren zudem verschiedene Goldminen mittleren Ertrages in Betrieb. An der Küste des Roten Meeres wird Erdöl vermutet, Pottasche, Eisenerz und Nickelvorkommen.

Die Ausweitung des industriellen Sektors, der sich auf Asmara und Massawa konzentriert, soll nach den Vorstellungen der PGE nicht in diesen Gebieten geschehen.



Selbstbewußtsein (Foto: M. Zimmermann)





Registrierung für das Referendum (Foto: M. Zimmermann)

Die Industrie soll Arbeitsplätze auch in anderen Regionen des Landes schaffen, um den 'Magneteffekt', den solche industriellen Zentren auf die Landbevölkerung haben, zu verhindern und das Land gleichmäßig zu entwickeln. Objektive Gründe gegen einen weiteren Ausbau der bestehenden industriellen Zentren sind in der Energie- und Wasserversorgung zu sehen, die sowohl in Asmara wie auch in Massawa an den Rand ihrer Kapazitäten gestoßen sind. Aufgrund des Wassermangels und veralteter Einrichtungen kann das Beleza Kraftwerk nahe Asmara nur zwei Drittel seiner Kapazität (120 Millionen Kilowattstunden jährlich) liefern. Für die weitere Industrialisierung des Landes an anderen Orten ist eine dezentrale lokale Stromversorgung notwendig, die heute noch nicht existiert. Chancen zu einer Verbesserung der Energieversorgung bietet die Nutzung geothermischer Energie in der Danakil-Provinz.

Trotz der noch bestehenden immensen Probleme scheinen sich für Eritrea Lösungsmöglichkeiten abzuzeichnen. Doch ob das Land in zehn Jahren tatsächlich zu einer Art 'afrikanischem Singapur' werden kann, wie einige westliche Wirtschaftsexperten vermuten, läßt sich zur Zeit noch nicht abschließend beantworten. Die 100.000 Kämpfer der EPLF leisteten bisher an der "Front des Wiederaufbaus" sichtbar gute Arbeit. Nicht nur die wichtigsten Straßenverbindungen, auch landwirtschaftliche Großbetriebe wurden wieder instandgesetzt und ausgebaut. Die Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigsten Gütern ist sichergestellt - bis in den letzten Winkel des Landes. Vor allem aber ist der äußere und innere Frieden gesichert. Allein das hat Seltenheitswert am Horn von Afrika.

Martin Zimmermann

Jemane Ghebreab ist Vize-Außenminister der Provisorischen Regierung Eritreas und Pressesprecher der EPLF ('Minister of Information'). Laut Frankfurter Rundschau vom 2.11.92 "residiert er nach vielen Jahren Guerillakrieg heute in einem spartanisch eingerichteten Gebäude der früheren Kolonialverwaltung". Martin Zimmermann sprach mit ihm über die Zukunft Eritreas, die Rolle der EPLF nach dem Referendum und nach möglichen oppositionellen Strömungen in Eritrea.

Mit der Übernahme der Macht im Land hat die Provisorische Regierung Eritreas die Administration reorganisiert. Können Sie Form und Aufbau des politischen Systems in Eritrea beschreiben?

Ghebreab: Was das politische Gesicht dieses Landes betrifft: wir wissen, was wir wollen; wir wollen eine stabile Gesellschaft; wir wollen eine sehr demokratische Gesellschaft; wir wollen, daß das Volk alle Freiheiten genießen kann. Aber was die eigentlichen Strukturen betrifft, das ist eine Sache, die erst ausgearbeitet werden muß, woran die Bevölkerung beteiligt werden muß. Wir haben unser Programm, das besagt, Eritrea soll ein demokratisches Mehrparteien-System werden, daß ist unsere Plattform, und der sind wir verpflichtet. Wie diese Gesellschaft entstehen wird, das werden wir noch sehen. Manche Leute haben ja für alles eine Formel, ich denke, daß ist das Problem mit der amerikanischen Art, diese Sachen anzugehen. Sie haben ihre Formel, ihre Schemen und sie denken, daß die ganze Welt sich danach richten sollte. Dies ist aber

nicht möglich. Demokratie kann viele Formen annehmen, und das sollte sie auch. Was uns betrifft, wollen wir die Sache selber ausarbeiten und wir haben ein sehr pragmatisches Herangehen an die Sache.

Wie ist der politische Aufbau heute organisiert?

Ghebreab: Auf örtlicher Ebene haben wir heute noch immer die von den Dorfversammlungen demokratisch gewählten Dorfverwaltungen. Das Land ist in zehn Provinzen aufgeteilt, in denen vor kurzem Wahlen stattgefunden haben. Es waren direkte Wahlen und jeder Bezirk hat seine Vertreter in diese Provinzversammlungen gewählt. Wir waren besonders darum bemüht, daß Frauen in diese Provinzversammlungen gewählt werden. Eine gewisse Anzahl von Sitzen wurden für Frauen reserviert. Darüberhinaus konnten die Frauen aber auch für die anderen Sitze kandidieren. Wir denken, daß dies für uns ein sehr gutes Experiment war, die Leute werden sich an Wahlen gewöhnen, sie werden sich daran gewöhnen, ihre Stimme abzugeben und es wird für uns eine sehr gute Erfahrung in bezug auf das Referendum sein. Auf der nationalen Ebene gibt es das Zentralkomitee der EPLF, das sozusagen das regierende Gremium des Landes ist. Das ist im Moment unsere Struktur.

Wie weit gehen die Befugnisse der Provinzversammlungen, was können sie tun, über was können sie entscheiden?

Ghebreab: Sie können über die Haushaltspläne der Provinzen entscheiden, sie können darüber entscheiden, wie das Geld ausgegeben wird, sie bekommen Berichte von den Administratoren der Provinzen. Wir wollen, daß sie zu den Hauptentscheidungsträgern der Provinzen werden, um so auch eine Dezentralisierung zu erreichen. Dies ist auch schriftlich festgelegt worden. Aber es kann etwas Zeit dauern, bis die Leute in der Lage sind, diese Art der Macht wirklich umzusetzen. Die Gerichte sind natürlich etwas Getrenntes von alledem. Sie sind unabhängig.

Welche Rolle wird die EPLF nach dem Referendum einnehmen? Wird sich die EPLF an Wahlen beteiligen?

Ghebreab: Das ist die Frage, die wir zur Zeit diskutieren. Es wird dazu einen Kongreß der EPLF geben müssen, um diese Fragen zu beraten und darüber zu entscheiden. Denn das ist eine sehr große Sachfrage für uns. Als wir 1987 unseren zweiten Kongreß hatten, waren wir für eine Art von Mehrparteien-System in Eritrea. Und diesem Prinzip fühlen wir uns, wie gesagt, heute noch verpflichtet. Die Frage ist, ob - realistisch gesehen - eine Mehrparteienregierung nach dem Referendum in Eritrea tatsächlich entstehen kann, oder ob es noch eine Übergangsperiode geben wird. Die EPLF hat all diese Jahre gekämpft. Sie hat Frieden in das Land gebracht, sie hat die Achtung der Bevölkerung. Irgend eine Kraft, die sich nicht an dem Befreiungskrieg beteiligt hat, hat überhaupt keine Chance, an die Bevölkerung heranzutreten, gegen die EPLF anzutreten, eine Wahlkampagne auf die Beine zu stellen und dann auch Stimmen zu bekommen. Ich glaube, daß es nach dem Referendum keine lebensfähigen Parteien geben wird, die gegen die EPLF in Wahlen werden antreten können. Also, was wird die Rolle der EPLF nach dem Referendum sein? Wird sie als Bewegung weiter machen? Werden politische Parteien aus der EPLF heraus entstehen? Das werden wir abwarten müssen. Ich glaube, es wird nach dem Referendum doch eine Übergangsperiode geben. Das ist meine persönliche Meinung, nicht die Meinung der EPLF oder der Regierung, denn wie ich schon sagte, diese Fragen werden zur Zeit diskutiert.



Aussicht auf eine bessere Zukunft (Foto: M. Zimmermann)

Wann werden Parteien zugelassen werden?

Ghebreab: Wir haben überhaupt keine Probleme, politische Parteien zuzulassen.

Wäre es möglich, eine Partei zu gründen, die auf Ideen basiert, die der Kirche sehr nahe stehen oder die zum Beispiel Ideen verbreiten, die eurer Vorstellung von der Rolle der Frauen widersprechen?

Ghebreab: Natürlich können sich Leute organisieren, die gegen diese Rolle der Frau in der Gesellschaft sind. Ich denke aber, daß wir Parteien nicht zulassen können, die allein auf Religionen basieren. Wir können zum Beispiel keine christlich-politische Parteien zulassen und auch keine moslemisch-politische Partei. Wir können auch keine politischen Parteien zulassen, die auf ethnischen Gruppen basieren. Eritrea ist zwar ein sehr kleines, aber sehr heterogenes Land. Wir haben neun ethnische Gruppen, wir haben eine Bevölkerung, die ziemlich gleichmäßig unter christlichen und moslemischen Menschen aufgeteilt ist und ich glaube, die Demokratie in Eritrea hätte überhaupt keine Chance, wenn wir politische Parteien zulassen würden auf der Grundlage der Religion. Das würde bedeuten, daß die Gesellschaft sofort in zwei Teile gespalten ist. Das können wir nicht zulassen, das wäre das Ende von Eritrea als einer Nation, das wäre das Ende des demokratischen Experiments in Eritrea. Wir meinen, daß politische Parteien alle möglichen ideologischen Orientierungen haben können, sie können links, sie können rechts sein, sie können kommunistisch sein, sie können sozialistisch sein, sie können liberal sein, was auch immer, damit haben wir keine Probleme. Aber Parteien, die auf einer ethnischen Gruppe oder auf einer Religion basieren, das können wir nicht brauchen in Eritrea. Das ist unsererseits ein ganz deutlicher Standpunkt, aber abgesehen davon kann jeder eine politische Partei gründen, der es will. Und was das Referendum betrifft, so haben wir auch gesagt: Wenn jemand gegen die Unabhängigkeit Eritreas ist, darf er eine politische Partei gründen, dies ist auch so in der Proklamation des Referendums festgelegt.

Noch einmal: Welche Rolle wird die EPLF nach dem Referendum spielen? Sie haben ja gerade gesagt, daß Sie keine Parteien auf ethnischer oder religiöser Grundlage zulassen würden. Wie will die EPLF denn eine demokratische Regierung garantieren? Wird es einen Übergang geben? Wie sieht die EPLF darin ihre Rolle, wie plant sie diesen Übergang von dem jetzigen Einparteiensystem zum Mehrparteiensystem? Denn wie Sie sagen, es gibt ja im Moment keine Partei, es gibt ja nur die EPLF.

Ghebreab: Die EPLF ist keine politische Partei. Man kann auch nicht von einem Einparteiensystem reden. Die EPLF ist eine Bewegung, eine Front oder wie immer Sie das nennen. Sie schließt das ganze Spektrum der eritreischen Gesellschaft ein, die nach Unabhängigkeit verlangt hat. Nach der Befreiung zum Beispiel haben sich sehr viele Leute der Regierung angeschlossen. All diese Organisationen der ehemaligen ELF haben sich uns auch angeschlossen. Leute, die früher Führer dieser Organisation waren, sind jetzt Teil der Regierung geworden. Also ich glaube, für eine gewisse Übergangszeit wird es eine Art von nationaler Koalition geben - ähnlich wie wir sie jetzt haben. Das ist - wie gesagt - meine persönliche Meinung zu dieser Frage.

Kurdistan - Spielball der türkischen Elite



Frauendemonstration in Cizre (Türkei/Kurdistan)

Schon seit fast acht Jahren kann die türkische Innenpolitik nicht mehr als 'homogene Staatspolitik' betrachtet werden. War es jedoch in den Jahren 1984 - 1990 eher schwierig, die Widersprüche zwischen den verschiedenen türkischen Eliten auf den Punkt zu bringen, so zeichneten sich in den vergangenen beiden Jahren zwei politische Lager immer deutlicher ab. Der Graben verläuft zwischen den Kräften um Staatspräsident Özal, die eine Anbindung an den Westen für unerläßlich halten, einerseits, und den traditionellen Kemalisten und den Militärs, die mit dem Aufkommen einer neuen Politik um ihre gesellschaftliche Position fürchten, andererseits.

Bisher haben die Militärs das Land nach Kemal Atatürks vielzitiertem Ausspruch "Friede im Land, Friede auf der Welt" regiert. Der Frieden im Land darf mit allen Mitteln, auch militärischen, verteidigt werden - vorwiegend gegen aufständische Kurden. Dementsprechend war und ist das türkische Heer ein Bürgerkriegsheer, das seine Legitimation und seinen gesellschaftlichen Einfluß vor allem aus seiner Aufgabe der Niederhaltung der Kurden bezieht. Eine Ausweitung der 1924 durch den 'Befreiungskrieg' gegen die Siegermächte des Weltkrieges festgesetzten Grenze 'misak-i-milli' war nie Aufgabe des Heeres. Die misak-i-milli, die "heilige Grenze, die das türkische Volk Anfang der zwanziger Jahre im Befreiungskrieg gegen die alliierten Mächte selbst gezogen hat", ist bis heute konkretester Ausdruck des von Staatsgründer Kemal Atatürk proklamierten türkischen Nationalismus.

Innenpolitisch ist die Situation der Militärs auch ökonomisch abgesichert. Mit ihrer sogenannten 'Unterstützungskasse der Armee' (OYAK) verfügt die türkische Generalität über eine große Holding, die Investitionen in den verschiedensten Industriesektoren tätigt. Dieser Flügel kann folglich kein großes Interesse an einer Anbindung an den Westen haben. Denn zum einen würden sich durch die damit verbundene Liberalisierung und den sinkenden Einfluß des Staates in der Wirtschaft die Subventionen für die OYAK - die Aktien fast nur in staatseigenen Unternehmen besitzt - verringern. Zum anderen würde der Legitimationsdruck vor einer europäischen Öffentlichkeit stärker werden.

Für die Fraktion, an deren Spitze der heutige Staatspräsident Özal steht, sind andere wirtschaftspolitische Vorstellungen ausschlaggebend. Özal, der in den USA Ökonomie studiert hat und in den siebziger Jahren den Vorsitz des größten türkischen Arbeitgeberverbandes innehatte, ist sich bewußt, daß die entscheidende Rolle der Militärs in der Gesellschaft immer einen Hemmschuh in der türkischen Annäherung an den Westen darstellen wird. Käme die



Özal-Besuch in Diyarbakir. Links Atatürk, rechts Özal.

Özalsche Politik voll zum Zuge, fände auch die Ära des Kemalismus[1] in der Türkei ihr unwiederbringliches Ende. In deren Verlauf war Mitte dieses Jahrhunderts von der Staatsmacht eine nationale Bourgeoisie aufgebaut und praktisch bis Ende der 70er Jahre subventioniert worden. Um die Türkei zu einem wirklich 'westorientierten Land' zu machen, bedürfte es entscheidender Schritte auf wirtschaftlichem Gebiet, z.B. einer drastischen Verminderung des staatlichen Einflusses in der Wirtschaft und der Aufhebung von Importbeschränkungen. Notwendig wäre aber auch eine sichtbare Stabilisierung des politischen Klimas, der in den vergangenen Jahren vor allem die Kurden im Wege standen.

Gerade Kurdistan könnte aber die, vom investitionspolitischen Standpunkt aus gesehen, attraktivste Region der Türkei sein, sofern sie in eine Entwicklung nach kapitalistischen Kriterien miteinbezogen würde. Eine solche Entwicklung würde zwangsläufig auch eine Machtverschiebung innerhalb der türkischen Eliten, unter Umständen sogar eine, zumindest vordergründige, Einbindung der kurdischen Eliten (Investoren, Großgrundbesitzer) mit sich bringen.

Özals umstrittene Initiative

Während der Kuwaitkrise und dem darauffolgenden Krieg stand die Türkei vor einer wichtigen Bewährungsprobe. Nach dem Niedergang der UdSSR hatte sie als NATO-Flankenstaat an Bedeutung verloren, ökonomisch jedoch noch nicht die Bedingungen geschaffen, die weitere Investitionen und Unterstützungen gerechtfertigt hätten. Vor diesem Hintergrund bekam die Auseinandersetzung der beiden Fraktionen mehr Gewicht, denn es drehte sich nun um das Überleben der Türkei in der internationalen Politik.

Während sich die traditionell kemalistische Fraktion eine Vermittlerposition der Türkei zwischen den islamischen Staaten und dem Westen wünschte, schlug Özal selbst vor lauter proamerikanischem Eifer Purzelbäume[2] und war durchaus bereit, auf alliierter Seite in den Krieg einzugreifen. Nach dem Krieg, als der Türkei deutlich wurde, daß sie als Teilnehmerin am runden Tisch des mittleren Ostens nicht vorgesehen war, fand ein erstes Gespräch Özals mit dem 'irakischen' Kurdenführer Talabani statt.

Dieser Schritt erfolgte in einer Situation, in der das internationale Prestige der Türkei auf den Nullpunkt gesunken war[3] und die Annäherung an die Kurden im Irak ein letztes Sprungbrett für internationalen Einfluß darstellte. Dennoch war diese Initiative umstritten.

Die bekannte Parlamentsreporterin Nur Batur schrieb dazu in der Tageszeitung Milliyet: "In der offiziellen Politik der Türkei gibt es momentan unübersehbare Widersprüche. Der wichtigste Schritt war, daß Staatspräsident Özal Talabani ohne das Wissen der Regierung und des Außenministeriums eingeladen hat..."

Die Regierung Demirel protestierte gegen den Talabani-Besuch, was der prominente Leitartikler Cengiz Candar, ein treues Sprachrohr Özals, folgendermaßen zusammenfaßte: "Der Widerspruch in der Außenpolitik entsteht zwischen denen, die sich von neuen Entwicklungen überrennen lassen und solchen, die darin eine neue Strategie entwickeln." Diese neue Politik schloß ohne Zweifel eine Änderung der 'heiligen' misaki-milli nicht aus. Doch sie scheint sich in der Türkei nicht durchgesetzt zu haben.

In den letzten zwei Monaten, also unmittelbar vor dem Ausbruch der Auseinandersetzungen in Südkurdistan (Irak) und der grenzüberschreitenden Großoffensive hatte sich in der türkischen Innenpolitik offensichtlich die von den Militärs und traditionellen Kemalisten dominierte Fraktion durchgesetzt.

Heute wird - gerade zu dem Zeitpunkt, da die Kurdistanfront in bewaffnete Auseinandersetzungen mit der PKK getreten ist - jegliche Aufbauleistung in Irakisch-Kurdistan in Grund und Boden verdammt und Özal - der ja den Föderationsgedanken[4] in die Diskussion eingebracht hatte - öffentlich demontiert. Während er selbst immer noch erklärt: "Der größte Feind ist nach wie vor Saddam", ist er in der türkischen Presse praktisch 'zum Abschuß freigegeben.' Im Gegensatz zu den vergangenen zwei Jahren gibt es kaum noch voneinander abweichende Kommentare in der gesamten Presselandschaft. Die folgenden 'Originaltöne' sollen einen Eindruck vermitteln, welcher Art der gegenwärtig herrschende nationale Konsens ist.

Die Presse macht Stimmung gegen Kurdistan

Die Konstruktion eines kurdischen Staates - bevor die Kurden ihn überhaupt gegründet haben - gilt als Legitimation, die Grenze offiziell zu überschreiten und auch dort zu bleiben, um die Integrität des irakischen Staates zu erhalten. Die Cumhuriyet vom 30.9.92 berichtet von der faktischen Gründung eines kurdischen Staates im Nordirak. Als 'Indizien' wurden einige Ereignisse, wie z.B. die Wahlen und die Parlamentsgründung angeführt, aber auch Lügen verbreitet. Z.B. daß ein kurdischer Paß oder eine kurdische Staatsangehörigkeit existieren.

Die Situation in Irakisch-Kurdistan wird so dargestellt, als sei das befürchtete politische Vakuum im Nordirak mit all seinen 'Gefahren' (einer Zerstückelung der Türkei durch die Abspaltung Türkisch-Kurdistans, d. Red.) jetzt Realität. Somit sei es höchste Zeit, selber einzugreifen, 'um dem Irak einen Gefallen zu tun.' Dabei wird geflissentlich nicht erwähnt, daß dieses 'Vakuum'

der Türkei in die Hände arbeitet, (da sie militärisch gegen die PKK vorgehen kann, d.Red.).

Ertugrul Özkök schreibt in der Hürriyet vom 8.10.92: "Im Nordirak entwickeln sich die Dinge in einer Richtung, die eigentlich keine der umliegenden und beteiligten Mächte gewollt hat. Das kann in der Zukunft zu großen Problemen führen." Weiterhin zitiert er Demirel: Der Irak habe das legitime Recht seine territoriale Unversehrtheit zu schützen.

Die bewaffneten Auseinandersetzungen der Kurdistan Front in Südkurdistan (Irak) mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), werden unisono als 'Schaukämpfe' bezeichnet, der Kurdistan Front wird kein wie auch immer gearteter politischer Kredit eröffnet.

Demirel erklärte am 16.10 der Hürriyet: "Wir sind schon zuvor in den Irak eingedrungen, aber jetzt hat das einen andere Qualität, jetzt existiert ein kurdischer Staat."

In der Zaman, einer islamischen Zeitung, die in der bürgerlichen Presselandschaft den extremen Gegensatz zur Cumhuriyet bildet, schreibt der Leitartikler Fehmi Koru am gleichen Tag: "Das Problem der Türkei ist, daß sie den Anordnungen der Allianz, deren Teil sie ist, zuviel Wert beimißt. So klar die Alliierten auch sagen, auch sie wollten keine Grenzänderung in der Region, so wenig ist ihnen Glauben zu schenken. Auch in Bezug auf Bosnien und Berg Karabach sind sie der Türkei und den Moslems insgesamt in den Rücken gefallen."

Metin Toker (ein Freund der Generalität) faßt in der Milliyet vom 17.10.92 die herrschende Linie noch einmal zusammen: "Es gibt wohl Leute die glauben, die Türkei würde sich um eine Föderation mit den Kurden im Irak bemühen, um so an die Ölfelder von Mosul und Kirkuk zu kommen. Dafür würde sie dann auch den Irak aufteilen. Aber das ist ein Denkfehler, wer garantiert uns dann, daß die Türkei nicht aufgeteilt wird? Die Kurden im Irak werden nur eine Föderation mit dem türkischen Südosten haben wollen. Das wäre der erste Schritt zu einem kurdischen Staat, der sich dann auch in den Iran und nach Syrien ausdehnen würde."

Die Tatsache, daß da diejenigen, die für die Wahrung der Grenzen eintreten und von der territorialen Integrität des Irak sprechen, die Grenzen ohne irgendwelche Skrupel überschreiten, ist nur scheinbar ein Paradox. Indem die Türkei unmißverständlich signalisiert, auf jegliche territoriale Option im Irak zu verzichten, ist es ihr möglich, internationale Unterstützung für ihre militärischen Aktionen zu erhalten. Daß die türkische Armee in Südkurdistan präsent ist, stört nicht, wenn sie das nur im Namen der Erhaltung der irakischen Grenzen tut.

Die USA, Freund oder Feind?

Weiterhin mag es paradox erscheinen, daß die USA dieser Tage ein propagandistisches Opfer der türkischen Presseberichterstattung geworden sind. Denn es waren gerade die USA, die der Türkei vor allem seit dem Frühjahr die entschiedenste Unterstützung für ihre Offensive gegen die PKK und die Massaker an der Zivilbevölkerung geleistet hatten (siehe auch Kommentar in 'blätter des iz3w Nr. 181, Mai 1992). Die ersten 23 Kobra- Hubschrauber, die jetzt ständig über der irakischen Grenze unterwegs sind, wurden von den USA schon während des kurzzeitigen deutschen Waffenembargos geliefert. Weitere 100 sind bis 1995 zugesagt, 28 davon schon Anfang 1993.

Meiner Einschätzung nach geben die türkischen Medienangriffe gegen die USA in diesem Fall nicht die Stimmung in Ankara wieder, sondern entspringen vielmehr einer innenpolitischen Notwendigkeit. Schon seit Jahren versucht die türkische Presse immer wieder mit einer Reihe von Umzingelungstheorien ("alle sind gegen uns, wir müssen uns zusammenschließen"), die Bevölkerung angesichts der immer gravierenderen Wirtschaftskrise bei der Stange zu halten. Weiterhin ist es möglich, daß die Propaganda, auch die USA unterstützten die Kurden, die 'Installierung' der türkischen Truppen in Südkurdistan rechtfertigen soll.

Die USA, so die Logik der Berichterstattung sowie die multinationale 'Poised-Hammer'-Truppe (Schwebender Hammer) können die nationalen Interessen der Türkei, die durch einen kurdischen Staat und die PKK-Präsenz in eben diesem Staat gefährdet sind, nicht schützen. Wenn dann weiter von der Möglichkeit gesprochen wird, das Einverständnis für die 'Poised- Hammer'-Stationierung nicht mehr zu verlängern, sondern stattdessen eine rein türkische Eingreiftruppe für die Schutzzone zu gründen, dann ist in den propagandistischen Angriffen eine Logik zu erkennen. Wahrscheinlich ist auch, daß sich die Türkei durch solche Angriffe eine gute Verhandlungsposition bei der Diskussion um die 'Poised-Hammer' verschaffen will. Im Grunde liegt sie mit ihrer Nichtanerkennung der kurdischen Struktur im Irak durchaus auf Linie der US-Politik.

Kehrtwendung der BRD

Während die Bundesrepublik im März diesen Jahres noch als entschiedene Gegnerin der Falkenpolitik der Türkei auftrat, bleiben momentan kritische Äußerungen oder gar Sanktionen aus. An einer Änderung der türkischen Politik kann diese 'Wende' nicht liegen, der Kriegskurs gegen die Kurden, der im Frühjahr ganz offensiv vertreten wurde (vgl. Kommentar 'blätter des iz3w' Nr.181, Mai 1992) ist bis heute konsequent weitergeführt worden. Es gibt jedoch eine Reihe anderer Faktoren, die wahrscheinlich alle eine Rolle bei der bundesdeutschen Kehrtwendung spielen.

Einmal liegt der Schluß nahe, daß die BRD sich momentan in einer Periode vielseitiger anderer Belastungen (Osteuropa, EG...) nicht auf einen Konfrontationskurs mit den USA einlassen will. Hinzu kommt, daß der BRD, die ursprünglich ihre Abkühlung gegenüber der Türkei durch umso engere Beziehungen mit dem Iran kompensieren wollte, ein Dämpfer versetzt wurde. Ihre Begeisterung über den Wahlsieg des 'liberalen' Rafsandschani dürfte mittlerweile angesichts eines fortschreitenden Machtgewinns der Mullahfraktion verflogen sein.

Es ist auch möglich, daß die BRD-Politiker die politische Niederlage der eigentlich von ihnen bevorzugten Reformerfraktion in der Türkei zur Kenntnis nehmen mußten und sich den neuen Verhältnissen anpassen.

Aus diesen Gründen normalisieren sich die Beziehungen der BRD zur Türkei zu einem Zeitpunkt, zu dem jegliche Option auf eine politisch/reformerische Lösung der Kurdenfrage in Ankara nicht mehr diskutabel ist. Die militärische Offensive findet über alle Grenzen hinweg statt und trifft auf keinerlei internationale Kritik. Gleichzeitig werden Vorstandsmitglieder der legalen oppositionellen 'Partei der Volksarbeit' (HEP)[5] festgenommen und sollen zum Tode verurteilt werden, Offensiven gegen kurdische Dörfer in der Türkei gehen unvermindert weiter, Morde an Intellektuellen vor aller Augen ebenso; die Tatsache, daß einer der Guerillakämpfer auf einen deutschen Panzer gebunden und zu Tode gefahren wird, löst nur noch schüchterne Routineproteste aus - das Militär wird in Kurdistan weder von innen noch von außen gebremst - und keinen darf es wundern, wenn es morgen - um den Irak bei der Wahrung seiner territorialen Integrität zu helfen - gegen die 'scheinbaren Verbündeten' in Irakisch- Kurdistan ebenso vorgeht.

me

Anmerkungen:

1) Nach Mustafa Kemal (Atatürk) benannte Ideologie. Atatürks Kemalismus sollte ein dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus sein und der Türkei die nationale Souveränität und Unabhängigkeit (ökonomisch, politisch und militärisch) bringen. Gemäß dem Etatismus als einem von sechs Prinzipien des Kemalismus sollte auf wirtschaftlichem Gebiet ein großer industrieller Staatssektor entstehen, der jene Produktionsbereiche abdecken sollte, die zur industriellen Entwicklung notwendig, aber für die Privatindustrie nicht lukrativ oder finanzierbar waren.

2) Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und dem Irak waren vor dem Golfkrieg bedeutend. Allein die irakische Benutzungsgebühr für die Ölpipeline durch die Türkei betrug 400 Millionen Dollar jährlich.

3) Nach dem Massaker am Newroz (21.3.92) in Türkisch-Kurdistan.

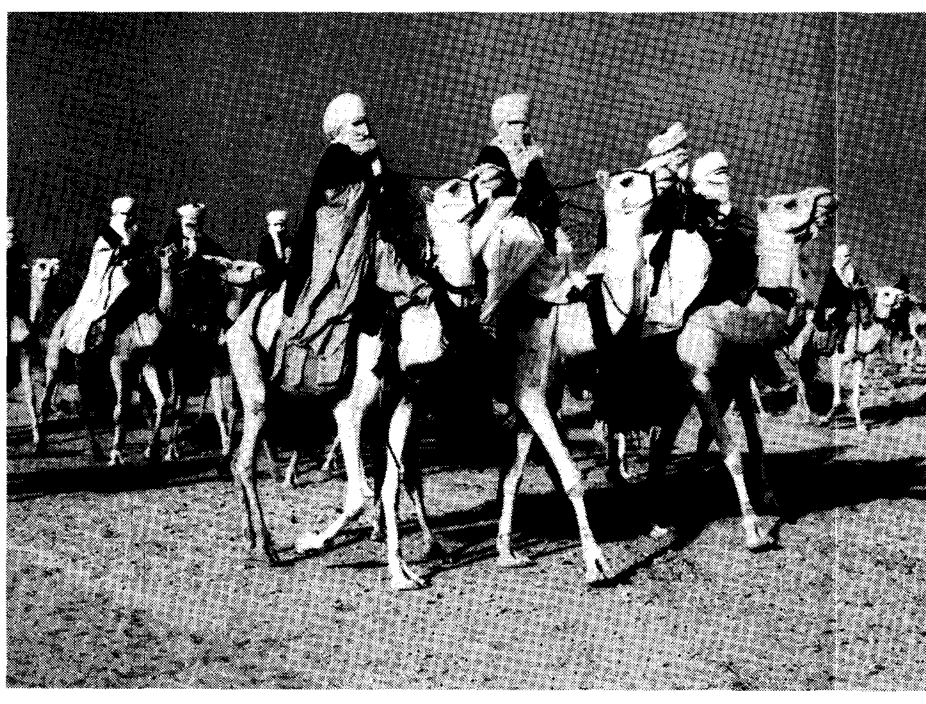
4) Özal lancierte im September dieses Jahres eine Initiative zu Kurdistan als er eine Diskussion über ein kurdisches Fernsehen, kurdische Schulen und eine Föderation mit Kurdistan vom Zaun brach.

5) Eine pro-kurdische Partei, die sich formal am 3.3.1990 konstituierte und deren Kandidaten bei den jüngsten Parlamentswahlen bei der Sozialdemokratischen Partei der Türkei (SHP) 'Aufnahme fanden', weil die Partei nicht zur Wahl zugelassen wurde.

Zwischen politischer Organisierung und Widerstand

Das veränderte Gesicht der Tuareg-Rebellion im Niger

Während Radio France International und französische Zeitungen ständig über die Rebellion der Tuareg im Niger berichten, dringt darüber kaum etwas in die deutschen Medien vor. In den "Blättern" erschien der letzte Artikel über die Tuareg-Rebellion vor zwei Jahren (Nr. 169, November 90). Unter der Überschrift: "Die Revolte der Gastarbeiter" wurden die Hintergründe der Rebellion aufgezeigt. Sie gelten heute immer noch.



Das Gesicht der Rebellion hat sich inzwischen verändert. In Mali und Niger haben die Tuareg-Rebellen Organisationen gegründet. Bedingt durch unterschiedliche nationale Entwicklungen hat die Rebellion in Mali und Niger auch unterschiedliche Züge angenommen.

In Mali sind Verhandlungen mit der Regierung zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Das Tuareg-Gebiet soll eine relative Autonomie bekommen. Im Niger fand von Juli bis November 1991 eine nationale Konferenz statt. Ihr vorangegangen war die Zulassung von Parteien. Die Konferenz sollte die diktatorische Vergangenheit sowie den Mißbrauch der politischen Administration in Niger aufarbeiten und demokratische Wahlen vorbereiten. Einige Ergebnisse waren die Reduzierung der Kompetenzen des Präsidenten der Republik, General Ali Chaïbou, die Einsetzung einer von den Delegierten der Nationalkonferenz gewählten Übergangsregierung und die Einrichtung eines Haut Conseil de la République, der die Einhaltung der Vorgaben der Conférence Nationale für die Übergangsregierung überwachen sollte. Demokratische Wahlen wurden für Ende 1992 vorgesehen.

Obwohl das Massaker an den Tuareg in Tchin-Tabaraden vom Mai 1990 (siehe blätter Nr.169 S.3ff.) auf der Conférence behandelt und der Verantwortliche, Hauptmann Maliki, unter Hausarrest gestellt wurde, war die Situation der Tuareg nach der Conférence aus ihrer Sicht dieselbe wie zuvor.

Aufflammen der Rebellion

Im November 1991 flammte die Rebellion im Niger wieder auf. Die "Front de Libération de l'Azawag et de l'Aïr" (FLAA) trat an die Öffentlichkeit. Ob es in Niger, ähnlich wie in Mali, mehrere Organisationen gibt, ist nicht bekannt. Bei einem Überfall auf ein Landwirtschafts-Projekt im Aïr wird eine Nachricht übergeben, in der die FLAA die Unabhängigkeit des "Territoire tamasheq" (Gebiet der Tuareg) fordert. Bei Angriffen auf isolierte Verwaltungsstellen (u.a. in In Gall, Abala und Aderbissinat) werden Ausrüstungsgüter erbeutet (Toyota-Land Cruiser, Treibstoff, Waffen und Munition) sowie Militärs und paramilitärische Regierungsbeamte gefangengenommen.

Immer häufiger werden Touristen auf der Piste zwischen Assamakka (dem Grenzposten zur algerischen Grenze) und Arlit überfallen. Die Fahrt im Konvoi mit Militärbegleitung wird obligatorisch.

Die Regierung schert die Überfälle auf der Piste und die Überfälle auf Regierungseinrichtungen über einen Kamm und spricht undifferenziert von "Banditisme". Die Gefangenen der Rebellen werden als "Geiseln" bezeichnet.

In einer Nachricht der Rebellen an die Regierung, die vom freigelassenen Chef de Poste von Aderbissinat übergeben wird, fordern sie, als Rebellen bezeichnet zu werden. Sie grenzen sich von den Banditen ab, die die Überfälle auf der Piste begehen. Ihren Gefangenen geben sie den Status von Kriegsgefangenen und weisen den Vorwurf der Geiselnahme zurück.

Ende Januar 1992 kommt es zu einem ersten Überfall auf der Asphaltstraße zwischen Arlit und Agadez. Nach Einbruch der Dunkelheit ist die Straße plötzlich gesperrt. Etwa 70 Fahrzeuge, darunter Reisebusse, werden angehalten und beschossen, die Insassen werden ausgeraubt. Die meisten Personen verbringen die Nacht versteckt im

unwegsamen Gelände. Einige können fliehen und verständigen die Gendarmerie. Gegen Morgen rückt Armee an. Die Armee eröffnet das Feuer. Unter den Zivilisten gibt es Tote und Verletzte. Die Militärs geben an, die Autolichter für Lichter von Fahrzeugen der Rebellen gehalten zu haben. In der offiziellen Version aus Radio Niger wird von dem Überfall am Abend nichts berichtet. Es wird lediglich bedauert, daß die Autolichter fälschlicherweise Rebellen zugeschrieben wurden.

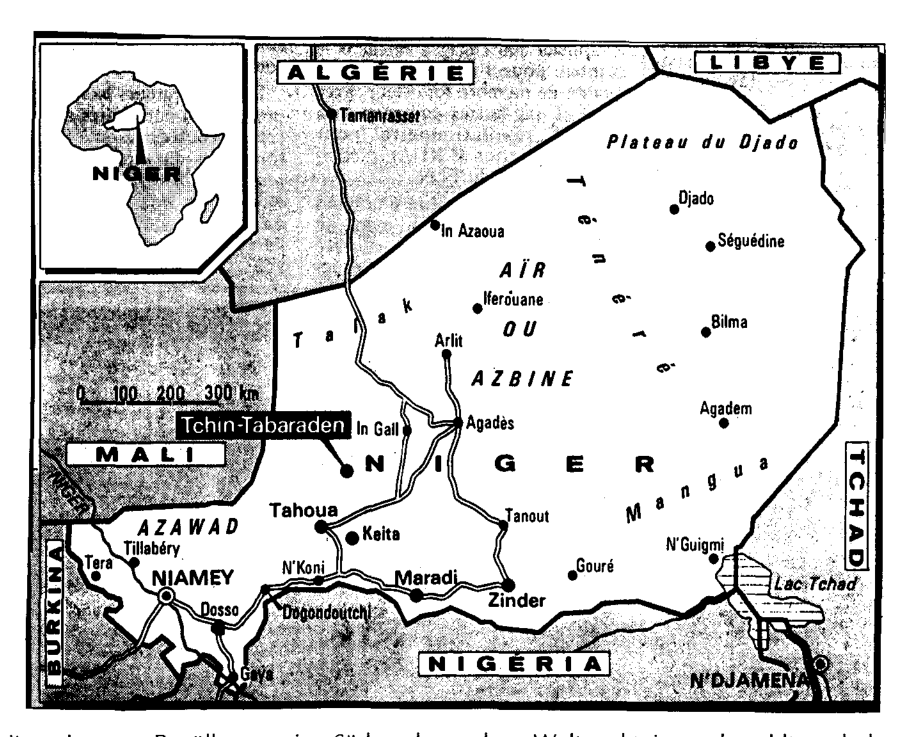
Nach diesem Vorfall schließt die nigrische Regierung Anfang Februar 92 die Grenze zu Algerien mit der Begründung, die Sicherheit der Reisenden nicht gewährleisten zu können. Ausgenommen von dieser Regelung sind Algerier und Nigrer, die die Grenze weiter passieren dürfen.

Die Schließung der Grenze verschärft die Wirtschaftskrise in Niger. Nigrische und algerische Händler trauen sich nun nicht mehr, ihre Waren über die der Armee bekannten Schmuggelpfade ins Land zu bringen. Die Preise für aus Algerien eingeführte Grundnahrungsmittel gehen sprunghaft in die Höhe. Von Norden her zieht eine Teuerungswelle für Handelsgüter wie Milchpulver, Teigwaren, Zucker und Mehl über das Land.

Im Zusammenhang mit der Rebellion steht auch die Meuterei der Soldaten der Division in Niamey vom 27. Februar, der sich Truppen in anderen Regionen sofort anschließen: Soldaten besetzen Rundfunk, Fernsehen und Flughafen in Niamey und entführen den Präsidenten des Haut Conseil de la République, des höchsten Organs der Übergangsphase zur Demokratie. Neben ökonomischen Forderungen wie Auszahlung des seit drei Monaten ausstehenden Soldes und Aushändigung der Seifenration werden die Freilassung von Hauptmann Maliki und die Absetzung von Abou Oumarou[1]) (Chef d'Etat-Major Général Adjoint, [Stellvertretender Chef des Generalstabs]) gefordert. Tags darauf macht die Regierung ökonomische Zugeständnisse, weist aber die politischen Forderungen ab.

Politische Ziele der Rebellen

In einem Interview mit der nigrischen Zeitschrift "Le Républicain" vom 27.2.1992 äußert sich die FLAA erstmals zu ihren politischen Zielen. Sie bleiben allerdings verschwommen, lassen sich nur umreißen. Danach strebt die FLAA einen autonomen Status der Tuareg-Gebiete an. Die Form dieses Status bleibt aber unklar. Seit Mai/Juni 92 wird immer häufiger von einem föderativen System gesprochen, während die Übergangsregierung die Einheit und Unteilbarkeit des Staates Niger dem Streben der Tuareg entgegensetzt. Im einzelnen sagt Rissa Boula: "Seit Anfang des Jahrhunderts wurden die Tuareg politisch unterdrückt, zunächst durch die Franzosen, dann durch



die schwarze Bevölkerung im Süden des Niger. Die Conférence Nationale wäre vielleicht eine Möglichkeit zu einem demokratischen Neubeginn gewesen, sie hat sich aber nicht mit dem Problem der Tuareg beschäftigt, selbst die Aufarbeitung des Massakers von Tchin-Tabaraden war nur Fassade, um nicht die Beziehungen mit dem (reichen) Ausland zu verderben. Das Land der Tuareg ist über drei Staaten verteilt: Niger, Mali und Algerien. Dieses Land ist reich an Bodenschätzen (Uran, Steinkohle, Zinn) und an Wasservorkommen (über Tiefbrunnen erschließbar). Deren Ausbeutung kommt aber nicht den Tuareg zugute, der Gewinn fließt über staatliche Unternehmen an die Regierung, wo er versickert. Auch die anderen Projekte in Azawak und Aïr sind ausschließlich für die Regierung oder die Reichen gemacht, die Bevölkerung hat nichts davon. Die Tuareg haben nun genug von dieser Unterdrückung; sie haben sich in der FLAA organisiert und sind bereit für ihre Interessen zu sterben. Politisches Ziel der FLAA ist ein autonomer Status für den Azawak und das Aïr, das nun über Verhandlungen mit der Regierung durchgesetzt werden soll. Bedingungen für diese Verhandlungen sind, daß die Rebellen nicht mehr von der Regierung als Banditen diskriminiert werden sowie daß das Militär aufhört, in den Bergen zu patrouillieren und sich stattdessen in die Kasernen zurückzieht." - Soweit Rissa Boula.

Als wirtschaftliche Grundlage für ein autonomes Tuareg-Gebiet sieht die FLAA die Viehwirtschaft und den Reichtum an Bodenschätzen in der Region, womit insbesondere die Uranminen von Arlit gemeint sind. Zumindest in diesem Punkt macht sie sich wohl Illusionen. Der Uran-Boom ging schon vor über zehn Jahren zu Ende und daß Uran überhaupt noch abgebaut wird, liegt wohl an strategischen Interessen des Hauptanteileigners und -abnehmers Frankreich, der überdies das Uran zu Preisen über dem Weltmarktniveau bezahlt und damit das Staatsbudget des Niger subventioniert.

Gescheiterter Waffenstillstand

Mitte März 1992 greift die FLAA das Entwicklungshilfeprojekt "Projet Aïr-Ténéré" in Iférouane, einem Dorf in den nördlichen Bergen des Aïr, an. Das "Projet Aïr-Ténéré" überwacht das gleichnamige Naturreservat und ist dazu mit mehreren Land-Rovern mit Kurzwellen-Funk ausgestattet. In Iférouane ist eine Einheit der Garde Républicaine stationiert, verstärkt durch Armeeangehörige. Dem Militär geht die Munition aus. Der Fuhrpark wird mitsamt Funkausrüstung von den Rebellen erbeutet. Einige Entwicklungsdienste stellen daraufhin ihre Tätigkeit in der Region ein und ziehen ihr Personal ab. Das Militär verfolgt die Rebellen in den Bergen. Dazu soll die nigrische Armee Unterstützung durch die nigerianische Luftwaffe bekommen haben, welche Soldaten und Gerät nach Iférouane transportiert haben soll. Angeblich sollen alle Rebellen am Mont Gréboun eingekesselt und aufgerieben worden sein.

Diese Meldung entpuppt sich aber bald als Gerücht, als im Mai die Rebellen Verhandlungen aufnehmen wollen und dazu der Regierung einen Waffenstillstand anbieten. Die Regierung nimmt zunächst an, verlängert aber nach zwei Wochen nicht mehr. Sie unterstellt der FLAA, den Waffenstillstand für eine weitere Aufrüstung und Reorganisierung ihrer Kräfte zu nutzen. Die Regierung bietet ihrerseits Verhandlungen an, knüpft sie aber an die Bedingung, daß die Rebellen die Waffen nieder legen und die Gefangenen frei lassen.

Darauf antwortet die FLAA mit der Wiederaufnahme der "Nadelstichtaktik" in den Gebieten südlich von Agadez. So wird bei-

spielsweise ein Tiefbrunnen, der der Kühlwasserversorgung des Kohlekraftwerks in Tchirozérine dient, von Rebellen zerstört. Das Kraftwerk versorgt hauptsächlich die Uranminen in Arlit, nebenbei auch die Städte Arlit, Tchirozérine und Agadez mit Strom (wobei nur Behörden und reiche Bürger sich Strom leisten können).

Am 26. August verschwindet der Departements-Kommandant des Service de Documentation (Geheimdienst) aus Agadez. Offiziellen Verlautbarungen zufolge wurde er ermordet. Bei der "Verfolgung" der Täter am nächsten Morgen wird eine Armee-Einheit auf der Piste zwischen Tchirozérine und Tafadek angegriffen. Einige Soldaten werden getötet und einige sind vermißt. Die Rebellen erbeuten angeblich auch Fahrzeuge. Am selben Tag beginnen die Soldaten mit einer Verhaftungswelle gegen Tuareg, begleitet von einer Nachtausgangssperre in einigen Städten des Département Agadez sowie in den Städten Zinder und Tahoua. Die Verhaftungen dehnen sich bald auch nach Niamey aus und richten sich gegen Tuareg im Staatsdienst und gegen gebildete Tuareg, die eine herausgehobene Position im öffentlichen Leben bekleiden. Offiziell werden sie der "persönlichen, materiellen oder moralischen Unterstützung" der Rebellion verdächtigt. Unter den Verhafteten befinden sich, unter anderem, der Präfekt von Agadez, sein persönlicher Berater, der Transportminister der Regierung und ein hochrangiger Armeeoffizier. Offiziell werden 93 Tuareg verhaftet, als Dunkelziffer ist die Zahl von über 200 Verhaftungen im Umlauf.

Regierung in der Zwickmühle

Als Hintergrund dieser Vorgänge gilt eine Meuterei der Truppe in Agadez. Die Mannschaften wollen nicht mehr ihre Köpfe für die Politik der Regierung gegenüber der Rebellion hinhalten. Offensichtlich hat das Militär im unbekannten Gelände der Berge nur Niederlagen einstecken müssen, die Erfolgsmeldungen vor einigen Monaten waren Gerüchte, um die Moral der Truppe zu heben. Die Soldaten meinen, mit militärischen Mitteln die "Rebellenfrage" besser und schneller klären zu können.

Die Regierung ist nun in der Zwickmühle. Dem Militär gegenüber besitzt sie kein Druckmittel. Sie hat keine andere Wahl, als auf den fahrenden Zug aufzuspringen. In einer Ansprache an die Nation versucht der Premierminister den Eindruck zu erwecken, die Verhaftungen der Tuareg, obwohl ohne jegliche rechtsstaatliche Grundlage und der Ausnahmezustand seien von der Regierung angeordnet worden, ohne dies aber wörtlich zu sagen.

In Agadez entsteht nun ein "Etat-Major Mixte", der sich aus Militärs, Paramilitärs (Forstbeamte, Zollbeamte, Gendarmerie, Polizei) und der Préfecture, der zur Zeit ein Armeeoffizier vorsteht, zusammensetzt. Er behält sich alle politischen Entscheidungen vor. Damit wird quasi im Département Agadez eine Militärherrschaft ausgeübt.

Im ganzen Land gibt es eine emotional aufgeheizte Stimmung gegen die Tuareg allgemein, die durch die nigrischen Medien geschürt wird.

Im September 1992 wird Rissa Boula in Algerien mit (nach offiziellen Angaben) siebzig Anhängern verhaftet. Er wird wegen unerlaubtem Grenzübergang und unerlaubtem Waffenbesitz verurteilt, gegen Ende Oktober aber wieder freigelassen. Währenddessen gehen die Verhaftungen in Agadez weiter; die vorher Verhafteten befinden sich weiterhin ohne rechtliche Grundlage und nun seit mehr als sechs Wochen in Haft. Einzelne Verhaftete wurden von Agadez nach Niamey verlegt, wo gegen sie Untersuchungsverfahren angelaufen sein sollen. Bis jetzt hat die FLAA militärische und scheinbare politische Erfolge vorzuweisen. Obwohl sie sich kaum öffentlich äußert, vermittelt sie durch die Reaktion des Staates auf ihre Aktionen das Bild politischer Stärke. Die Meuterei der Truppe der Division von Agadez und seitdem der Ausnahmezustand im Norden des Niger zeigen die Zersetzung der Armee und die Schwäche der Regierung. Die Armee kontrolliert de facto den Azawag und das Aïr-Gebirge nicht mehr.

Offensichtlich bekommen die Rebellen nun Versorgungsprobleme. Sie beschlagnahmen im Oktober Kooperativeneigentum von Tuareg-Dörfern im Aïr, vor allem Lebensmittel und technische Ausrüstung.

In Frankreich initiiert Mano Dayak, ein Tuareg-Unternehmer und Fürsprecher der Rebellion im Exil, eine Kampagne u.a. mit Plakataktionen und Aufrufen in Versandhauskatalogen. Die nigrische Regierung antwortet auf die Thematisierung des Tuareg-Problems in Frankreich, indem sie ein Mitglied des Haut Conseil de la République nach Paris schickt, um mit Mano Dayak ein Fernseh-Duell zu führen. Dies findet zwar nicht statt, doch kommt es schließlich zu einem Treffen, von dem Ausschnitte und Stellungnahmen des nigrischen Vertreters im nigrischen Rundfunk und Fernsehen gesendet werden.

Die wirtschaftliche Situation des Niger wird indes immer schwieriger und immer häufiger wird sie in Verbindung mit den enormen Kosten des Militäreinsatzes im Norden gebracht. Die nigrischen Medien verlegen nun den Schwerpunkt ihrer Berichterstattung von emotionalen zu mehr auf die Suche einer friedlichen Lösung gerichteten Artikeln.

Kein Ende der Verhaftungswelle

Die Verhaftungen gehen jedoch weiter. Waren sie anfänglich gezielt, scheint es jetzt jeden treffen zu können. Es kommt zu Denuziantentum. Eine Frau wurde von Militärs auf der Suche nach Rebellen in ihrem Haus mit vorgehaltener Waffe vergewaltigt. Ihr jugendlicher Sohn hat einen der Vergewaltiger getötet und konnte entkommen. An seiner Statt haben die Soldaten die Frau verhaftet. Die faktische Militärherrschaft im Département Agadez verunsichert durch derartige Willkür die Bevölkerung in zunehmendem Maße.

Am 23. Oktober wird eine 109-köpfige Kommission eingesetzt, die binnen 45 Tagen Vorschläge zur Lösung der Situation ausarbeiten soll. Ihr gehören nur wenige Tuareg und v.a. dem ehemaligen Einparteiensystem nahestehende "chefs traditionnels" an.

Wie sich der Konflikt weiter entwickeln wird, ist nicht klar. Es gibt verschiedene Tendenzen. Die bevorstehenden Wahlen können schwerlich unter rechtsgültigen Bedingungen stattfinden, wenn das Tuareg-Gebiet davon ausgenommen wird. Im Sinne einer Demokratisierung in Niger sollte es deshalb noch vor den Wahlen zu einer Lösung kommen. An einer friedlichen Lösung scheinen daher vor allem die neuen demokratischen Parteien interessiert. Demgegenüber zeigt die Armee bisher keine Anstalten, in diesen Kurs einzuschwenken. Die Übergangsregierung bemüht sich, den von der Nationalkonferenz vorgegebenen Aufgabenkatalog in aller Schnelle abzuarbeiten. Dazu gehört auch die fristgerechte Durchführung der Wahlen zum Jahresende. Es bleibt zu befürchten, daß die Ausnahmesituation im Département Agadez hierbei nicht berücksichtigt wird. So wurden beispielsweise in Agadez Wahllisten erst erstellt, nachdem der Ausnahmezustand bestand und somit die ländlichen Teile des Départements nicht mehr zugänglich waren und viele Tuareg aus Angst vor Verhaftungen die städtischen Gebiete verlassen hatten. Das politische Problem des Nordens würde somit, vermutlich noch verschärft, der neuen, demokratisch gewählten Regierung übergeben.

Manfred Meier

Anmerkungen:

1) Maliki ist der verantwortliche Offizier für das Massaker an den Tuareg in Tchin-Tabaraden. Abou Oumarou, ein Tuareg besetzt zur Zeit den Posten des kommandierenden Stabschefs der Division von Agadez. Gleichzeitig rekrutiert sich die Armee hauptsächlich aus Angehörigen der ethnischen Gruppen der Djerma und Haussa. Angehörige der Tuareg sind in der Armee die Ausnahme.

Brücken oder Barrieren?

Die Wiedervereinigungsproblematik Koreas

Auch wenn die Problemlage Koreas im Vergleich zu den Tragödien im ehemaligen Jugoslawien oder in Somalia und angesichts der Verhältnisse in der ehemaligen Sowjetunion weniger aktuell und dringlich erscheint, bleibt die koreanische Halbinsel eine der konfliktträchtigsten Regionen der Welt. Entlang dem 38. Breitengrad, an der Demarkationslinie zwischen Süd- und Nordkorea, stehen sich insgesamt 1,5 Millionen - mit modernsten Waffen ausgerüstete - Soldaten gegenüber. Doch auch hier setzt allmählich ein Entspannungsprozeß ein. Nach dem gleichzeitigen Beitritt beider Teilstaaten zu den Vereinten Nationen im September 1991 wurden im Dezember 1991 ein umfassender Versöhnungsvertrag und eine - diesen ergänzende - Vereinbarung zur Entnuklearisierung unterzeichnet.



Südkoreas Premierminister Kang (links) und sein nordkoreanischer Amtskollege Yon bei einem Treffen Ende 1991

Die Wahrscheinlichkeit einer Wiedervereinigung Koreas ist - auch unter der Berücksichtigung interner Annäherungen - nur vollständig zu bemessen, wenn die internationalen Rahmenbedingungen angemessen bewertet werden. Aus politischen Gründen war und ist Korea ein Spielball der Großmächte USA, Sowjetunion (Rußland), Japan und China.

Südkoreas 'Schutzmacht' USA

Neben der Sowjetunion übernahm die USA direkt nach der bedingungslosen Kapitulation Japans im August 1945 die Rolle einer wichtigen Ordnungsmacht auf der Halbinsel. Während es zwischen der Sowjetunion und Nordkorea nach dem Ende des Koreakrieges eine Reihe offener und latenter Konflikte gab, blieb das Verhältnis zwischen den USA und Südkorea relativ unproblematisch, da von Südkorea die Rolle der USA als eine unverzichtbare Sicherheitsgarantie angesehen wurde. Obwohl eine de jure geschlossene militärische Allianz USA-Japan-Südkorea sowohl wegen der unbewältigten Vergangenheitsprobleme zwischen Japan und Südkorea als auch aufgrund der 'Friedensverfassung'[1] Japans noch nicht zustandegekommen ist, ist Japan aber durch den Einsatz im Rahmen der 'peace keeping operation' der UNO im Juni 1992 auf die politisch-militärische Weltbühne zurückgekehrt. Die USA, Japan und Südkorea haben nach dem Golfkrieg ihre militärpolitische Zusammenarbeit mit der Beschuldigung verstärkt, Nordkoreas Atomwaffenarsenal bedrohe die Sicherheit der Region. Die seit Mai 1992 dreimal durchgeführten Inspektionen nordkoreanischer Kernforschungsanlagen genügen ihnen nicht. Als Gegenleistung für den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Südkorea verlangen sie gegenseitige Inspektionen der Atomanlagen in Süd- und Nordkorea. Nordkorea hat bislang ein solches Verlangen mit dem Argument abgewiesen, die bisherigen Inspektionen hätten den Verdacht einer Atomwaffenentwicklung ausgeräumt und die Überprüfung des tatsächlichen Abzuges der US-Atomwaffen aus Südkorea sei eine vorrangige Aufgabe für die Friedenssicherung auf der koreanischen Halbinsel.

Außerdem sieht Nordkorea in dieser neuen Auflage eine weitere US-amerikanische Strategie zur totalen Kontrolle über seine konventionellen Verteidigungskräfte. Eine Antwort auf die Frage, ob, und wenn ja, wann und in welcher Form Pjöngjang diese Bedingung Washingtons akzeptiert, ist schwierig, aber ein modus vivendi ist möglich.

Die nach dem Golfkrieg verbreitete Analogie, Nordkorea sei ein zweiter Irak, ist durch die letzten Inspektionen der Internationalen Atomenergieagentur IAEA widerlegt worden. Trotzdem halten die USA nicht nur militärpolitisch, sondern auch wirtschaftlich, am harten Kurs gegen Nordkorea fest: Die Cocom-Liste, deren ursprünglicher Sinn seit dem Zerfall der Sowjetunion verlorengegengen ist, gilt weiterhin für Nordkorea.

Die USA, die unifokale Globalmacht in der 'Neuen Weltordnung' nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, wollen ihre traditionelle Machtposition in allen Bereichen in Südkorea aufrechterhalten: Die Existenz der letzten Bastionen des Kommunismus in dieser Region - Nordkorea, China und Vietnam - gibt den USA einen Grund für ihr kontinuierliches Engagement in Korea. Da Korea zunehmend zur Machtdomäne eines konkurrierenden Partners der USA innerhalb der zukünftigen tripolaren ökonomischen Weltordnung, der Wirtschaftsmacht Japan, gehören wird, werden die USA die koreani-

sche Halbinsel nicht aus den Augen verlieren.

Japan - Freund oder Feind?

Seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Südkorea und Japan 1965 hat Japan seine Einflußbereiche in Südkorea systematisch ausgebaut. Die Machtstellung Japans in Südkorea im wirtschaftlichen Bereich ist eindeutig: Japan ist das wichtigste Einfuhrland und gleichzeitig das zweitwichtigste Ausfuhrland für Südkorea. Überdies investiert Japan - im Vergleich zu dem Engagement in den anderen Schwellenländern Ostasiens Hongkong, Singapur und Taiwan - am stärksten direkt in Südkorea, wohl vor allem aufgrund der Befürchtung, Südkorea könnte in Ostasien die wirtschaftlich dominante Stellung Japans bedrohen. Ein weiteres Indiz für diese These ist die Tatsache, daß Japan in letzter Zeit besonders im Technologietransfer eine sehr restriktive Politik praktiziert.

Neben wirtschaftlichen Friktionen ist die Beziehung zwischen beiden Ländern durch die Bekanntgabe der Zwangsprostitution von schätzungsweise 200.000 Koreanerinnen für die japanischen Soldaten während des Zweiten Weltkrieges stark belastet. Doch die politische Schirmherrschaft der USA hat die beiderseitigen Schäden durch offene Auseinandersetzungen bis jetzt in Grenzen gehalten. Für die Realisierung eines Plans zur wirtschaftlichen Kooperation im Pazifisch-Asiatischen Raum, der im Rahmen der APEC (Asia Pacific Economic Cooperation) bereits dreimal diskutiert wurde, braucht Japan auch die Unterstützung Südkoreas, weil sich die ASEAN-Länder als das Zentrum für solch eine regionale Wirtschaftsintegration betrachten und für den - von Japan dominierten - Plan nur ein geringeres Interesse zeigen. Die Unterstützung versucht sich Japan dadurch zu sichern, indem Nordkorea unter Zugzwang gesetzt wird. Die Bedingungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Norden sind: Gegenseitige Inspektion der Atomanlagen in Nord- und Südkorea (in Anlehnung an die Forderung der USA) sowie eine Regelung der 'Wiedergutmachung' für die Kolonialzeit nach 'südkoreanischem Muster' (zwar eine umfangreiche Kreditzusage, aber keine kostenlose Hilfe). Eine klare Antwort auf die Frage, welche Konsequenzen die Ende August 1992 erfolgte Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Südkorea für die Politik Japans gegenüber Nordkorea nach sich ziehen wird, ist noch nicht möglich, doch es ist sehr wahrscheinlich, daß Japan als die Gegenmacht Chinas in Nordostasien das jüngst entstandene Ungleichgewicht durch einen Gegenzug, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Nordkorea, 'korrigieren' wird.[2]



Zwei angeschlagene Riesen

Mit der am 24. August 1992 vollzogenen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Südkorea beendeten die beiden Staaten endgültig ihre seit dem Koreakrieg vier Jahrzehnte andauernde Konfrontation. Der offiziellen Aufnahme beiderseitiger Handelsbeziehungen im Oktober 1990 folgte die Realpolitik unerwartet schnell, bedenkt man die bisher enge Kooperation Chinas mit Nordkorea. Das bilaterale Handelsabkommen zwischen Südkorea und China hat 1991 5,8 Milliarden US$ betragen und soll nach Schätzungen 1992 die Grenze von 10 Milliarden US$ erreichen. Einer der Gründe für die schnell vollzogene Aufnahme diplomatischer Beziehungen ist, daß Südkorea inzwischen Chinas siebtwichtigster Handelspartner ist. Aber das außenpolitische Motiv, das diese wirtschaftlichen Realinteressen begleitet, ist nicht minder wichtig, da China neben Rußland nun mit beiden Teilen Koreas diplomatische Beziehungen pflegt und so in der Lage ist, direkter als bis jetzt die Zukunft der koreanischen Halbinsel zu bestimmen.

Im Vergleich zum scharfen kritischen Ton gegen die Aufnahme der diplomatischen Beziehung der Sowjetunion mit Südkorea im September 1990 sind die Reaktionen Nordkoreas auf das Vorgehen seines engsten Verbündeten China bis jetzt eher zurückhaltend. Zwar ist Nordkorea tief enttäuscht über die chinesische Entscheidung, aber China bleibt für Nordkorea ein unersetzbarer Verbündeter in seiner derzeitigen bedrängten Situation. Außer indirekten Hilfeleistungen für die Normalisierung des Verhältnisses zwischen Nordkorea und den USA einerseits und zwischen Nordkorea und Japan andererseits hat Pjöngjang zur Zeit von Peking nicht viel zu erwarten. Die internationale Isolation nach dem Massaker nahe dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 hat China durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Indonesien, Singapur und Südkorea und durch den offiziellen Besuch des japanischen Kaisers Akihito im Oktober 1992 zumindest in Ostasien durchbrochen.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion versucht Rußland - in der Rolle des Nachfolgestaates - die bereits vorhandene Position in Fernost zu festigen, wie die zähen Verhandlungen Rußlands mit Japan über die Kurilen-Inseln zeigen.

Rußlands postsowjetische Ostpolitik

Nordkoreas Bedeutung in den globalen Militärstrategien der Sowjetunion war während des Ost-West-Konflikts und des Sino-Sowjet-Konflikts groß, obwohl es immer latente Konflikte zwischen beiden Ländern gab. Daß sich hieran für Rußland nichts geändert hat, ist einer Erklärung der russischen Regierung zu entnehmen, in der das bilaterale militärische Abkommen zwischen der Sowjetunion und Nordkorea aus dem Jahr 1961 als weiterhin gültig angesehen wird. Zudem bleibt Nordkorea für Rußland auch in Zukunft ein unverzichtbarer strategischer Bezugspunkt in seiner postsowjetischen Ostpolitik.

Gleichzeitig ist Rußland aber für die Entwicklung der an Ressourcen reichen fernöstlichen Wirtschaftsgebiete auf die finanzielle Hilfe Südkoreas angewiesen, welches seinerseits bereits Kredite in Höhe von drei Milliarden US$ zugesagt hat. Obwohl Rußland als erste Großmacht die diplomatische Beziehungen mit beiden Teilen Koreas unterhielt, aufgrund seiner innenpolitischen Lage (noch) nicht in der Lage ist, aktiv an einer Neugestaltung internationaler Politik in Nordostasien teilzunehmen, versucht Präsident Boris Jelzin dennoch, durch seine bevorstehende Staatsvisite in Japan, in dieser Region fester Fuß zu fassen. Das Mißtrauen und Mißfallen der Nordkoreaner gegenüber der russischen Führung, die ihrer Meinung nach den Kommunismus verraten hat, sitzt tief, obgleich Jelzin anläßlich des 47. Jahrestages der Befreiung Koreas vom japanischen Kolonialjoch eine Grußbotschaft an die nordkoreanische Führung schickte und darin versicherte, daß sich Rußland für die Stabilität und den Frieden auf der koreanischen Halbinsel verpflichtet fühle. Der Einfluß Rußlands auf Gesamtkorea allerdings wird schwächer sein als der Chinas, da Letzteres ein direkterer Machtfaktor für die koreanische Halbinsel war und ist.

Es läßt sich also die Grundintention der Großmächte zur Einflußsicherung auf der koreanischen Halbinsel ablesen, welche sich an einer Beibehaltung des Status quo der Teilung orientiert. Trotzdem können Süd- und Nordkorea durch ihr Agieren und/oder Reagieren den eigenen Spielraum erweitern. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Südkorea ist ein Beleg dafür. Hierdurch wurde eine völlig neue Situation geschaffen. Das Waffenstillstandsabkommen von 1953 zwi-

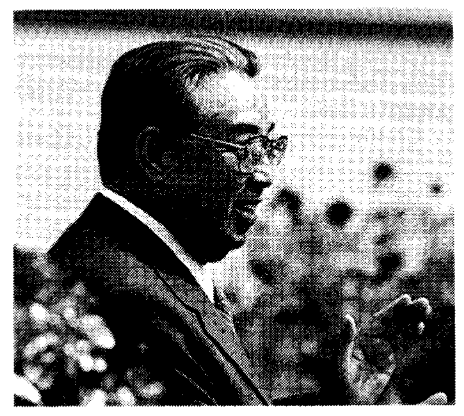
schen den USA (im Namen der UNO), Nordkorea und China muß dahingehend modifiziert werden. Es scheint daher unter diesen neuen internationalen Bedingungen wichtig zu sein, die Aktions- bzw. Reaktionsmodi in beiden Teilen Koreas gesondert zu betrachten.

Korea und das 'deutsche Modell'

Nach einer euphorischen Phase unmittelbar nach der Vereinigung in Deutschland sind nun selbst viele südkoreanische Experten skeptisch gegenüber einer 'deutschen' Lösung des koreanischen Wiedervereinigungsproblems geworden. Die immensen Probleme, die das vereinigte Deutschland bewältigen muß, haben abschreckende Wirkungen auf das naive Gedankenspiel gehabt. Zudem ist klar geworden, daß die Studien, die einen 'deutschen' Weg für Korea favorisieren, in ihren methodischen und theoretischen Ansätzen auf - nicht adäquaten - Analogieschlüssen beruhen und überdies die Tatsache unberücksichtigt lassen, daß der deutsche Einigungsprozeß noch nicht abgeschlossen ist. Es ist zu fragen, ob Südkorea politisch und wirtschaftlich für einen solchen Schritt in der Lage ist, und ob Nordkorea in absehbarer Zeit - wie die DDR im September 1989 - in eine implosive oder in eine explosive Lage gerät?

Eine systemvergleichende Studie der südkoreanischen Regierung über Nord- und Südkorea geht davon aus, daß Südkorea im Pro-Kopf-Einkommen (PKE) Nordkorea erst seit Mitte der siebziger Jahre überholt hat und das Verhältnis des PKE zwischen Süden und Norden zur Zeit bei etwa 5 : 1 liegt. Da Südkorea fast die doppelte Einwohnerzahl aufweist, beträgt das Verhältnis des Bruttosozialprodukts (BSP) zwischen beiden Staaten nach diesen Schätzungen 10 : 1.[3] Vergleicht man nur diese Daten mit denen zwischen der BRD und der DDR vor der Einigung (rund 2 : 1 im PKE und rund 8 : 1 im BSP), scheint es plausibel, die sog. 'deutsche' Lösung auch für Korea zu favorisieren. Doch das 'Modell Südkorea' hat in den letzten Jahren deutlich an Dynamik eingebüßt. So hat beispielsweise die Handelsbilanz 1991 bereits ein Defizit in Höhe von 10 Milliarden US$ erreicht. Die protektionistischen Maßnahmen der Industrieländer und der verschärfte Konkurrenzdruck von Anrainern sind hauptsächlich verantwortlich für diesen Dynamikverlust des Export- und Wachstumsmodells Südkorea.

Zudem wird ein wesentliches Konstitutionsmerkmal des südkoreanischen Modells - die eigentümliche Koppelung der wirtschaftlichen Entwicklung mit politischer Unterentwicklung ('Wachstumsdiktatur') - nach dem Ende des Ost-West-Konflikts auch in Südkorea seinen Sinn verlieren, da der Antikommunismus als Rückhalt für die bisherige Massenloyalität der Arbeiter und Angestellten in einer 'Frontstaat'-Ökonomie allmählich sein Gewicht verliert. Wenn Südkorea Demokratisierung mit Wohlfahrtsstaatlichkeit nicht erreicht, bleibt die Wiedervereinigung in Korea nach dem Beispiel Deutschlands ein Gedankenspiel, obwohl andere Alternativen zur Zeit nicht erkennbar sind. Ferner ist es nicht leicht, die Frage zu beantworten, inwieweit das nordkoreanische Regime zur Zeit noch stabil ist. Die journalistischen Orakel, wonach die Tage Nordkoreas gezählt seien, übersehen die spezifische Entstehung und Entwicklung des Sozialismus in diesem Land, welcher nicht von außen oktroyiert wurde, sondern als Volksbewegung charakterisiert werden kann.



Der 'liebe Führer' Kim Il Sung

Zwar verlor Nordkorea nach dem Zerfall des Realsozialismus in der Sowjetunion und Osteuropa seine politischen Verbündeten und sieht sich mit einer Reihe von Schwierigkeiten in der Umstellung seiner bisherigen außenwirtschaftlichen Politik konfrontiert, aber seine bisherige dissoziative Entwicklungsstrategie vermochte die entstandenen Abkoppelungsschäden zu begrenzen. Im Vergleich zur chinesischen wirtschaftlichen Reformpolitik ist die nordkoreanische vorsichtiger und zurückhaltender, obwohl Nordkorea bereits 1984 Gesetze über wirtschaftliche Kooperationen mit ausländischem Kapital verabschiedete. In letzter Zeit können wir aber eine Reihe neuer wirtschaftspolitischer Aktivitäten Nordkoreas beobachten, wie der jüngste Südkoreabesuch des nordkoreanischen Vizepremiers Dal-Hyun Kim zeigt, der auch für Außenhandelsfragen zuständig ist. Nordkorea avisiert zur Zeit drei großangelegte Wirtschaftsprojekte, die ausländisches Kapital und Technologie voraussetzen: Ein Projekt über eine Freihandelszone von Rajin-Sunbong im Grenzgebiet von China und Rußland, das im Rahmen des UNO-Entwicklungsprojekts (UNDP) diskutiert wird, und zwei weitere Projekte über eine Industriezone im Gebiet von Nampo (südwestlich der Hauptstadt Pjöngjang) sowie eines im Gebiet der Grenzstadt Kaesong zwischen Süd- und Nordkorea. Bei diesen Projekten ist Nordkorea bereit, auch mit Südkorea zusammenzuarbeiten. Nordkorea setzt die Reform der Wirtschaftspolitik fort, wird allerdings einen besser kontrollierbaren Gang als China einzuschlagen versuchen.

Ein Ausbruch aus der international isolierten Lage mit gleichzeitiger Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung durch einen vorsichtigen Reformkurs im Rahmen der 'Dschutsche'-Ideologie[4] könnte ein subjektives Wunschbild sein, als versuche man, zwei Fliegen mit einem Schlag zu treffen. Die Erfüllung hängt davon ab, ob und wie sich die Mehrheit der Bevölkerung mit dem System identifiziert. Das Selbstwertgefühl der Nordkoreaner, nach dem Koreakrieg ohne große Hilfe von außen das derzeitige Wohlstandsniveau mit distributiver Gerechtigkeit erreicht zu haben, ist zwar durch den verschärften Systemdruck aus dem Süden verletzbarer geworden, doch die oben genannten Kehrseiten des südkoreanischen Modells sind gleichzeitig abschreckend genug für die Nordkoreaner: Südkorea ist nicht die BRD und Nordkorea auch nicht die DDR.

Wenn beide Teilstaaten nicht in der Lage sind, den jeweils anderen Teil zu absorbieren, bleibt ihnen als Lebensform nur, sich gegenseitig anzuerkennen und miteinander zu kommunizieren. Süd- und Nordkorea haben dafür jeweils eine Formel: Eine 'Nationale Gemeinschaft für Korea' (Südkorea) und eine 'Konföderative Republik Koryo' (Nordkorea). Während Südkorea Koexistenz eher als einen relativ kurzen Übergang zur endgültigen Einigung betrachtet, sieht das konföderative Konzept Nordkoreas dagegen eine relativ lang andauernde Einigungphase vor.

Für die Beseitigung des noch tiefen gegenseitigen Mißtrauens, das durch die traumatischen Erfahrungen aus dem Bruderkrieg für die ältere Generation sowie durch die antikommunistische und -imperialistische Sozialisation für die neue Generation bedingt worden ist, benötigen die Koreaner wohl noch einen längeren Zeitraum der Annäherung. Die Wiedervereinigung ist kein Ereignis im Sinne politischer Romantik, sondern ein Prozeß mühevollen, nüchternen und gegenseitigen Verstehens, was nicht nur die gegenwärtigen Hoffnungen der Koreaner widerspiegelt, sondern auch deren Verantwortung für eine weltweite Friedenssicherung. **Rainer Werning**

(1) Vor allem aufgrund des Art. 9 der Nachkriegsverfassung ist Japan auf die Einhaltung einer strikten Friedenspolitik festgelegt.

(2) Der Rücktritt des stellvertretenden Vorsitzenden der Regierungspartei Japans (LDP) Shin Kanemaru, der sich besonders für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Japans mit Nordkorea engagiert hat, könnte allerdings das derzeitige Tempo des Normalisierungsprozesses verringern.

(3) Amt für Nationale Wiedervereinigung. Vergleich der wirtschaftlichen Lage in Süd- und Kordkorea. Seoul 1986. S. 29f.

(4) Bezeichnung für die seit Mitte der fünfziger Jahre von der nordkoreanischen Staats- und Parteiführung propagierte Ideologie der Unabhängigkeit und Eigenständigkeit in politischer, ökonomischer, außenpolitischer und kultureller Hinsicht. Quasi die nordkoreanische Variante eines autozentrierten Modells und - außenpolitisch gewendet - die Äquidistanz zur VR China und der Sowjetunion.

ANZEIGE

Keine Änderung des Grundrechts auf Asyl!

Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" wurde als Konsequenz aus der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft formuliert. Artikel 16 sollte sicherstellen, daß politisch Verfolgte an deutschen Grenzen nicht abgewiesen werden. Das verfassungsrechtlich geschützte Asylgrundrecht hat die internationale Rechtsentwicklung gefördert. Das Asylrecht ist ein Menschenrecht. Eine notwendige europäische Harmonisierung des Asylrechts muß dieses Menschenrecht zum Maßstab nehmen.

Die vorgesehenen Änderungen des Asylgrundrechts sollen nun dieses Menschenrecht beschränken. Das wäre ein Rückschritt gegenüber unserer Geschichte. Durch eine Änderung von Artikel 16 II 2 Grundgesetz werden politisch Verfolgte schutzlos gestellt. Flucht und Zuwanderung werden dadurch nicht wesentlich geringer. Wer dies der Wahrheit zuwider behauptet, trägt die Verantwortung für weitere Radikalisierungen, die sich aus enttäuschten Erwartungen ergeben.
Unser Land hat sich vielmehr auf die weitere Aufnahme von Asylsuchenden, Flüchtlingen und Aussiedlern vorzubereiten. Asylverfahren müssen schnell und rechtsstaatlich durchgeführt, Programme zur Beseitigung von Fluchtursachen durchgesetzt, Integrationsmaßnahmen verstärkt und der soziale Wohnungsbau gefördert werden.
Vor allem von Politikern erwarten wir Zeichen der Solidarität mit Flüchtlingen.
Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die Ministerpräsidenten der Länder fordern wir mit unserer Unterschrift auf, das Grundrecht „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" (Artikel 16 II 2 GG) in vollem Umfang zu erhalten.

O Ich unterstütze den Aufruf „Keine Änderung des Grundrechts auf Asyl!" mit meiner Unterschrift
O Ich möchte weitere Informationen (Bitte DM 3,– in Briefmarken beifügen)

Name, Vorname — Anschrift — Unterschrift

Bitte zurücksenden an: **PRO ASYL** Postfach 10 18 43, W-6000 Frankfurt/Main 1
Förderverein PRO ASYL e.V.

Spenden für weitere Öffentlichkeitsarbeit:
Förderverein PRO ASYL e.V.: Kto.: 380 900 608, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Brot und Bildung



SchülerInnen und LehrerInnen sichern neben dem Unterricht ihr Überleben durch die Eigenproduktion von Lebensmitteln.
Wir richten die Werkstätten mehrerer dieser "Produktionsschulen" ein, damit die Selbstversorgung der Schulen ermöglicht wird.
Mit Eueren Spenden kaufen wir Ausstattungen für die Metall- und Schreinerwerkstätten.
Nähere Infos über unsere Projekte bei:
Werkhof Darmstadt, Rundeturmstraße 16, 6100 Darmstadt, Telefon 06151/26664.



für Mocambique

Spenden unter "Brot und Bildung" an die Ökobank, Konto 155020, BLZ 50090100.
Spenden sind steuerlich absetzbar.

UNTERSTÜTZT DIE FMLN

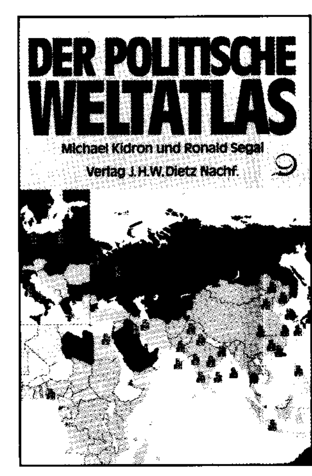
Die Spendenkampagne geht weiter!
Neues Konto: BfG Heidelberg, Kto-Nr. 1088 787 700 (BLZ 672 101 11)
Informationsstelle El Salvador e.V., Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Weltsicht

Handbuch der Dritten Welt
Herausgegeben von Dieter Nohlen, Franz Nuscheler
1
Grundprobleme Theorien Strategien
Verlag J.H.W. Dietz Nachf.







Das Standardwerk in acht Bänden. Früher bei Hoffmann & Campe, jetzt überarbeitet und aktualisiert im Verlag J.H.W. Dietz Nachf.
Band 1: 508 S., Brosch., DM 48,00

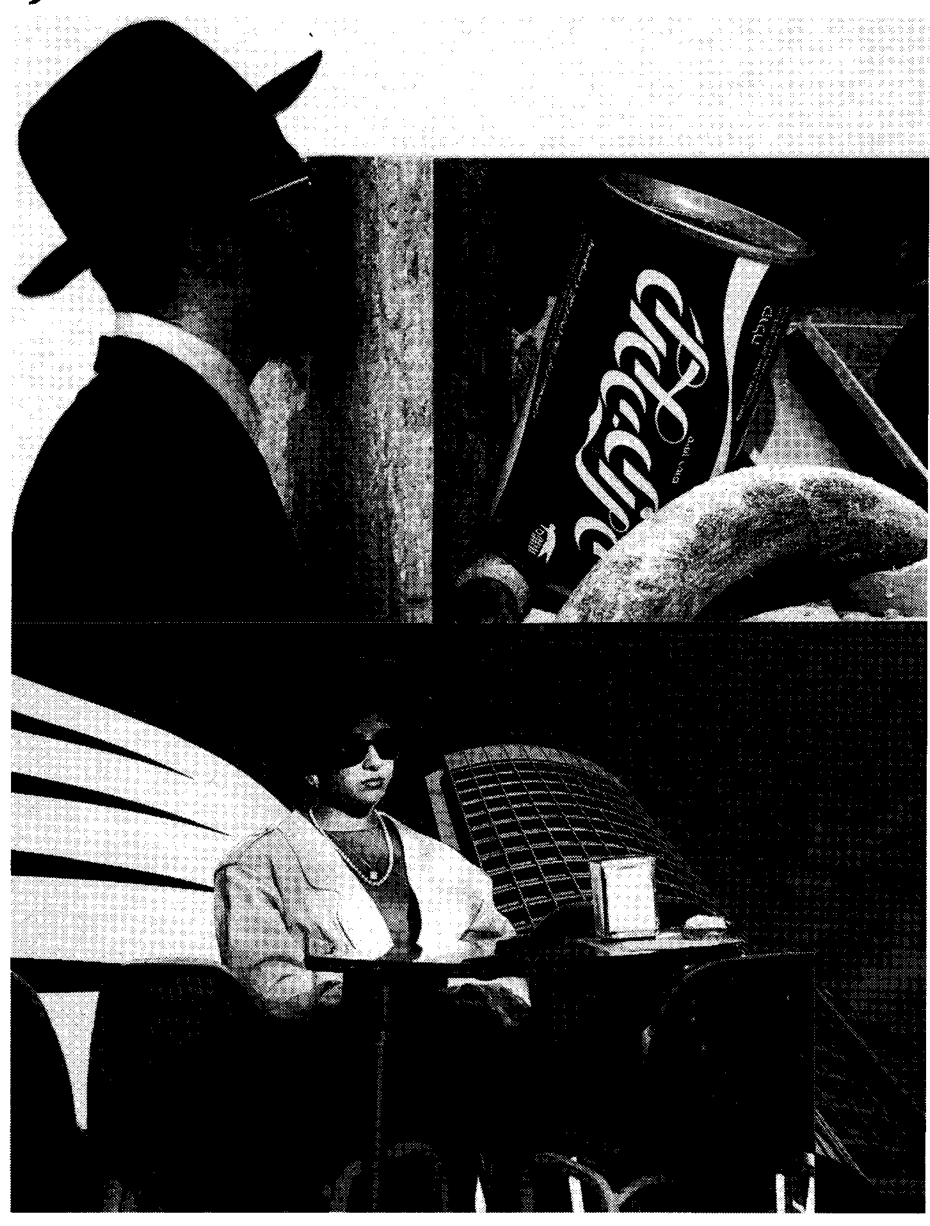
Die Bände 2 und 3 bieten neben den länderzentrierten Einzelbeiträgen drei regional übergreifende, einführende Gesamtdarstellungen Lateinamerikas.
Band 2: 548 S., Brosch., DM 48,00 NEU

Unterstützt durch reichhaltige statistische Information und Glossar ist das HDW auch als Nachschlagewerk nutzbar.
Band 3: 664 S., Brosch., DM 48,00 NEU

Der politische Weltatlas zeigt auf vierfarbigen Weltkarten den Zustand dieser Erde an der Schwelle zum dritten Jahrtausend.
160 S., Großbrosch., DM 32,00 NEU

VERLAG J.H.W. DIETZ NACHF., · BONN

Die israelische Gesellschaft in den neunziger Jahren



Das Interesse an Israel steht und fällt in der Bundesrepublik mit der Virulenz des Nahostkonfliktes. Je mehr Konflikt - oder, was nur die andere Seite der Medaille ist - je mehr Verhandlungen über Frieden, desto dichter drängen sich Beiträge zu Israel in Tagespresse und Fernsehen. Die Konfliktorientierung bedingt eine entsprechende thematische Schmalspurigkeit.

Außenpolitik, Besatzungspolitik, Friedenspolitik, allenfalls noch Parteipolitik, - das sind die Bereiche, die permanent ausgeleuchtet werden. Das weite Feld der israelischen Gesellschaft bleibt völlig im Schatten. Die Berichterstattung der "blätter des iz3w" bildet da keine Ausnahme. Sie fuhr in den vergangenen 20 Jahren geradlinig auf der Palästinakonfliktschiene.

Es war der Wahlsieg Rabins im Juni 1992, der bei einer Gruppe aus unserem Redaktionskreis neue Fragen in Bezug auf Israel aufwarf. Es gibt deutliche Hinweise, daß bei der Wahlentscheidung der Israelis im Juni 1992 nicht ihre Haltung zur Frage der besetzten Gebiete den Ausschlag gab, sondern pragmatische wirtschaftliche Überlegungen. Breite Kreise der Bevölkerung, vor allem Neueinwanderer aus Russland, werden von erheblichen Existenznöten geplagt.

Wird der Stellenwert der besetzten Gebiete im Bewußtsein der Israelis hierzulande überschätzt? Jedenfalls gibt es in Israel etliche Konflikte anderer Art, die für Zündstoff sorgen. Neben den wirtschaftlichen Problemen sind das in erster Linie Konflikte, die aus der Zerrissenheit der israelischen Gesellschaft entstehen.

Wir konzentrieren uns im Themenschwerpunkt auf drei Konflikte dieser Art, die man durchaus als 'israelische Spezialitäten' betrachten darf.

Das ist erstens das schwierige Verhältnis zwischen dem weltlich eingestellten und dem religiösen Israel - der Dauerbrenner seit der Staatsgründung, zweitens der zentrale ethnische Konflikt zwischen aschkenasischen und orientalischen Juden und drittens der nationale Konflikt: der zwischen jüdischen und arabischen Staatsbürgern Israels.

An vierter Stelle schließlich behandeln wir einen Konflikt, der nicht weniger wichtig, aber weniger israelspezifisch ist: Den zwischen den Geschlechtern.

Die fremden Einheimischen

Zur Situation der arabischen Staatsbürger Israels

Die arabischen Staatsbürger Israels haben im Juni 1992 Rabin zum Wahlsieg verholfen. Eine Regierung der Arbeitspartei, so ihre Überlegung, würde eher als der Likudblock eine "Lösung" des Palästinaproblems suchen und territoriale Zugeständnisse machen. Ihre Wahlentscheidung war somit zum einen Ausduck der Verbundenheit mit ihren Schwestern und Brüdern in den besetzten Gebieten, ihres sich verstärkenden palästinensichen Bewußtseins. Zum anderen aber, und das steht nicht im Widerspruch dazu, signalisierte ihre Wahlentscheidung eine zunehmende Israelisierung. Wissend, daß die mögliche Errichtung eines Palästinenserstaates kein einziges ihrer eigenen Probleme in Israel lösen wird, beharren sie auf ihren Rechten als israelische Staatsbürger und fordern, daß Israel endlich der Staat aller seiner Bürger werden soll.



Als 1948 der Staat Israel gegründet wurde, blieben im israelischen Staatsgebiet circa 157.000 arabische Palästinenser von insgesamt 900.000, die vor 1948 in diesem Gebiet gelebt hatten. Die palästinensische Gesellschaft zählte zu der Zeit etwa 1.2 Millionen Menschen. Besiegt, geschlagen und fast ohne jegliche Führung, mußten sie sich mit den neuen Gegebenheiten auseinandersetzen und zum Teil abfinden. Der neu gegründete Staat war vom ersten Moment an bemüht, die jüdische Herrschaft im Land zu etablieren, zu sichern und zu erweitern. Landnahme und massive jüdische Besiedlung waren Bestandteile der zionistischen Ideologie und erklärte Ziele der Fraktionen des Arbeiterzionismus seit Ende des neunzehnten und bis Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts. Diese Ziele ließen sich bis 1948 nicht realisieren, da wegen der fehlenden 'Staatsmacht' nur der Bodenkauf als Mittel der Landnahme auf der Tagesordnung stand. Auf diesem Weg wurden nicht mehr als sechs bis sieben Prozent der Gesamtfläche Palästinas erworben. "Effektivere" Mittel standen erst ab 1948 zur Verfügung.

Die direkte Folge der Kampfhandlungen 1948/49 war, daß 385 Dörfer von insgesamt 475 im Staatsgebiet 'bewohnerlos' wurden durch Flucht und nach Plan durchgeführte Evakuierung der Bewohner in die arabi-

schen Nachbarstaaten, wo sie seitdem als Flüchtlinge leben. Die Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, ihre herrenlosen Ländereien fielen rechtmäßig in die Hände des Staates, zur exklusiven Nutzung durch Juden. 7,5 Prozent der palästinensischen Stadtbewohner blieben im Lande. Die 'Abwesenden' hatten jeden Anspruch auf 'verlassene Güter' für immer verloren. Neue Eigentümer und Nutznießer wurden wiederum der Staat beziehungsweise der Jüdische Nationalfonds (Keren Kayemet Liyisrael - eine der zionistischen Organisationen, die als Nationale Jüdische Institutionen parallel zum israelischen Staat weiterexistieren. Die Red).

Damit nicht genug: 48 Prozent der Palästinenser, die in Israel als israelische Staatsbürger anerkannt wurden und sich im Staatsgebiet aufhielten, galten als 'Abwesende', da sie sich am Tage der 'Bewohnerregistrierung' nicht an ihrem gewohnten Ort (d.h. Dorf, Stadtteil, Haus) befanden. Dies sind die berühmten 'abwesenden Anwesenden'. Ihr Eigentum wurde als 'verlassen' klassifiziert, auf das sie keinen Anspruch mehr geltend machen konnten. Damit war das 'Bodenkapitel' nicht abgeschlossen. Die restlichen Ländereien wurden nach und nach enteignet, zwangsverkauft oder verstaatlicht. Nur noch sieben Prozent des Bodens sind in arabischem Besitz geblieben.

Die oben erwähnten Zahlen und Prozente, die für sich allein dramatisch und alarmierend sind, bleiben Zahlen, wenn folgendes nicht hinzugefügt wird:

1) Die palästinensische Gesellschaft war eine Agrargesellschaft von Selbstversorgern. Land bedeutete für sie Existenzgrundlage und Sicherheit.

2) Im Staat Israel ist der Boden keine normale Ware, die man beliebig kaufen, verkaufen, pachten oder verpachten kann. Gelangt ein Grundstück in die Hände der größten Grundbesitzer in Israel, des Nationalfonds oder des Staates, wird es Eigentum der 'jüdischen Nation' und ist in der Folge an NichtJuden unveräußerlich, weder durch Kauf noch durch Pacht.

3) Der Prozeß des Bodenerwerbs ist keineswegs als abgeschlossen zu betrachten. Dem israelischen Staat reicht nämlich die auch von den arabischen Staatsbürgern nicht in Frage gestellte staatliche Souveränität nicht aus. Er strebt nach direkter jüdischer Kontrolle des Bodens in Israel. Wenn es um die israelischen Landesteile geht, in denen die meisten Palästinenser leben (auch wenn sie dort inzwischen nicht mehr die Mehrheit ausmachen), wird der Begriff 'Entwicklung' gleichbedeutend mit 'Judaisierung', die wiederum ohne 'Entarabisierung' nicht zu realisieren ist. Viele dieser Gebiete gelten als 'nicht entwickelt' und viele Juden sind noch nicht im Lande.

Eines der Ziele der intensiven Besiedelung und Judaisierung der überwiegend von Palästinensern bewohnten Gebiete unmittelbar nach Gründung des Staates war, die Errichtung eines arabischen Staates in eben diesen Gebieten , wie er im UN-Teilungsplan von 1947 vorgesehen war, im Keime zu ersticken. Gleichzeitig wurde dadurch die von der UN wiederholt beschlossene Rückkehr einiger "Flüchtlinge" (ca. 100.000) torpediert.

Ein ähnliches Schicksal widerfuhr den "inneren Flüchtlingen". Das waren diejenigen, die während der Kampfhandlungen "vorübergehend" ihre Dörfer verlassen mußten und in anderen Dörfern in Israel Zuflucht fanden. Obwohl der Oberste Gerichtshof in Israel in mehreren Fällen beschloß, daß der Rückkehr dieser Menschen in ihre Heimatdörfer nichts entgegenstünde, sorgten die israelischen Streitkräfte durch Sprengung von Häusern dafür, daß es zu dieser Rückkehr nicht kam. Das meiste öffentliche Aufsehen erregte der Fall der beiden Dörfer Iqrit und Baram, die von christlichen Arabern bewohnt waren. Im Dezember 1951, das heißt drei(!) Jahre nach der Staatsgründung, wurden die Häuser der beiden Dörfer platt gemacht, nachdem der Oberste Gerichtshof die Rückkehr der Bewohner Iqrits und Barams ausdrücklich erlaubt hatte.

Identität

Die zionistische Definition der 'einheimischen Bevölkerung' vor und nach der Proklamation des israelischen Staates war die eine Säule des oben beschriebenen Zieles, nämlich jede nationale, regionale, moralische und vor allem völkerrechtliche Legitimation eines arabischen, palästinensischen Staates zu negieren. Nur Nationen haben Anrecht auf Nationalstaaten. Nachdem sich die zionistische Rechtfertigungsformel "ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land" spätestens seit der letzten Dekade des vorigen Jahrhunderts als falsch und lügnerisch erwiesen hat (der zionistische Schriftsteller Ahad Haam berichtete über die Existenz einer arabische Bevölkerung in Palästina, die damals über 90 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte) setzte sich die Einstellung durch, die Araber Palästinas seien keine Nation. Zwar ist der Nationalismus eine neue, europäische 'Krankheit', die jedoch auch die nahöstliche Region befallen hatte. Der palästinensische Nationalismus war Anfang dieses Jahrhunderts eine Reaktion auf die zionistischen politischen Ansprüche auf Palästina. Je deutlicher und spürbarer diese Ansprüche geltend gemacht wurden, desto stärker und heftiger war die Gegenreaktion.

An der Einstellung der Zionisten hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert. Der Konflikt wurde als israelisch-arabischer benannt. Es gab 'arabische' Flüchtlinge, Infiltranten, Terroristen usw.. Die Palästinenser in Israel bekamen die Bezeichnung 'Minderheitenangehörige'. Zu diesen 'Minderheiten' gehörten auch die Bewohner von zwei winzigen nicht-arabischen Dörfern, eine noch kleinere armenische Gemeinde und die Drusen, eine arabisch-islamische Sekte. Ausschließlich die Drusen wurden vom Staat mit sofortiger Wirkung als Nation deklariert.

Die palästinensische Kultur und Geschichte fanden im Schulunterricht kaum Erwähnung und aus der arabischen Geschichte wurden gar nur Bruchteile ausgesucht, die sie im denkbar schlechtesten Licht erscheinen ließen. Arabische Parteien wurden nicht zugelassen, lediglich arabische Listen, die mit zionistischen Parteien liiert waren. Erst 1988 kam es zur Gründung einer eigenen arabischen Partei, der Arabisch-Demokratischen Partei (ADP), die bei den Knessetwahlen von 1988 auf Anhieb ein Mandat errang. Sie ist eine Schöpfung von Abu Darausche, der zuvor für die Arbeitspartei in der Knesset saß und mit Beginn der Intifada aus der Fraktion der Arbeitspartei ausscherte, aus Protest gegen die Praxis des Knochenbrechens in den besetzten Gebieten. Bei den Wahlen von 1992 errang die ADP zwei Mandate.

Sogar die Initiative zur Gründung einer arabischen Universität , die nicht die Staatskasse belastet hätte, wurde Mitte der achtziger Jahre entschieden abgelehnt. Orte, Berge, Täler und ganze Landschaften und Gebiete änderten ihre Namen und bekamen einen biblischen Anstrich, Straßen und Stadtteile einen jüdisch-zionistischen. Die Architektur und die Landschaft wurden zunehmend fremder.

All dies geschah vor dem Hintergrund wiederholter Äußerungen, der neue Staat sei der Staat des jüdischen Volkes, für Juden gegründet. Die Einheimischen seien eine geduldete Minderheit, solange sie sich dem Staat gegenüber loyal verhalten. Und loyal bedeutet, nichts in Frage zu stellen.

Dabei wurden die Palästinenser in Israel von ihren arabischen, palästinensischen 'Brüdern' mit einer Mischung aus Neid, Skepsis und Verdächtigung betrachtet. Die bloße Tatsache, daß der 'zionistische Feind' ihnen den Verbleib in der Heimat erlaubt hatte, reichte aus, sie in ein schiefes Licht zu rücken. Trafen einige von ihnen im Ausland mit anderen Arabern unter einem Dach zusammen, wurden sie wie die Pest gemieden. Und das war nicht nur das Schicksal der 'Hof- und Vorzeigearaber', es traf auch andere, die wegen ihrer Standhaftigkeit und ihres Engagements für die Belange der Palästinenser in Israel oftmals schikaniert und bestraft wurden.

Durch die Besetzung Restpalästinas im Juni 1967 hat sich die Lage radikal geändert. Plötzlich entdeckten die palästinensischen Schwestern und Brüder, daß die Menschen trotz zwanzigjährigen Lebens im jüdischen Staat nicht 'judaisiert' worden waren. Ihre Dichter und Schriftsteller wurden jetzt geehrt und ihr 'Bleiben trotz allem' glorifiziert und jede Kleinigkeit als Heldentat

betrachtet. Ein wenig Skepsis blieb trotzdem, der eigene Stolz der Palästinenser in Israel wurde dadurch jedoch nicht gemindert.

Aufgrund der zunehmend realpolitischen Einstellung der PLO, vor allem dem israelischen Staat gegenüber, und aufgrund ihrer politisch-diplomatischen Errungenschaften auf globaler Ebene finden es die Palästinenser Israels 'einfacher', sich mit der PLO und ihren Zielen zu identifizieren, ohne sich dabei als 'Staatsfeinde' abstempeln zu lassen. Zwar ist ihre Zahl von 160.000 auf 800.000 gestiegen , so daß sie heute eine Minderheit von siebzehn Prozent bilden. Wenn man aber die 'anderen' Palästinenser in den besetzten Gebieten dazu addiert - 1,4 Millionen - dann sind sie eine Minderheit von mehr als 30 Prozent im Souveränitätsbereich Israels. Dies allein garantiert keine Rechte, vermindert nicht die Diskriminierung und senkt die Ungleichheit um kein Promille.

Privilegien, Rechte: Gleichstellung heißt nicht Gleichberechtigung

Die israelische 'Unabhängigkeitsdeklaration' garantiert allen Bürgern Gleichheit und Gleichberechtigung ohne Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religion, Geschlecht usw. Das sind selbstverständliche Rechte, ausgedrückt im Rahmen eines feierlichen Manifests, jedoch ohne einklagbare Inhalte. Dieses hat sogar die israelische Rechtsprechung festgestellt. In solcher Hinsicht sind beide Kollektive - Juden und Araber - gleichgestellt. Alle Gesetze in Israel gelten für alle, da sie auch so formuliert sind. Es gibt keine Unterscheidung zwischen jüdischen und nicht-jüdischen (sprich palästinensischen) Bürgern des Staates. Die einzigen Gesetze, die ausdrücklich von 'Juden' sprechen, beziehen sich auf die Eignung zur zukünftigen 'Rückkehr' und automatischen Einbürgerung. Da heißt es klipp und klar, daß jeder Jude auf der Welt das Recht hat, 'zurückzukehren' und die israelische Staatsangehörigkeit zu bekommen.

Die Gleichstellung vor dem Gesetz bedeutet jedoch keineswegs faktisch Gleichberechtigung und -behandlung:

1) Die noch geltenden britischen mandatorischen Verfügungen (Emergency Regulations) aus den dreißiger und vierziger Jahren werden ausschließlich gegen die palästinensischen Bürger angewendet. Diese Verfügungen können geltende Gesetze außer Kraft setzen, um die persönlichen Freiheiten wie die Mobilität ohne Richterspruch einzuschränken, zum Beispiel durch Administrativhaft, Hausarrest, Errichtung von Sperrgebieten.

2) Der Staat garantiert die reibungslose Tätigkeit nicht-staatlicher jüdischer Organisationen wie der Jewish Agency, der Keren Kayemet (Nationalfonds) und anderer. Diese Organisationen wurden viele Jahre vor der Staatsproklamation gegründet, um jüdischen Siedlern und Siedlungen auf die Beine zu helfen und sie weiter zu unterstützen. Sie verfolgen diese Ziele noch immer. Das Ergebnis ist: Siedler und Siedlungen bekommen gegen symbolische Preise enteignete Böden, dazu noch Subventionen, garantierte Preise für ihre Erzeugnisse und deren Abnahme und vieles mehr. Ähnliche Organisationen für die Palästinenser dürfen nicht existieren. Ein jüdischer Bauer bekommt für dasselbe Produkt das drei- bis siebenfache dessen, was ein Palästinenser erzielen kann, und er ist von der Nachfrage auf dem Markt nicht abhängig.

3) Befindet sich ein Ort in einem vom Staat so definierten 'Entwicklungsgebiet', bekommen die Bewohner zusätzlich Schenkungen und andere Privilegien vom Staat. Kein einziger arabischer Ort hat je diese Definition genossen.

4) Die staatliche monopolistische Wasserbehörde bestimmt die Wasserquoten und den Preis für die jeweilige Nutzung. Ergebnis: 50 Prozent der im jüdischen Besitz befindlichen Böden sind bewässert, dagegen nur fünf Prozent der arabischen Flächen. Der Ertrag pro Flächeneinheit beträgt im jüdischen Sektor das Dreifache des Ertrasgs im arabischen Sektor.

5) Die vom Staat verordnete Befreiung der palästinensischen Bürger vom Militärdienst, ohne daß ein Ersatzdienst existiert, öffnet Tür und Tor für latente Diskriminierung, die sich in Form der Vergabe von Privilegien beziehungsweise in deren Vorenthaltung ausdrückt. Militärabsolventen haben Anspruch auf billige Kredite, Wohnungen und andere Vergünstigungen. Sogar die Höhe des Kindergeldes wird dadurch beeinflußt. Es gab noch die Idee, die extrem hohen Studiengebühren für die Militärdienstleistenden zu senken. Aber auch auf nichtstaatlicher Ebene dient der Militärdienst als 'Argument' bzw. als 'Eignung' bei der Vergabe einer Mietwohnung, eines Jobs als Taxifahrer, Gärtner, Pförtner, Schreibkraft, sogar als Gelegenheitsarbeiter. Wenn da lapidar geschrieben steht 'Militärdienst erwünscht' bzw. 'Pflicht', so scheiden siebzehn Prozent der Bürger des Staates als Bewerber automatisch aus, ohne sich beschweren zu können.

6) Ein anderer Bereich von Diskriminierungen ist die Kommunalpolitik. Die offiziellen Statistiken weisen aus, daß Zuschüsse, Schenkungen und Kredite des Innenministeriums an arabische und jüdische Gemeindeverwaltungen pro Kopf im Verhältnis 1:5 bis 1:25 stehen. Dienstleistungen im arabischen Sektor sind um zwei Drittel geringer als im jüdischen.

7) Ein anderer Aspekt ist die herrschende Platznot, nicht weil keine Wohnungen gebaut werden, sondern weil keine gebaut werden dürfen, da nur fünf Prozent der palästinensischen Gemeinden einen Bebauungsplan besitzen. Die Erweiterung des Baulandes ist nicht genehmigt worden, obwohl im Jahre 1992 fünfmal so viel Palästinenser in Israel leben wie 1948. In einer arabischen Stadt wie Nazareth (über 47.000 Einwohner) stehen 7.500 Dunum (ein Dunum = 1.000 Quadratmeter, 10 Dunum = 1 Hektar) als Baufläche zur Verfügung, in Obernazareth (jüdisch), das auf konfiszierten Böden entstanden ist, dagegen 12.000 Dunum für 21.000 jüdische Bewohner.

Man kann die Liste der Diskriminierungsfälle beliebig erweitern und neue nicht ausschließen. Unter anderem, weil in der israelischen Demokratie keine garantierten Grundrechte existieren. Bürger- und Menschenrechte sind weder durch eine Verfassung verankert noch durch den Obersten Gerichtshof durchsetzbar. Jedes Gesetz kann jeder Zeit geändert werden, ganz demokratisch. In einem Staat, der sich per Definition als Staat der Juden ausgibt, werden Minderheiten (natürlich nicht-jüdische) zwangsläufig diskriminiert.

Mit dem zunehmenden Bewußtsein, daß Israel auch ihr Staat werden und für sie stehen soll, werden sich die Palästinenser in Israel nicht mehr mit Ausreden wie "was kann man schon erwarten" trösten. Sie werden feststellen, daß das Recht zu wählen und gewählt werden zu dürfen, ein zu niedriges Entgelt für den Verlust ihrer Heimat, ihrer Existenzgrundlage und für die Behandlung als Paria im eigenen Land ist. Die 'Scheidung' von Israel, sprich Autonomie, könnte auf die politische Tagesordnung gesetzt werden. Der Konflikt wäre dadurch um eine Dimension reicher.

Khalil Toama

Hinweis: Im Frühjahr des Jahres 1993 wird im Rahmen der Schriftenreihe des DIAK (Deutsch Israelischer Arbeitskreis) ein Buch zum Thema Araber in Israel erscheinen. Herausgeber ist der Autor des obigen Beitrages, er stammt aus einem Dorf im Norden Israels und ist israelischer Staatsbürger.

Orient und Okzident

Die aschkenasische Dominanz und der sephardische Pragmatismus

Folgender Text basiert auf der Tonbandaufzeichnung eines Vortrages, den Sammy Smooha, der seit etlichen Jahren zum Thema Ethnizität in Israel arbeitet, Anfang Oktober in Arnoldshain gehalten hat. Der Titel war: "Sephardim und Aschkenasim. Orient und Okzident in der israelischen Gesellschaft".
Smooha unterteilt das Judentum in zwei Gruppen: Aschkenasim und Sephardim. Mit Sephardim meint Smooha alle orientalischen Juden. Die, die sich nach 1492, aus Spanien vertrieben, in orientalischen Ländern niedergelassen haben und jene, die den Nahen Osten nie verlassen haben, wie z.B. die jemenitischen Juden. Im Zentrum des Vortrages steht die Frage nach dem Zusammenhang zwischen den typischen Einstellungsmustern der beiden ethnischen Gruppen in Israel und dem Friedensprozeß.

Ein Blick auf die Israelische Gesellschaft heute zeigt eine klare Dominanz der europäischen Juden. Europäische Juden, obwohl sie nicht mehr als die Hälfte der jüdischen Bevölkerung in Israel ausmachen (siehe Kasten), dominieren die Gesellschaft sozusagen in jedem Teilbereich. Das erklärt sich zum Teil daraus, daß sie den Staat aufgebaut und die Grundsteine für die heutige israelische Gesellschaft und ihre Werte gelegt haben. Sie kamen als Siedler und Pioniere aus Osteuropa und schufen die Institutionen, aus denen der Staat hervorgehen sollte. 90% der Immigranten vor 1948 waren Aschkenasim, die zionistische Bewegung war eine aschkenasische Bewegung.

Die aschkenasische Dominanz

Heute findet man die aschkenasischen Juden vor allem in der Mittel- und Ober-



Der Vater des Zionismus: Der Wiener Aschkenase Th. Herzl

Sephardim und Aschkenasim. Zahlen und Fakten

Weltweit gibt es heute 13.5 Mio. Juden. Davon leben 4.2 Mio. in Israel. Die ethnische Differenz zwischen Juden in Israel und in der Diaspora ist sehr groß. Sephardim machen in Israel heute knapp 50% der jüdischen Bevölkerung aus. Von den 9.3 Mio. Juden, die außerhalb Israels leben, sind allerdings lediglich 5% Sephardim. Das heißt, lediglich eine halbe Mio. Juden außerhalb Israels sind Sephardim, weltweit beträgt der Anteil der Sephardim an der Gesamtheit der Juden 18% (2.5 Mio. von insgesamt 13.5 Mio.).

Vor dem Holocaust war der Anteil der Sephardim an der jüdischen Gesamtbevölkerung noch geringer: ganze 8% der Juden weltweit.

Heute geht der Anteil der Sephardim in Israel zurück: noch vor einigen Jahren machten sie 55% der Bevölkerung aus, heute sind es weniger als 50%. Zurückzuführen ist diese Verschiebung auf die Einwanderung von Juden aus der Ex-Sowjetunion, die alle Aschkenasim sind.

Die Mehrheit der Juden heute zählt zum Westen. Entweder sind sie Aschkenasim oder sie leben im westlichen Kulturkreis, in den USA, in Westeuropa. Und jene, die nicht im Westen leben, ausgenommen Israel, leben in der Ex-Sowjetunion oder in Lateinamerika. Die Zukunft gerade der letztgenannten Gruppen ist ausgesprochen unsicher. Vermutlich noch in dieser Dekade werden etliche zumindest der russischen Juden auswandern - entweder nach Israel oder in den Westen.



Die Vertreterin des alten osteuropäisch- aschkenasischen politischen Establishment

schicht. Sie haben die besseren Berufe und bewegen sich insgesamt auf höheren Ebenen der Gesellschaft als die Orientalen. Orientalische Juden gehören mehrheitlich der Arbeiterklasse an und lassen sich leicht den unteren Gesellschaftsschichten zuordnen. Aschkenasim haben einen klaren Vorsprung in punkto Ausbildung, Beschäftigung, Eigentum und Lebensstandard.

Aschkenasim dominieren aber nicht nur auf gesellschaftlicher, sondern auch auf politischer Ebene. Die politische Elite rekrutiert sich aus Aschkenasim, Aschkenasim treffen die wichtigen Entscheidungen im Land und legen fest, was richtig und was falsch ist. Orientalische Juden sind zwar nicht aus den Machtstrukturen ausgeschlossen wie die Araber, aber sie füllen die niedrigeren Positionen aus.

Im kulturellen Bereich ist es nicht anders - auch hier dominieren die Aschkenasim. Und weil die aschkenasische Elite traditionell eine starke Orientierung auf den Westen hat, erscheint Israel als ein westlich ausgerichtetes Land.

Neben dem aschkenasischen, nicht-religiösen Mainstream gibt es eine Art orientalischer Subkultur, die arabische Elemente einschließt. Die kulturelle Tradition in Israel ist klar nicht-arabisch, wenn nicht antiarabisch. Die arabische Kultur wird von den meisten Israelis für rückständig gehalten. In vielerlei Hinsicht ist Israel darum bestrebt, sich zu distanzieren, nicht nur von der arabischen Kultur, sondern überhaupt vom Mittleren Osten - in den es, nebenbei bemerkt, im wesentlichen über den Konflikt integriert ist.

Zuguterletzt spiegelt sich die aschkenasische Dominanz auch im ideologischen Bereich wider. Die Basisideologie in Israel ist der Zionismus, und der wuchs bekanntlich im osteuropäisch-aschkenasischen Milieu zu einer Massenbewegung heran. Das gilt übrigens auch für den religiösen Zionismus. Und selbst der Antizionismus bestimmter Teile der religiösen Orthodoxie ist letztlich aschkenasisch - er hat zum größten Teil einen chassidisch-osteuropäischen Hintergrund.

Die orientalischen Juden haben in den vergangenen 50 Jahren keinen eigenen Beitrag zur Ideologieproduktion geleistet: Auch die neueren Bewegungen, der radikale Nationalismus, die Ideologie von Gush Emunim usw. sind im wesentlichen aschkenasische Schöpfungen.

Ethnische Differenz und Friedensprozeß. Die wesentlichen Positionen

Immerhin knapp die Hälfte der derzeitigen Bevölkerung Israels stammt somit aus arabischen Ländern. Schlägt sich diese Tatsache positiv auf den Friedensprozeß nieder? Ist die orientalisch- israelische Bevöl-

kerung offener den arabischen Interessen gegenüber?

Zwei Sichtweisen beherrschen die Diskussion:

1) Die unter der aschkenasischen Bevölkerung, vor allem im Umfeld der Arbeitspartei und der israelischen Linken verbreitete Sicht: Orientalische Juden stehen dem Frieden im Weg. Erstens unterstützen sie bei Wahlen den Likud-Block und die extrem rechten Parteien. Somit haben die Orientalen die rechten Gruppen an die Macht gebracht, die den Friedensprozeß blockieren.

Den Grund dafür, daß orientalische Juden die rechten Parteien wählen, suchen Vertreter der genannten Sichtweise in einer unterstellten arabischen Kultur der Orientalen. Und die arabische Kultur gilt nun einmal als extrem irrational, emotional, nationalistisch, ethnozentrisch, intolerant , religiös usw. Es ist geradezu zwangsläufig, so diese Position, daß die orientalischen Juden, mit ihrem arabischen Hintergrund gerade jenes politische Lager unterstützen, das dieselbe Kultur und dieselben Ansichten pflegt und nationalistisch, intolerant, religiös und rückständig auftritt.

Vertreter dieser aschkenasisch-elitären Sichtweise sind auch bestrebt, den Kampf der Israelis für Frieden abzulösen vom Kampf der Orientalen für gesellschaftliche Gleichstellung. Beide Dinge sollen völlig getrennt werden. Das aschkenasische Friedenslager fordert die Orientalen dazu auf, bei Wahlen die Stimme an die Friedensparteien zu geben. Frieden wird verkauft als ein Zustand, der für alle gut ist, auch für die Orientalen. Ihr Kampf um Anerkennung und Aufstieg in der Gesellschaft soll mit dem Friedensprozeß überhaupt nichts zu tun haben.

Friede läßt sich dieser Position zufolge erzielen auf rein politischem Weg. Man setzt sich einfach mit den Palästinensern zusammen, verhandelt und gibt ihnen Autonomie oder einen eigenen Staat. Die Region, das ganze arabische Umfeld, in dem sich Israel nun einmal befindet, möchte man dabei am liebsten außen vor lassen. Das aschkenasische Friedenslager wünscht sich einen Frieden, der Israel nicht dazu zwingt, sich in die Region des Mittleren Ostens zu integrieren, vor allem in kultureller Hinsicht. Israel soll einfach eine politische Lösung des Konflikts mit den Palästinensern finden, mehr nicht.

2) Vor allem sephardische Intellektuelle vertreten eine Position, die der aschkenasisch-elitären Sichtweise diametral entgegensteht: Ihnen zufolge unterstützen Sephardim den Likud nicht aufgrund ihrer Kultur, sondern aufgrund der aschkenasischen Dominanz in der Gesellschaft. Der Likud sorgt am zuverlässigsten dafür, daß sie einen höheren Status in der Gesellschaft erlangen.

Daß die Orientalen eine arabische Kultur haben, wird von den Vertretern dieser Position nicht abgestritten. Nur werden andere Schlüsse daraus abgeleitet als in der ersten Sichtweise. Die arabische Kultur der Sephardim wird gerade als förderlich, wenn nicht als Voraussetzung für den Friedensprozeß angesehen, im Gegensatz zur aschkenasischen Kultur, die als extrem friedensfeindlich eingestuft wird. In ihr nämlich ist die Ablehnung der arabischen Kultur und die Distanz zur Region des Nahen Ostens festgeschrieben.

Für die Vertreter der genannten Position führt folgender Weg zum Frieden: Die Koppelung des Kampfes um die gesellschaftliche Gleichstellung der Orientalen und des Kampfes um Frieden. Mit anderen Worten: Wenn sich die Orientalen von der aschkenasischen Dominanz emanzipieren, dann lenken sie den Kampf für Frieden um in eine Reorientierung Israels auf die Region des Mittleren Ostens.

Die beiden Sichtweisen, jeweils auf einen knappen Nenner gebracht, besagen also folgendes: Der einen zufolge sind die orientalischen Juden ein Hindernis auf dem Weg zum Frieden, die andere sieht ihre Anwesenheit in Israel als eine Friedensvoraussetzung.

3) Meiner Meinung nach sind beide Sichtweisen falsch, beide gehen von falschen Voraussetzungen aus. Daher will ich kurz meine Position darstellen. Die Orientalen unterstützen den friedensfeindlichen Likud aufgrund der langen Geschichte ihrer Diskriminierung durch die Labourpartei. In den 50er Jahren, als die Mehrzahl der orientalischen Juden nach Israel kamen, war die Labour-Partei an der Macht, und die Art und Weise, wie sie mit den Neueinwanderern umging, zwang diese zu einer Reaktion.

Die einzige ernstzunehmende Alternative zu Labour war nun einmal der Likud.

Folglich hat es in gar keiner Weise mit der Kultur der Orientalen zu tun, daß sie Likud und das friedensfeindliche Lager unterstützen. Im übrigen ist es durchaus problematisch, so wie die beiden vorgestellten Positionen das tun, die orientalischen Juden der arabischen Kultur zuzuordnen. Die Orientalen kamen in den 50er Jahren zwar aus einem arabischen Umfeld, haben die arabische Kultur mehrheitlich jedoch abgelegt. In ihren Subkulturen finden sich allenfalls einzelne arabische Elemente.

Mit Verweis auf die arabische Kultur läßt sich das politische Verhalten der Orientalen überhaupt nicht erklären. Zur Erklärung müssen eher folgende Faktoren herangezogen werden.

Es ist unbestritten, daß, je weiter oben sich orientalische Juden auf der sozialen Leiter befinden, desto größer auch ihre Bereitschaft ist, das Friedenslager zu unterstützen. Hochschulabsolventen haben zum Beispiel eine große Bereitschaft, sich von Likud auf Labour umzuorientieren. Dieser Trend liegt offen zutage, das Problem ist nur, daß leider noch immer wenig orientalische Juden eine Hochschulausbildung machen. Fazit: Jede Anstrengung in Richtung Gleichstellung von orientalischen mit den aschkenasischen Juden fördert deren Bereitschaft zu einem Wechsel ins Lager der Labourpartei.

Schließlich halte ich es für problematisch, die Friedensfrage mit der Frage der Orientierung Israels auf den arabisch mittelöstlichen Kulturraum zu eng zu verbinden. Eine Position, die das tut, gerät unweigerlich in Schwierigkeiten. Die meisten Israelis nämlich, Aschkenasim sowie ein hoher Prozentsatz der orientalischen Juden, wollen auf gar keinen Fall, daß Israel politisch wie kulturell ein Teil des Mittleren Ostens wird. Und man kann den Israelis nun einmal nicht das Recht absprechen, zu entscheiden, ob sie zum Nahen Osten gehören wollen oder nicht.

(...) (Längere Auslassung-red.)

Dennoch halte ich persönlich eine vorsichtige Annäherung Israels an den Nahen Osten für wünschenswert. Ganz unabhängig von der Friedensfrage denke ich, daß es für Israel nur nützlich sein kann, wenn die Bereitschaft der Israelis gefördet wird, die arabische Sprache zu erlernen oder anzuwenden. Das wäre nicht nur für Israel als Staat gut, sondern es wäre vor allem eine Bereicherung seiner Kultur. Immerhin fand ein vergleichbarer Prozess im Hinblick auf die anglo-amerikanische Kultur und Sprache



Er kam mit den Stimmen der orientalischen Juden an die Macht: Der polnische Aschkenase M. Begin

statt. Und warum sollten wir Israelis, als traditionell multikulturelle Menschen, nicht eine ähnliche Verankerung des Arabischen fördern.

Vielleicht würden viele Israelis dadurch auch lernen zu akzeptieren, daß sie nun einmal nicht in einer westlichen Gesellschaft leben. Israel ist eine semi-westliche Gesellschaft, die nicht-westlichen Elemente spielen in seiner Kultur eine ebenso entscheidende Rolle wie die westlichen. Und wenn sich die Menschen in Israel dazu bekennen könnten, statt hartnäckig ein westliches Image zu pflegen, hätte das auch positive Auswirkungen auf das Verhältnis von Aschkenasim und orientalischen Juden, von Israelis und israelischen Arabern und schließlich auch von Israelis und Palästinensern.



Einwanderinnen aus Marokko vor Haifa, 1962

Das Wahlverhalten der orientalischen Juden

In Israel gilt eine simple Regel: Je stärker die Arbeitspartei ist, desto größer sind die Chancen für den Frieden. Nicht jeder in Israel und außerhalb akzeptiert dieses Faktum, einige sehen Likud als friedensfähige Partei. Ich halte das für schlichtweg falsch. Likud konnte zwar den Sinai zurückgeben, aber für Gaza und die Westbank hat Likud keine Friedenslösung. Likud glaubt aufrichtig und unumstößlich an Großisrael, und Westbank und Gaza sind nun einmal die Kerngebiete des historischen Gebietes der Juden. Daher kann der Likud hier keine territorialen Kompromisse machen.

Friede kann also nur von einer Labour-Regierung ausgehen. Die interessante Frage ist dabei, welche Gruppen der israelischen Bevölkerung die Labour Partei wählen. 70-80% der orientalischen Juden wählten bei früheren Wahlen den Likud-Block und die anderen kleinen Parteien des Anti-Friedenslagers, von den aschkenasischen Juden wählten 70-80% das Friedenslager. Diese Zahlen stützen voll und ganz die These von der friedensblockierenden Rolle der orientalischen Juden.

Inzwischen deutet sich allerdings eine Veränderung an. Bei den Wahlen von Juni 1992 liefen etliche Orientalen zur Arbeitspartei über. Über 100.000 Likud-Wähler von 1988 gaben ihre Stimme 1992 der Arbeitspartei - zwei Drittel von ihnen waren orientalische Juden. Damit gab ein Teil der orientalischen Juden, Seite an Seite mit den Neueinwanderern aus der Ex-Sowjetunion, die ebenfalls Labour wählten, den Ausschlag für den Wahlsieg Rabins. Während der 50er und 60er Jahre wählten die orientalischen Juden die Arbeitspartei. Nachdem für sie offensichtlich wurde, wie sehr die Arbeitspartei ihre Interessen mit Füßen trat, wie sehr Labour die ethnische Diskriminierung sanktionierte, sahen sie sich nach einer Alternative um. Und das war Likud. Aber was passierte nun in der Zeit nach 1977, nachdem Likud die Regierung übernommen hatte? Die Orientalen erkannten peu à peu, daß Likud nicht bereit oder in der Lage war, ihre Probleme anzupacken. Sie realisierten das spätestens vor 5-6 Jahren, und dennoch gaben sie ihre Stimmen nicht Labour.

Woher also kam die Veränderung in der jüngsten Vergangenheit? Sie wurde ausgelöst durch die veränderten Rahmenbedingungen des Konfliktes. Israel war erstmals in der Geschichte gezwungen, für seine Politik zu bezahlen. Das Ende des Kalten Krieges führte in den USA zu einem Abflauen des Interesses an Israel und ließ dafür das Interesse an einer Friedenslösung wachsen. Die Folge war, daß Bush Druck auf Schamir ausübte und ihn zu einem Kompromiß nötigen wollte. Aber Likud konnte da nicht mitziehen, weil die Aufgabe der Gebiete seiner Ideologie zuwiderläuft. So begann Likud in den vergangenen zwei Jahren, enorme Summen in die Siedlungspolitik zu investieren, einfach um in den Gebieten nicht mehr rückgängig zu machende Fakten zu schaffen. Das führte zu dem Streit zwischen Schamir und Bush um Kredite und finanzielle Hilfen.

Die Bevölkerung in Israel, vor allem die orientalischen Juden bekamen es hart zu spüren, daß innerhalb der grünen Linie Ausgaben für wichtige soziale Dienste gekürzt wurden, daß die Arbeitslosigkeit nach oben schnellte, während gleichzeitig immer mehr Geld in die Westbank gepumpt wurde. Die orientalischen Juden wollten diese Politik nicht mehr mittragen, folglich wechselte ein Teil von ihnen zu Labour über.

Bei Meinungsumfragen in den vergangenen Jahren reagierten orientalische Juden auf etliche Fragen bornierter als aschkenasische Juden. Ihre Antworten deuten auf eine geringere Breitschaft zu Kompromissen und ein größeres Mißtrauen Arabern gegenüber. Orientalische Juden trugen damit zu einer nicht eben friedensfördernden Stimmung in Israel bei. Ähnlich wie ihr Wahlverhalten in den vergangenen Jahren waren die bei ihnen anzutreffenden Einstellungsmuster eine Blockade für den Friedensprozeß.

Die öffentliche Meinung und der Friedensprozeß

Aber wie schon beim Wahlverhalten zeichnet sich auch hier eine Veränderung ab. Ein Vergleich ihrer heutigen Antworten bei Umfragen mit den von vor fünf oder zehn Jahren zeigt eine klare Tendenz zu größerer Kompromißbereitschaft. Diese erfreuliche Veränderung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die öffentliche Meinung in Israel insgesamt nicht sonderlich 'friedensfördernd' ist. Auch die Haltung des aschkenasischen Teils der Bevölkerung ist in punkto Frieden nicht eben mustergültig.

Ein Beispiel soll das veranschaulichen: Wenn man in Israel die Frage stellt "Vertrauen Sie Arabern?", werden 75% der orientalischen Juden mit Nein antworten. Immerhin 65% der Aschkenasim antworten ebenfalls mit Nein. Ähnlich fallen die Antworten auf die Frage "Sind Sie bereit, im Interesse des Friedens einen palästinensischen Staat zu akzeptieren?" aus. 85% der Orientalen und



Die meisten Aktivisten der rechtsnationalistischen Gruppierungen sind ebenfalls Aschkenasim

75% der Aschkenasim antworten mit Nein. Eine klare Mehrheit innerhalb beider Gruppen ist einer friedensfeindlichen Einstellung verhaftet, die Differenz zwischen Orientalen und Aschkenasim sollte man folglich nicht überbewerten.

Ideologische Bindung

Antworten im Kontext von Meinungsumfragen möchte ich klar von ideologischen Überzeugungen unterscheiden. Jemand, der sich bei einer Umfrage etwa gegen die Rückgabe der besetzten Gebiete ausspricht, muß bei weitem keine durchdachte, kohärente Auffassung zu diesem Punkt haben. 50% der Befragten würden auf diese Frage heute mit Nein antworten. Bei weitem nicht alle dieser 50% hängen jedoch der Ideologie eines Großisrael an. Gerade 20% der Israelis sind laut Umfragen Verfechter dieser Ideologie und zeigen auch Bereitschaft, einen Preis für ihre Überzeugung zu zahlen.

Nimmt man diese 20 Prozent, die für 'Eretz Israel' eintreten, genauer unter die Lupe, kommt man zu einem verblüffenden Ergebnis. Gerade diese Gruppe von Israelis, die den harten Kern des Anti-Friedenslagers bildet, setzt sich mehrheitlich aus aschkenasischen Juden zusammen. Orientalische Juden unterstützen Likud und zwar durch ihre Stimmabgabe bei Wahlen, aber nicht, weil sie Interesse an der Etablierung eines Eretz Israel hätten. Ihre Unterstützung der politischen Rechten hatte, zumindest bis zu den Wahlen von 1992, andere Gründe, nämlich ökonomische und soziale.

Die meisten orientalischen Juden haben ein pragmatisches Politikverständnis. Sie erhoffen sich von dieser oder jener Politik diese oder jene Vorteile. Politik ist für sie kein Instrument, ideologischen Zielen näherzukommen.

Ein deutlicher Hinweis darauf, daß orientalische Juden den Likud nicht aus ideologischen Gründen unterstützten, ist in ihrem Wahlverhalten nach Camp David zu finden. Sie hielten dem Likud auch nach dessen territorialen Zugeständnissen an Ägypten (sprich Rückgabe des Sinai) die Treue. Dafür setzte sich ein Teil der ideologisch motivierten aschkenasischen Wähler vom Likud ab und gründete die rechtsnationalistischen, radikalen Parteien wie Tehija, Tsomet und Moledet. Dieser Punkt ist in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzen: Die politischen Gruppierungen, die in Israel am vehementesten gegen den Frieden eintreten, sind aschkenasische Schöpfungen.

Aktive politische Betätigung in Israel, sowohl gegen wie für den Frieden, ist eine Sache der aschkenasischen Juden. Die orientalischen Israelis sind in politischer Hinsicht passiv. In der politischen Führung und bei den Anhängern von Moledet, Tehija, Tsomet, Kach, Gusch Emunim und wie die rechtsnationalistischen Gruppen alle heißen, sind orientalische Juden völlig unterrepräsentiert. Die andere Seite der Medaille ist, wie gesagt, daß orientalische Juden ebensowenig aktiv sind in Gruppen, die sich für den Frieden einsetzen.

Betrachtet man die Gruppe der Siedler, zeigt sich ein ähnliches Bild: es gibt zwar einen gewissen Anteil orientalischer Juden, bezogen auf die Gesamtzahl der Siedler. Man findet orientalische Juden jedoch kaum unter den ideologisch motivierten Siedlern, sondern unter jenen, die in die besetzten Gebiete gehen, weil es dort billigen Wohnraum gibt.

Fazit: Wenn es tatsächlich eine aktiv den Frieden blockierende gesellschaftliche Gruppe in Israel gibt, dann sind es nicht die orientalischen Juden, die bislang aus pragmatischen Gründen das rechte Lager unterstützt haben, sondern jene Aschkenasim, aus denen sich die radikalen rechtsnationalistischen Gruppen rekrutieren. Es gibt somit keinen klaren und eindimensionalen Zusammenhang zwischen Ethnizität und dem Friedensprozeß in Israel. Orientalische Juden sind weder ein förderlicher Faktor im Friedensprozess noch ein Friedenshindernis. Auf der anderen Seite ist die aschkenasische Hälfte Israels nicht umstandslos dem Friedenslager zuzurechnen. Die Beziehungen zwischen Ethnizität und dem Friedensprozeß sind wie gesagt, sehr viel komplizierter.

Sammy Smooha

"Seit dem Wahltag schlafen die Leute ..."

Die israelischen Friedenskräfte nach Rabins Wahlsieg

Hat der Wahlsieg Rabins der Friedensbewegung den Wind aus den Segeln genommen? Die Sprecherin von 'Peace Now' Janet Avia jedenfalls sieht derzeit nur geringe Chancen für eine Mobilisierung der Bevölkerung. Das kann sich aber schlagartig ändern. Eine Stagnation des Friedenprozesses wird die Leute wieder auf die Straße bringen. Aber auch konkrete Schritte bei den Friedensverhandlungen, die die Rechte mobilisieren werden, stellen für die Friedensbewegung eine Herausforderung dar.
Red.

Ein Teil der israelischen Friedenskräfte ist an der Regierungskoalition beteiligt. Die Bürgerrechtsliste Ratz, die sozialistische Mapam und die linksliberale Shinui (ihre Listenverbindung nennt sich Meretz) zählen zu den israelischen Friedensgruppen und waren bislang in der Opposition. In einem Zusatzabkommen mit der Arbeitspartei vertritt Meretz Positionen, die über die politischen Leitlinien der Regierungskoalition hinausgehen. So erkennt Meretz ausdrücklich das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser in der Westbank und dem Gaza-Streifen an und schließt eine Beteiligung der PLO bei den Nahost-Verhandlungen nicht aus. Auch in der Arbeitspartei gibt es Vertreter, die die Friedenskräfte als "ihre Leute" ansehen.Dazu gehört etwa der neue Justizminister Libai, von Hause aus Professor für Recht.

Für diejenigen Gruppen innerhalb der Friedenskräfte, die inhaltlich und/oder personell mit den an der Regierung beteiligten Parteien verbunden sind, führt die neue Konstellation zu einer ganzen Reihe von Problemen. So sind 14 Vorstandsmitglieder des 'International Center for Peace in the Middle East' jetzt mit Aufgaben in verschiedenen Ministerien und der Regierung beschäftigt und das Center muß sich nach neuen Leuten umsehen. Im Vorstand der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem gab es eine lange Diskussion darüber, ob Abgeordnete, die Regierungsverantwortung übernommen haben, weiterhin Vorstandsmitglieder sein sollten. Schließlich einigte man sich darauf, daß beide Funktionen nicht miteinander verbunden werden sollten.

Janet Aviad, Sprecherin von 'Peace Now' (Frieden Jetzt), der Organisation, die das breiteste Spektrum innerhalb der Friedenskräfte umfaßt, sieht zur Zeit keine Möglichkeit, eine große Zahl von Menschen für

Knesset und Regierung nach den Wahlen von 1992

Die in der Knesset vertretenen Parteien in der Rangfolge der erhaltenen Stimmen:

Partei	Anzahl der Sitze	Prozente	Stimmen
Arbeitspartei	44	34,6 %	906.126
Likud	32	24,9 %	651.219
Meretz (Ratz, Mapam, Shinui)	12	9,5 %	250.206
Zomet (Bewegung für zionistische Erneuerung und Parteilose)	8	6,3 %	166.247
Mafdal (National-Religiöse Partei)	6	4,9 %	129.601
Shass (Union der sefardischen Thora-Praktizierenden)	6	4,9 %	129.310
Vereinigtes Thora-Judentum (Agudat Israel, Degel Ha Thora)	4	3,2 %	86.138
Chadash (Kommunistische Partei)	3	2,3 %	62.247
Moledet	3	2,3 %	62.138
Arabische Demokratische Partei	2	1,5 %	40.799

Quelle: Blickpunkt Israel, Juli 1992

Die Regierung Rabin besteht aus 13 MinisterInnen der Arbeitspartei, 3 Mitgliedern des Meretz-Bündnisses sowie dem Schass-Vorsitzenden Arjeh Deri (Innenminister). Die Meretz-Gruppe erhielt das Erziehungs- und Kulturministerium (Shulamit Aloni), das Ministerium für Einwanderung und Eingliederung (Yair Tsaban) und das Ministerium für Energie, Infrastruktur, Wissenschaft und Technologie (Amnon Rubinstein)



500 Jahre Kolonialismus
500 Jahre Widerstand



Kolumbien im Ausnahmezustand



500 Jahre Kolonialismus, wie weiter?

Die bisherige Kampagnenpraxis kritisch hinterfragen

Was brachte die vielbeschworene 500-Jahre-Kampagne? Immerhin den Friedensnobelpreis für Rigoberta Menchú, eine deutliche Rücknahme der Feierlichkeiten in Spanien und eine Vielzahl unterschiedlicher Aktivitäten weltweit. In der BRD kam eine größere überregionale Aktion zum 12. Oktober 1992 leider nicht zustande.

Die Stärke der Kampagne 1992 lag jedoch in der großen Anzahl der zu diesem Thema arbeitenden Gruppen, die zudem noch unterschiedliche Spektren repräsentierten. Eindeutiger Schwachpunkt war das Fehlen von konkreten politischen Forderungen, im Gegensatz zur Anti-IWF/WB-Kampagne 1987/88 die Schuldenstreichung.

Das Fehlen von Forderungen hängt sicher mit verlorengegangenen Perspektiven zusammen. Zentrale Aufgabe künftiger linker Politik wird es deshalb sein, neue Alternativen zum HERRschenden System zu formulieren. Der nächste Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen mit dem Thema »Utopien einer neuen Weltwirtschaftsordnung« wird daran zu messen sein, inwieweit von ihm Impulse für diese Diskussion ausgehen.

[illegible]

Die bisherige Kampagnenpraxis ist [illegible]

BUKO-Strukturen nutzen

Mit dem im Laufe der Jahre im BUKO-Spektrum angewachsenen Sachverstand, so z.B. in den BUKO-Arbeitsschwerpunkten [illegible] Rassismus und Flüchtlingspolitik, [illegible] Weltwirtschaft und Verschuldung ließe sich aber auch anders umgehen. Die Arbeit der einzelnen Arbeitsschwerpunkte läßt sich unter dem Titel "Weltweite Fluchtursachen / Migrationsbewegungen" mit dem Arbeitsschwerpunkt Rassismus zusammenführen. Durch das Zusammenbringen der im BUKO vorhandenen Erfahrungen könnte ein breiterer [illegible] Arbeitsbereich aufgebaut werden.

Mit dieser Strategie könnte der BUKO sich aktiv einmischen, z.B. in die Asyldebatte in der BRD, in der die eigentlichen Fluchtursachen und die Verantwortlichkeit der hier HERRschenden für diese weitgehend ausgeblendet werden.

Christoph Lange, Dritte-Welt-Laden Erlangen, Neustädter Kirchplatz 7, 8520 Erlangen, Tel. 09131 [illegible]

Aufbau antirassistischer Bündnisse

Unausgegorene Notiz an solidarische Menschen

Uns fällt auf, daß je nach Anschlagskonjunktur der Rechtsradikalen und der schweigend johlenden Mehrheit, auch in Dritte Welt- und Internationalismusgruppen das Thema Asyl/Rassismus Aufmerksamkeit findet.

Nur, was nützt es, nach jedem Brandanschlag wieder ein neues Betroffenheitsritual zu organisieren und sich mit Tränen in den Augen an die gesamte Bevölkerung zu wenden und um Verständnis für die armen Flüchtlinge zu bitten.

Wir sollten aufhören, Flüchtlinge zu Objekten und Empfängern unserer gutgemeinten sozialarbeiterisch-caritativen Ratschläge zu degradieren. Unser Gewissen kann an anderer Stelle beruhigt werden. Es geht ganz einfach darum, Flüchtlinge in ihrer Widersprüchlichkeit zu akzeptieren und das Märchen vom "guten Flüchtling" ad acta zu legen. Es sind Menschen, für die es zu Hause keine Existenzgrundlage gibt und die aufgebrochen sind, ein besseres Leben zu suchen. Zum anderen sollten wir nicht so tun, als würden hier lediglich irregeleitete, arbeitslose Jugendliche vor Langeweile, Frust und wegen des fehlenden Golf GTI Molotow Cocktails werfen und bekämen nur von lauter falsch informierten "Normal-Bürger/innen" Beifall zugesprochen. Es geht um nichts anderes, als um Rassismus (und nicht Ausländerfeindlichkeit) als Herrschaftsinstrument vor der eigenen Haustür.



Darüberhinaus gibt es auch Gründe, dieses [illegible] Thema in Dritte Welt-Gruppen einzubringen. Viele dieser Gruppen [illegible] der sogenannten Dritten Welt an, oder [illegible] Projekte und sind ungemein solidarisch. Wenn dann [illegible] Solidarität [illegible] verflüchtigt sich diese [illegible]. Insbesondere bei Dritte Welt Läden läßt sich dieser zynisch anmutende Mechanismus häufig beobachten. Vielleicht werden hier aber lediglich die Grenzen des "alternativen Dritte Welt Handels" deutlich. Während es aber nicht wenige Menschen in solchen Läden glücklich macht, wenn die Kassen immer häufiger und lauter klingeln, stehen Flüchtlinge sprichwörtlich "draußen vor der Tür". Es ist an der Zeit, daß Dritte Welt Läden die gleiche Arbeitszeit, den gleichen Elan und das gleiche Geld, das sie für die Aufrechterhaltung und Erweiterung ihrer Produktpalette aufbringen, in die antirassistische Arbeit vor Ort investieren.

Es liegt an uns selbst, inwieweit uns daran gelegen ist, [illegible] politisch handlungsfähige Strukturen und Zusammenhänge von unten aufzubauen, gerade auch, weil bei den [illegible] zu diesem Thema keine Bündnispartner mehr zu finden sind. Als einer von mehreren Ansatzpunkten bietet sich als erste Vernetzung die Mitarbeit im BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus an.

Roland Röder, Aktion 3. Welt Saar, [illegible], Weiskirchener Str. 24, 6646 [illegible], Tel. 06872/9942, Fax -7826

Rassismus und Zivilisation

Bundesweite Koord[illegible]initiativen

Gegen die rassistische Form[illegible] der G[illegible]

[illegible]

Kontakt: Antirassistisches Büro Bremen, Sielwall 38, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/706444, Fax 0421/70[illegible]

Auftrieb westeuropäischer [illegible]

[illegible]



Israelische Friedensaktivistin (1989)
(Foto: G. Stein)

Demonstrationen zu mobilisieren. "Seit dem Wahltag schlafen die Leute, oder sind wie auf Urlaub." Eine Mobilisierungschance sieht sie erst wieder für den Moment, wo es zu einem Referendum über konkrete Friedensvorschläge kommt.

Darüber, wie lange die Friedensverhandlungen dauern werden und wie diese Vorschläge aussehen werden, gibt es unterschiedliche Einschätzungen, nicht nur zwischen verschiedenen Gruppen, sondern auch innerhalb der Gruppen. Nach Adam Keller, Aktivist in verschiedenen kleinen Gruppen und Herausgeber des Rundbriefes "The Other Israel" wird die weitere Entwicklung in jedem Fall erneut zu verstärkten Aktivitäten führen. "Entweder kommt es zu einer Stagnation bei den Friedensverhandlungen und zu einer Zunahme der Gewalttätigkeiten vor Ort, was eine Enttäuschung der Hoffnungen bedeuten würde, die im Moment viele in Ministerpräsident Rabin setzen. Innerhalb der Friedenskräfte würde dies die Aktionsbereitschaft steigern. Oder es kommt zu konkreten Vereinbarungen mit der syrischen und/oder der palästinensischen Seite, was voraussichtlich eine (gewalttätige) Kampagne der israelischen Rechten zur Folge hätte, was wiederum Aktionen der Friedenskräfte für die Politik der Regierung nach sich ziehen würde."

Streitpunkt Militärdienst

Einstweilen gibt es die ersten konkreten Konflikte zwischen und innerhalb verschiedener Gruppen und Parteien der israelischen Friedenskräfte. Es geht dabei um Themen, die auch bisher schon umstritten waren, wie etwa die Frage der Verweigerung bestimmter Dienste innerhalb des Militärs. So hat Ende Oktober die Gruppe Yesh Gvul ('Es gibt eine Grenze') eine Aktion durchgeführt, die ihr eine große Öffentlichkeit, aber auch heftige Kritik aus dem Regierungslager eingetragen hat. Die Organisation, die Soldaten unterstützt, die den Militärdienst in den besetzten Gebieten verweigern, verteilte vor Schulen eine Informationsbroschüre über die Aktivitäten von geheimen Spezialeinheiten der israelischen Armee. Diese Einheiten, deren Existenz erst im vergangenen Jahr nach einer Fernsehsendung offiziell bestätigt wurde, operieren - meist als Palästinenser verkleidet - in den von Israel besetzten Gebieten. Ein vieldiskutierter Vorwurf gegen die Einheiten lautet, daß sie häufig Palästinenser, die von den Sicherheitsdiensten gesucht werden, erschießen, anstatt sie festzunehmen. In der Broschüre werden die Schüler aufgeforderdert, sich im Rahmen ihres bevorstehenden dreijährigen Militärdienstes nicht für eine dieser Spezialeinheiten zu melden.

Schon früher hatte es - etwa zwischen der Bürgerrechtsliste Ratz und Yesh Gvul - gegensätzliche Auffassungen in der Frage gegeben, ob es legitim sei, den Militärdienst in den besetzten Gebieten zu verweigern. Die Mehrheit innerhalb der Bürgerrechtsbewegung Ratz lehnt beispielsweise solche Aufrufe ab. Sie fürchtet, durch diese Aktion Sympathien in der israelischen Bevölkerung zu verlieren. Shulamit Aloni, die Vorsitzende der Bürgerrechtspartei Ratz und Erziehungsministerin, äußerte immerhin Respekt gegenüber dem Verhalten von Soldaten, die den Dienst in den besetzten Gebieten verweigerten, und sie war es auch, die in der aktuellen Debatte kritische Bemerkungen zu den Spezialeinheiten machte.

Um die Gruppe Yesh Gvul, die nach wie vor einmal in der Woche Mahnwachen in Jerusalem und Tel Aviv durchführt, war es in letzter Zeit etwas ruhiger geworden. Immer mehr Reservisten, die einen Dienst in den besetzten Gebieten verweigerten, machten die Erfahrung, daß sie entweder wieder nach Hause geschickt wurden, oder daß ihnen erklärt wurde, sie könnten ihren Dienst innerhalb Israels ableisten, wenn sie versprächen, die Sache aus der Zeitung zu halten.

Innerhalb von 'Peace Now' gibt es Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit und die Erfolgsaussichten von Demonstrationen zum jetzigen Zeitpunkt. Während die eine Position lautet, die Organisation solle sich darauf konzentrieren, weiterhin den Siedlungsbau genau zu dokumentieren und ansonsten ihre Öffentlichkeits- und Erziehungsarbeit mit Blick auf ein künftiges Referendum zu intensivieren, betonen andere in der Führung (und vor allem jugendliche Mitglieder) die Notwendigkeit von Aktionen. Es sei problematisch, den Aktionen und Demonstrationen der politischen Rechten keine eigenen Aktivitäten entgegenzusetzen.

In der Öffentlichkeit präsent sind nach wie vor die Frauen in Schwarz, die an zahlreichen Orten jeden Freitag am frühen Nachmittag einstündige Mahnwachen unter dem Slogan "Schluß mit der Besatzung" durchführen. Allerdings ist die Zahl der Orte sowie die Zahl der Teilnehmerinnen seit dem Golfkrieg zurückgegangen.

Vor allem kleinere Gruppen, die stark mit und für Palästinenser in den besetzten Gebieten arbeiten, betonen, daß sich an der (Menschenrechts-)Situation für die Palästinenser in den besetzten Gebieten durch die neue Regierung so gut wie nichts geändert habe und sie deshalb ihre bisherige Arbeit fortsetzen. Von diesen Gruppen wird kritisiert, daß 'Peace Now' und die Menschenrechtsorganisation B'Tselem sich etwa in der Frage des Hungerstreiks palästinensischer Gefangener im Oktober nicht deutlicher zu Wort gemeldet hätten.

Jörn Böhme

Der Beitrag entstand nach ausführlichen Gesprächen unter anderem mit Adam Keller, dem Herausgeber des in Israel erscheinenden Rundbriefs 'The Other Israel'. Jörn Böhme ist Vorstandsmitglied des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten, der im Herbst 1992 ein Buch über die "Friedenskräfte in Israel" herausgab.

Die Kippa und der Stahlhelm

Das schwierige Verhältnis von Religion, religiösen Parteien und Staat

In Israel existiert keine Zivilehe, in den Küchen staatlicher Institutionen werden jüdische Reinheitsvorschriften eingehalten und religiöse Bildungseinrichtungen erhalten großzügig Staatsknete. Wie kam es, daß die Religion einen derartig zentralen Platz in der israelischen Gesellschaft erhielt, die die frühen Zionisten doch eigentlich als moderne laizistische Gesellschaft aufbauen wollten? Der folgende Artikel beantwortet nicht nur diese Frage, sondern entkräftet auch die These, daß die israelische Gesellschaft sich immer mehr der Religion zuwendet. Die Gesellschaft wird Warschawski zufolge eher säkularer, allerdings bedient sich der Staat der Religion, um ein kulturelles und ideologisches Vakuum zu füllen.



Religiöse Parteien auf dem Vormarsch?

Während jeder Wahlkampagne und besonders nach Veröffentlichung des Wahlergebnisses gerät in Israel die Frage der religiösen Parteien ins Zentrum der öffentlichen Diskussion. Sind sie eher der Rechten oder der Linken zuzurechnen? Wie bedeutsam sind sie und welche Zugeständnisse können sie als Gegenleistung für ihre Unterstützung der einen oder der anderen Seite erzwingen?

Für gewöhnlich sieht es so aus, daß die Rabbiner und ihre Vertreter im religiös-politischen Establishment den Schlüssel zur Bildung einer neuen Koalition in der Hand halten und in vielen Fällen auch bestimmen können, wer Premierminister wird. Darüber hinaus liegt es sogar in ihrer Macht, den Charakter des israelischen Staates und der Gesellschaft mitzuformen.

Während der jüngsten Wahlen kam ein zusätzlicher Aspekt dieses Problems ins Spiel: Zwei Parteien - die rechte Zomet und die linkszionistische Meretz - machten den Kampf gegen religiösen Zwang und für die Wehrpflicht der (bislang vom Wehrdienst freigestellten) Jeschiwa-Studenten (Jeschiwa = Talmudhochschule) zu ihrer obersten Priorität. In dieser Hinsicht wurde der Kampf zwischen religiösen und säkularen Bereichen der israelischen Gesellschaft zu einem wichtigen Aspekt des Wahlkampfes. Und das umso mehr, als einige der bedeutenderen Kandidaten auf der Liste der Arbeitspartei die Frage des Militärdienstes für Jeschiwa-Studenten und der Reform der Finanzierung ultraorthodoxer Institutionen des Erziehungswesens zu einer Frage von höchstem nationalen Interesse machten.

Bei der Auseinandersetzung mit der Religion und den religiösen Parteien spielen viele Mißverständnisse und Vorurteile eine Rolle. Wer zu einem profunderen Verständnis der Motive und Sichtweisen der diversen religiösen Parteien gelangen will, muß aus der Welt der Stereotype heraustreten, die zuweilen die Grenze zum Rassismus strei-

fen. Wir wollen uns daher mit drei Fragen befassen, die unserer Meinung nach die wichtigen Punkte in der Beziehung zwischen Religion und Politik in Israel aufgreifen.

Wie konnte die Religion zu einem so wichtigen Faktor in der israelischen Politik werden?

Die Art und Weise, in der sich der Zionismus und der israelische Staat religiöser Symbole und Institutionen bedienen, deutet auf eine enge Verbindung zwischen Zionismus und Religion. Jedoch ist der Zionismus zu keiner Zeit eine religiöse Bewegung gewesen, und seine Verbindung mit der Religion resultiert eher aus praktischen als inhaltlichen Erfordernissen. Nicht nur das: Der Zionismus entstand am Ende des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf die Religion und als eine Alternative zu ihr. Die Religion wurde als negative Kraft gesehen, als hauptverantwortlich für die Rückständigkeit der jüdischen Gemeinden in Mittel- und Osteuropa.

Die allermeisten frühen Zionisten waren nicht nur nicht religiös, die große Mehrheit unter ihnen war sogar explizit antireligiös. Es genügt, an die öffentlichen Feste zu erinnern, die die Anhänger der Arbeiterbewegung an jedem Yom Kippur (dem höchsten Feier- und Fastentag des jüdischen Kalenders) in Petah Tikva und anderen Orten Palästinas veranstalteten, um in militanter Weise ihre Befreiung vom Joch der Religion und ihrer Praktiken zu demonstrieren. Das Ziel der meisten zionistischen Parteien war eine laizistische jüdische Gesellschaft zu schaffen, die vollkommen befreit von jüdischer religiöser Tradition und rabbinischer Kontrolle sein sollte.

Wie kam es dann, daß Israel anstatt ein laizistischer Staat zu werden, der auf dem Prinzip der völligen Trennung von Religion und Staat beruht, als ein Staat gegründet wurde, in dem die jüdische Religion einen offiziellen Status genießt , ein Staat, dessen Gesetzgeber religiöse Gebote zu einem Bestandteil des bürgerlichen Gesetzbuches machten und wo Mitglieder des rabbinischen Establishments einflußreiche Positionen in staatlichen Institutionen innehatten?

Manche Leute sind der Ansicht, daß das Bündnis zwischen Religion und Staat ein natürliches Ergebnis der Probleme war, die sich der regierenden Mapai-Partei (der Vorläuferin der Arbeitspartei) bei der Koalitionsbildung stellten, da sie nicht einmal in der ersten Knesset eine eindeutige Mehrheit hatte und deshalb auf Koalitionspartner angewiesen war. Nach dieser Interpretation unterzeichnete Ben Gurion eine Vereinbarung mit den Führern der religiösen Parteien, in der festgelegt wurde, daß diese Parteien die Innen- und Außenpolitik der Mapai unterstützen würden. Als Gegenleitung erhielten sie das Zugeständnis, daß im Bereich des Familienrechts die religiöse Gesetzgebung institutionalisiert würde, daß in staatlichen Institutionen die Kaschrut-Vorschriften (jüdische Reinheitsvorschriften) gelten sollten, daß staatlicherseits die Einhaltung religiöser Feiertage garantiert würde. Außerdem sagte Gurion eine staatliche Finanzierung für Bildungsinstitutionen zu, die von den religiösen Parteien kontrolliert wurden und schließlich die Befreiung der Jeschiwa-Studenten vom Militärdienst. Mit anderen Worten: Ben Gurion zahlte für die Loyalität der religiösen Parteien mit der Integration der Religion in staatliche Institutionen.

Diese Erklärung, wenn sie auch einige Wahrheit enthält, ist zu beschränkt, um zu erklären, was als eine totale Revolution des zionistischen Denkens erscheint - und mit Sicherheit ein bedeutender Umschwung im Denken der zionistischen Arbeiterbewegung gewesen ist. Eine umfassendere Erklärung liegt in der Staatsauffassung Ben Gurions und der Mapai-Führer Ende der vierziger Jahre. Ein zentraler Punkt dieses Staatsverständnisses ist die jüdische Nation als höchster Wert, sowie die Notwenigkeit, ihre verschiedenen Komponenten in ein homogenes Ganzes einzuschmelzen. Es sollte keinen Raum für Unterschiede geben, keinen Raum für Dissidenten. Immigranten aus verschiedenen Ländern sollten nicht nur zu einer einzigen nationalen Einheit zusammengeschweißt werden. Auch ihre verschiedenen Ansichten, Ideologien und ihre Kultur sollten zusammenwachsen zu einer einzigen.

Durch die Verbindung zwischen Staat und Religion erreichte Ben Gurion zwei sehr wichtige Ziele: Erstens war er in der Lage, den Flüchtlingen aus Europa und den Immigranten aus arabischen Ländern eine Welt gemeinsamer Symbole zu bieten. Die meisten dieser Immigranten kamen aus einem religiösen Milieu - es war nicht nötig, sie von ihrer Tradition abzuschneiden. Mit anderen Worten: Der Staat eignete sich einen Teil dieser religiösen Symbole und traditionellen Verhaltensregeln an, wodurch er die Immigranten vor einer allzugroßen Entfremdung bewahrte. Ben Gurion und seine Freunde hielten den Sabbath selbst nicht ein, während der Staat ihn heiligte. Ben Gurion und seine Freunde aßen Schweinefleisch, aber der Staat blieb koscher. Ben Gurion und seine Freunde konnten sich über religiöse Ideologie und Tradition lustig machen, aber bei offiziellen Zeremonien leisteten sie fromme Lippenbekenntnisse. Auf diese Weise wurde auch ein anderes Ziel erreicht - eines, das Professor Jeschajahu Leibowitz immer wieder betont: Durch dieses Bündnis mit dem religiösen Establishment gelang der säkularen politischen Führung dessen Neutralisierung als kritische, oppositionelle Kraft. Die Rabbiner wurden zu Regierungsbeamten, die der Autorität der Regierung unterworfen waren, anstatt als ein anklagendes Gewissen gegenüber den Behörden zu fungieren und als zornige Propheten ihrer Nation.

Aus diesem Blickwinkel war das wichtigste und schwerwiegendste Phänomen nicht die Tatsache, daß der Staat sich gegenüber der Religion prostituierte, sondern die Tatsache, daß - wie es Jeschajahu Leibowitz formulierte - das religiöse Establishment zur Hure der staatlichen Behörden wurde: als Entgelt für die religiöse Gesetzgebung, für Arbeitsplätze, Machtpositionen und Finanzmittel für ihre Institutionen gaben die Rabbiner dem Staat Loyalität und lieferten ideologische Rechtfertigungen für seine Taten.

Die Besetzung von 1967 ließ den ideologischen und damit auch institutionellen Einfluß der Religion auf den Staat noch anwachsen. Die Religion lieferte die ideologische Begründung für die Eroberungen und für die "historische Verbindung mit allen Teilen des Landes Israel". Die Besetzung



Frühe zionistische Pioniere - Vorkämpfer für eine laizistische jüdische Gesellschaft

unterstützte die Religion und die Religion unterstützte die Besetzung.

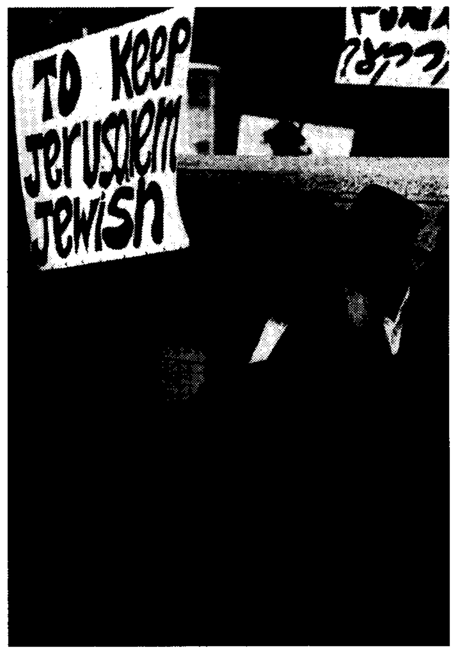
Die Besetzung konnte in ihrer Fortdauer immer weniger mit Sicherheitsargumenten gerechtfertigt werden, das allgemeine politische Klima war in dieser Periode nicht besonders förderlich für progressive Ideologien oder humanistische Werte und die Religion - sowohl als Ideologie wie als Institution - füllte das Vakuum, das die zerbröckelnde Hegemonie der zionistischen Arbeiterbewegung und ihrer Ideologie hinterließ. Die politischen Realitäten nach dem 1967er Krieg ließen die tiefen Widersprüche offen zutage treten, die der Ideologie der zionistischen Linken inhärent waren. Diese Ideologie verlor mehr und mehr ihre Attraktivität und wurde zu einer leeren Hülse, einem Synonym für Täuschung und Doppelzüngigkeit. Angesichts der mißlichen Lage, in der sich der Zionismus in den 70er Jahren befand, war nur die Religion in der Lage, ein umfassendes ideologisches System und einen moralischen Inhalt für die zionistische Unternehmung in ihrer modernen Version zu liefern.

Als zehn Jahre später der Likud an die Macht kam, konnte der Staat es sich leisten, auf alle noch vorhandenen humanistischen oder säkularistischen Symbole zu verzichten und sich ganz und gar einer Ideologie zu verschreiben, die religiösen Messianismus und politischen Maximalismus verband. Die Lehrpläne der Schulen einerseits, die Ideologie und die Symbole, die von den staatlichen Massenmedien verbreitet wurden andererseits, räumten der Religion und der Tradition immer mehr Gewicht ein, und gleichzeitig wuchs der Einfluß des religiösen Establishments und seiner Repräsentanten in den Regierungsinstitutionen und besonders im Rechtswesen und im Erziehungswesen.

Der Einfluß der Religion auf den Staat nahm in dem Maße zu, wie die Inhalte, Werte und Symbole, die den Zionismus ausmachten, geschwächt wurden. Dieses Phänomen beeinflußte auch die Gesellschaft im allgemeinen - die religiöse Öffentlichkeit und das Gewicht ihrer politischen Institutionen und Bildungseinrichtungen in der israelischen Gesellschaft.

Ist die israelische Gesellschaft heute religiöser als früher?

Das Phänomen der "Rückkehr zur Religion" (so wird die orthodoxe Erweckungsbewegung genannt) einerseits, und die wachsende Bedeutung der religiösen Parteien andererseits haben viele dazu verleitet - auch sogenannte Experten und Kommentatoren - den Schluß zu ziehen, daß die israelische Gesellschaft in den neunziger Jahren stärker religiös geprägt ist als vor zwanzig Jahren. Aber diese Sicht ist falsch.



Demonstration orthodoxer Juden gegen die Störung der Sabbat-Ruhe

Eine Reihe von Umfragen, unter anderem auch eine gründliche Studie der Bar Ilan Universität zeigen alle, daß die israelische Gesellschaft heute säkularer ist als sie es während der ersten drei Jahrzehnte der staatlichen Existenz Israels war. Mit anderen Worten: Die Anzahl der Leute, die sich von der Orthodoxie abwenden und die religiösen Gebote weniger befolgen oder ganz aufhören sie zu befolgen, ist größer als die Zahl derjenigen, die zur Orthodoxie 'zurückkehren' oder damit beginnen, religiöse Gebote zu befolgen. Mit den Worten der Sozialwissenschaftler von Bar Ilan: "Der Prozentsatz praktizierender Juden nimmt stetig ab."

Und nicht nur das, auch das öffentliche Leben ist in den letzten zwanzig Jahren säkularer geworden. Wenn wir als Beispiel die Anzahl der Restaurants nehmen, die am Sabbat geöffnet haben, der Metzgereien und Restaurants die nicht-koscheres Fleisch verkaufen oder die Zahl der kulturellen Institutionen, die am Sabbat geöffnet haben - so gibt es keinen Zweifel, daß sie sich in den letzten zwanzig Jahren vervielfacht haben. Der Kampf der Ultraorthodoxen gegen eine Veränderung des Status Quo beruht also auf faktischen Veränderungen.

Worauf gründet sich also diese Sichtweise - der Eindruck, daß die Größe und der Einfluß der religiösen Gemeinschaft ständig zunimmt? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir fünfundzwanzig Jahre zurückgehen. Bis 1967 war die religiöse Öffentlichkeit in Israel eine unterdrückte, nichtbeachtete Minderheit. Für die jüdische Gemeinschaft in Palästina vor der Staatsgründung und später für den neuen Staat hatte der 'echte' Israeli groß, blond und laizistisch zu sein. Der 'dos' (Schimpfwort für religiös) war ein Überbleibsel einer Vergangenheit, die der Vergessenheit anheimfallen würde oder zumindest der Marginalität. Die nationalistisch-religiöse Gemeinschaft einschließlich solcher Organisationen wie der 'Bnei Akiv'-Jugendbewegung, 'Hapoel Hamizrahi' und der religiösen Kibbuz-Bewegung mußten sich große Mühe geben, um ein gewisses Maß an öffentlicher Legitimität zu erreichen. Sie benützten jede Gelegenheit, die Tatsache hervorzuheben, daß sie Militärdienst leisteten, und sie verwiesen stolz auf die kleine Minderheit von Fallschirmspringern und Piloten, die gestrickte Kippot trugen (das Erkennungszeichen der nationalreligiösen Bewegung).

Wie die Juden im Europa nach der Judenemanzipation, waren die religiösen Juden Bürger mit gleichen Bürgerrechten, aber sie waren keine gleichwertigen Partner im nationalen Kollektiv. Um eine solche Gleichheit zu erreichen, mußten sie mehr als andere ihren 'Beitrag zum Staat', ihren Patriotismus hervorheben und unterstreichen, daß sie 'wie alle anderen' waren. Was die Ultraorthodoxen betraf, standen sie vollkommen außerhalb der Gemeinschaft und reagierten entsprechend wie eine ausländische unterdrückte Minderheit.

Dies alles änderte sich 1967. Wie bereits oben erwähnt verstärkten der Krieg und die neuen Eroberungen qualitativ die Bindungen des Staates an die Religion. In Folge dessen wurde auch das Verhältnis zwischen der israelischen Gesellschaft und der religiösen Öffentlichkeit enger. Mehr und mehr wurde die national-religiöse Gemeinschaft zu einem Teil der nationalen Gemeinschaft und von einem bestimmten Punkt an auch Teil der elitären Avantgarde ('Gush Emunim', die national-religiösen Siedler waren die neuen Pioniere).

Zehn Jahre später, als die Regierungszeit der zionistischen Arbeiterbewegung endete, veränderte sich auch die Lage der Ultraorthodoxen und orientalisch-religiösen Gemeinschaften. Durch die Stärke ihrer Parlamentsfraktionen und die Tatsache, daß die Likud-Regierung darauf angewiesen war sie zu hofieren, nahm der gesellschaftliche Einfluß der ultraorthodoxen Parteien zu und

Die Kippa (pl. Kippot) und der Hut

Mit ihrer Kopfbedeckung signalisieren orthodoxe Juden, welcher ideologischen Strömung sie angehören:
1) gestrickte Kippot (Die Kippa ist eine kleine, nur den Hinterkopf bedeckende Kappe) werden von Nationalreligiösen getragen, auch Gush-Emunim. Abgesehen von der Kippa normale Kleidung.
2) schwarze Kippot tragen orthodoxe Juden, die nicht aus osteuropäischem Milieu stammen und die nicht der nationalreligiösen Ideologie anhängen, d.h. die antizionistisch eingestellt sind.
3) Kaftan mit Hut: Die Tracht der aus osteuropäischem Milieu stammenden orthodoxen, chassidischen wie antichassidischen Juden

ihre Anhänger konnten ihr 'Ghetto' verlassen. Im gleichen Zeitraum gab es eine ethnische Revolution. Massen orientalischer Jugendlicher gingen mit dem Motto 'Orientalisch ist schön' auf die Straße und feierten die Traditionen ihrer Vorväter.

Dreißig Jahre lang hatten sich die orientalischen Juden ihrer religiösen Tradition geschämt, sie versteckt oder sie abgelehnt. Ab 1977 kamen sie aus ihrem 'Versteck', um aller Welt zu zeigen, daß sie treu an ihrem jüdischen Erbe hingen.

Diese drei Prozesse erklären die optische Illusion, daß die israelische Gesellschaft heute religiöser ist, als vor dreißig Jahren. Man sieht mehr Kippot, denn einerseits nehmen ihre Träger stärker am gesellschaftlichen Leben Israels teil und zweitens sind viele orientalische Juden wieder dazu übergegangen, die Kippa auf der Straße zu tragen, nachdem sie sich lange Zeit geschämt hatten, das zu tun. Es gibt mehr religiöse Programme im Fernsehen. Nicht nur, weil die politische Macht der religiösen Parteien zugenommen hat und sich der Staat religiöser Symbole bedient. Die religiöse Öffentlichkeit hat auch gelernt, daß sie das Recht hat, ihre Positionen und ihre Ansichten in den staatlichen Medien zu verkünden. Mit anderen Worten: Die israelische Gesellschaft ist nicht religiöser geworden, aber sie sieht religiöser aus, weil die religiöse Öffentlichkeit, obwohl sie quantitativ abgenommen hat, in die Öffentlichkeit herausgetreten ist. In der Vergangenheit war sie am Rand der Gesellschaft verborgen. Heute ist sie sichtbar.

Sind die religiösen Parteien ein Teil der Rechten?

Man hat sich daran gewöhnt, die religiösen Parteien mit rechten Positionen hinsichtlich des israelisch-arabischen Konfliktes zu identifizieren. Und viele Kommentatoren, die versuchen, die Stärke der Unterstützer eines Groß-Israel einzuschätzen, zählen zu ihnen auch alle religiösen Parteien und ihre Wähler. Diese Verallgemeinerung ist ungenau, um es vorsichtig auszudrücken. Die jüdische Religion oder ihre orthodoxe Interpretation bedingt nicht automatisch eine extremistische Position hinsichtlich der besetzten Gebiete und der arabischen Welt. Die jüdische religiöse Welt - die Rabbiner, die religiösen Parteien - sind über diese Fragen zerstritten, mindestens genauso wie die israelische Öffentlichkeit im allgemeinen. Es gibt Falken und Tauben, es gibt Verkünder eines Groß-Israel und Unterstützer einer Politik der Kompromisse und Konzessionen. Bis zu den frühen siebziger Jahren zeichneten sich die religiösen Parteien durch Mäßigung aus. Ich beziehe mich hier sowohl auf die National-Religiöse-Partei (NRP) als auch die antizionistischen ultraorthodoxen Parteien. Erstere war der traditionelle Verbündete der 'Mapai' (der Vorläuferin der Arbeiterpartei), sowohl was die Verwaltung des Staates als auch die Verteilung der Einkünfte betraf. Die politischen Konzepte der Führer der 'Mapai' waren realistisch und standen in starker Opposition zu der Politik der 'Cherutpartei' (heute Teil des Likud-Blocks) 'keinen Quadratzentimeter Land' zurückzugeben! Beide Parteien wollten die Nation als ein einheitliches Gebilde schaffen, das soweit als möglich auf einem Konsensus beruhte. Daraus entstand der 'status quo', eine Art 'modus vivendi' zwischen Religion und Staat, der Israel zu einem Gebilde machte, das weder ein laizistischer Staat war noch einer, der auf den jüdischen religiösen Gesetzen beruhte.

Wie schon gesagt, änderte die NRP erst nach 1967 gründlich ihre Richtung, als die jüngere Generation der Partei sich an die Spitze des Unternehmens setzte, die besetzten Gebiete zu besiedeln und einen gewalttätigen anti-arabischen Messianismus einführte. Allmählich übernahm sie auch die Führung der Partei und vertrieb die Vertreter der alten Linie oder drückte sie an den Rand. Erst seit Mitte der siebziger Jahre kann man die NRP als Vertreterin einer eindeutig rechtsgerichteten Ideologie hinsichtlich des israelisch-arabischen Konflikts bezeichnen und erst von da ab ist sie eindeutig ein Teil des Groß-Israel-Lagers.

Was das ultraorthodoxe Judentum und seine Parteien betrifft, haben sie die zionistische Ideologie immer abgelehnt. Sie sehen sie nicht nur als eine säkulare Ideologie, sondern auch als eine, die vom Prinzip her häretisch ist. Im Gegensatz zur NRP erblicken sie im Staat Israel ganz und gar nichts Heiliges. Sie sehen Israel im günstigsten Fall als einen Staat wie jeder andere, dessen Gesetze respektiert werden müssen. Als 'Agudat Israel' sich in den Tagen nach der Staatsgründung der Regierung anschloß, begründete sie diesen Schritt mit der Tatsache, daß 'Agudat Israel' auch schon in Pilsudskis Polen politische Aufgaben übernommen hatte. Sie begründeten diesen Schritt nicht, indem sie sich auf die zionistische Ideologie beriefen. Sie verhielten sich damit wie die ultraorthodoxen Parteien in anderen Staaten , die die Gelegenheit nicht ausgelassen hatten, den Staat für die Durchsetzung der Ziele ihrer Gemeinschaft zu funktionalisieren (Unterstützung für das religiöse Bildungswesen, die Gewährung eines offiziellen Status für die Rabbinischen Gerichtshöfe, das Familienrecht und andere Bereiche). In gleicher Weise ging 'Agudat Israel' mit der Regierung um. Sie sahen ihre Regie-



Stadtteil der Chassiden in Jerusalem

Die israelische Parteienlandschaft und die Trennlinie des religiösen Spektrums

Die Parteienlandschaft ist in Israel so kompliziert, weil sich mehrere Spektren überlagern. Neben der traditionellen Rechts-Links-Polarität gibt es weitere Haupt-Gegensätze:
1. Der Gegensatz zwischen radikalen Säkularisten und radikalen Fundamentalisten,
2. zwischen religiösen Antizionisten und religiösen Zionisten,
3. zwischen aschkenasischen (osteuropäischen) Chassiden, die sich der charismatischen Führerschaft ihrer "Rebben" anvertrauen (bei den Lubawitscher Chassiden wurde diese Führerschaft zu einem messianischen Anspruch hochstillisiert), und aus Litauen stammenden sowie orientalischen "Mitnagdim" (Antichassiden),
4. zwischen aschkenasischen (europäischen) und sefardischen (orientalischen) Juden.
Die Parteienlandschaft gerät dann in Bewegung, wenn die Spektren sich gegenseitig verschieben und neue Koalitionen entstehen. So führte die Politisierung des Chassidismus, die mit dem Messiasanspruch des Lubawitscher Rebben verbunden war, zu einer "chassidischen Radikalisierung" der aschkenasischen Orthodoxie, die im Jahre 1988 die weitere Mitarbeit des litauischen Rabbiners Schach in der AGUDAT ISRAEL nicht mehr möglich machte. Mit Unterstützung seiner Anhänger gründete Schach die litauische DEGAL HATHORA und die SCHASS-Partei, die, obwohl sefardisch orientiert, doch seine religiöse Führung anerkannte, weil die orientalischen Orthodoxen, wie bis in die achtziger Jahre allgemein angenommen wurde, noch keine eigenen Führergestalten hervorgebracht hatten.
In den letzten Jahren begann jedoch ein "Emanzipationsprozeß" der orientalischen Orthodoxie, die sich unter der Führung des ehemaligen Oberrabbiners Obadja Josef immer mehr von der traditionellen "litauischen" Bevormundung löste. Nach dem Scheitern des "Messias" aus Lubawitsch und einer gewissen Entschärfung im Kampf zwischen Chassiden und Antichassiden konnte Schach nun unter dem gemeinsamen Dach des VEREINIGTEN THORAJUDENTUMS in das Bündnis mit der aschkenasischen AGUDAT ISRAEL zurückkehren.
Die gegenwärtigen Koalitionsquerelen sind auch ein Ausdruck dieser Spannung: Die orientalischen Radikalorthodoxen versuchen ihre neugewonnene Unabhängigkeit zu beweisen, indem sie gegen den Willen Schachs in der Regierung Rabin bleiben und dabei möglichst viele Konzessionen herausholen.

rungsbeteiligung als ein Mittel, der ultra-orthodoxen Gemeinschaft bei der Ausrichtung ihres Lebens an ihren eigenen Regeln zu helfen.

Die ultra-orthodoxe Tradition ist von Natur aus pazifistisch. Ihr Pazifismus entstand aus den Bedingungen des Lebens im Ghetto und in der Diaspora, und er hängt mit diesem Leben zusammen (und er beruht auch auf einer extrem konservativen Haltung bezüglich der Werte, die sich in den langen Jahren des Exils herausgebildet haben). Hier liegt der entscheidende Unterschied zum religiösen Zionismus, der mit den Werten der Diaspora bewußt gebrochen hat und in seine religiöse Ideologie Elemente des Zionismus aufgenommen hat, die sich gegen die Diaspora richten und sogar messianisch sind.

Mit anderen Worten: Während die NRP Religion und Zionismus zu einer Synthese verbindet, die notwendigerweise messianisch sein muß und notwendigerweise jeden Quadratzentimeter des Landes als heilig betrachten muß, halten die anti-zionistischen ultra-orthodoxen Parteien an der Trennung zwischen Religion und Staat fest. Daß sie nicht zögern, den Staat zu benützen und anzuzapfen, steht nicht im Widerspruch dazu - sie würden jeden anderen liberalen Staat für die Interessen der Gemeinschaften, die sie repräsentieren, instrumentalisieren.

Was die ultra-orthodoxen Ansichten zur israelisch-arabischen Frage betrifft, hängen sie von der Weltsicht ihrer Rabbiner ab, die durch viele hundert Jahre Exil geprägt ist und durch die rabbinische Literatur innerhalb des allgemeinen Kontextes der Diaspora: Die Nation Israel lebt verstreut unter den Nationen der Welt und ist deren Gutdünken ausgeliefert. Aus diesem Grund ist es verboten 'die Nationen zu erzürnen' und jeder muß sich gemäßigt und bescheiden verhalten. So sieht die Ultra-Orthodoxie den Versuch, Religion und Zionismus zu vereinen nicht nur als einen Abfall von den Prinzipien des Glaubens. Die Orthodoxie ist auch grundsätzlich gegen jeden Extremismus: gegen die Völker der Welt im allgemeinen und gegen die Araber im besonderen. Für sie ist die Rückgabe der besetzten Gebiete kein Problem, denn im Gegensatz zu den religiösen Zionisten sehen die Ultra-Orthodoxen keinen Zusammenhang zwischen der Besetzung der Gebiete und der Erlösung des jüdischen Volkes. Sie wollen normale Beziehungen zur arabischen Welt. Denn nach der ultra-orthodoxen Interpretation des jüdischen Gesetzes ist jeder andere Zustand dem Blutvergießen, das heißt dem Krieg, vorzuziehen.

Wir müssen allerdings bei diesen Aussagen über das ultra-orthodoxe Judentum eine Einschränkung machen: Die allgemein kriegerische Atmosphäre, die sich in der israelischen Gesellschaft seit Ende der sechziger Jahre entwickelt hat, hat die ultra-orthodoxe Welt nicht völlig unbeeindruckt gelassen. Es gibt viele Hinweise, daß die ultra-orthodoxe Öffentlichkeit radikalere Ansichten über die Araber hat als die Rabbiner. Pressephotos von gewalttätigen Übergriffen gegen Araber zeigen oft einen deutlichen Prozentsatz junger ultra-orthodoxer Teilnehmer, die auf diese Weise zeigen wollen, daß sie zur israelischen Gesellschaft gehören und daß sie dazu beitragen, 'den Staat zu verteidigen'. Diese Denkweise bei einigen Mitgliedern der ultra-orthodoxen Gemeinschaft hat auch einen indirekten Einfluß auf die Politik ihrer Rabbiner gehabt. Einige von ihnen haben ihre Ansichten geändert und rechtsextremistische Positionen zum israelisch-arabischen Konflikt eingenommen.

Aus dem oben Gesagten kann man zwei grundsätzliche Schlußfolgerungen hinsichtlich der Stellung der religiösen Juden und ihrer Parteien in der israelischen Politik ziehen. Die erste Schlußfolgerung ist, daß die Behauptung, der Einfluß der Religion in der israelischen Politik und Gesellschaft nähme ständig zu, stark übertrieben ist. In Wirklichkeit laufen folgende zwei Prozesse, die aber miteinander zu tun haben parallel: Die Gesellschaft wird immer stärker säkularisiert, gleichzeitig benützt der Staat die Religion, um ein kulturelles und ideologisches Vakuum zu füllen.

Die zweite Schlußfolgerung ist, daß es in Israel keine bedeutsame fundamentalistische Strömung gibt: Die Ultra-Orthodoxen haben nicht das politische Ziel, Israel in einen Staat zu verwandeln, der von den jüdischen Religionsgesetzen bestimmt wird. Was die religiös-zionistische Strömung (die NRP und die 'Kach-Bewegung', die von den Nachfolgern von Rabbi Kahane geführt wird) angeht, sind ihre Positionen in den letzten zwei Jahrzehnten immer extremistischer geworden. Aber ihr relativer Einfluß sowohl auf die Gesellschaft als auch auf die Politik hat abgenommen.

Der Kampf gegen religiöse Zwänge ist für alles die aus Israel einen demokratischen Staat machen wollen von großer Wichtigkeit, aber wir dürfen uns nicht der Illusionhingeben, daß Israels Besetzungspolitik und Israels von der Konsequenz her rassistische Politik ihre Wurzeln in der Religion, den religiösen Parteien oder der religiösen Gemeinschaft haben. Der Rassismus und die Besetzung sind Kinder des laizistischen Zionismus - ohne Verbindung zur Religion und an dieser Stelle sollte unsere Kritik und unser Kampf ansetzen.

Michel Warschawski

Michel Warschawski ist Redakteur der unabhängigen politischen Monatszeitschrift "News from Within", die vom "Alternative Information Center" in Jerusalem herausgegeben wird. Oben abgedruckter Artikel erschien im Septemberheft von "News from Within" in englischer Sprache.

Erziehung zum illoyalen Staatsbürger

Der Kampf der religiösen Parteien um das Schulwesen

Das religiöse Schulwesen spielt in der Bildungspolitik Israels eine wichtige Rolle. Nur knapp drei Viertel der jüdischen Schüler besuchen eine staatlich-laizistische Schule, die anderen knapp 30 Prozent verteilen sich über die verschiedenen religiösen Schulen, von denen es sieben verschiedene Typen gibt. Das Spektrum reicht vom staatlich-religiösen Schulwesen über die staatlich finanzierten "unabhängigen" religiösen Schulen bis hin zu den Schulen der radikal-orthodoxen "Neturei Karta" (Wächter der Stadt), die aus ideologischen Gründen keine staatlichen Mittel annehmen . red.

Der Stellenwert der Bildungspolitk in Israel läßt sich daran ablesen, daß das Erziehungsressort in den Koalitionsverhandlungen nach den Knesset-Wahlen regelmäßig von den kleineren Weltanschauungsparteien beansprucht wird. Schon nach den vorletzten Wahlen im Jahre 1988 stritten sich die Spitzenkandidaten der säkularistischen Civil Rights Movement (RAZ) und der zionistischen National Religious Party (MAFDAL) um den Ministersessel - und die Pädagogen der verschiedenen nichtzionistischen orthodoxen Parteien um die Posten der Staatssekretäre. Der damalige Innenminister und Vorsitzende der sefardisch-orthodoxen SCHASS-Partei Rabbi Jitzhaq Peretz erklärte damals offen, worum es seiner Gruppierung mit dem Zugriff auf das Bildungssystem mit den erhofften vielfältigen Propaganda- und Manipulationsmöglichkeiten ging: "Mit Gottes Hilfe" wolle SCHASS bei den nächsten Wahlen die Stimmenzahl verdrei- oder vervierfachen und mit 22 Mandaten in die Knesset einziehen. Wenn sich dieses hochgesteckte Ziel 1992 auch nicht erreichen ließ, avancierte SCHASS in diesem Jahr doch zur wichtigsten religiös-politischen Kraft im Parlament und zum unentbehrlichen Koalitionspartner für die Arbeitspartei unter Jitzhaq Rabin. (siehe Kasten S. 30)

Das israelische Schulwesen bietet ausgezeichnete Ansatzpunkte für die religiösen Parteien, um an der Verbreiterung ihrer gesellschaftlichen Basis zu arbeiten. In ihrer langfristigen Strategie geht es ihnen nicht nur darum, den langen Marsch durch die Institutionen anzutreten. Vielmehr wollen sie ihre Klientel mit Geschenken aus der Staatskasse bedienen und darüber hinaus ein System von Abhängigkeiten schaffen, das ihre Wähler bei der Stange hält und neue Anhänger hinzugewinnt. Charakteristisch für diese Parteien ist zudem ihr pädagogischer Optimismus: Sie glauben, durch religiöse und weltanschauliche Erziehung die Zukunft Israels in ihrem Sinne beeinflussen zu können.

Ministerin Alonis Offensive gegen den religösen Zwang

Diesen Einflüssen wollen die konsequent säkularistischen Gruppen, die sich heute in dem Dreier-Zusammenschluß MERETZ (hervorgegangen aus der Bürgerrechtsbewegung RAZ, der liberal-bürgerlichen Gruppierung SCHINUI sowie der linkssozialistischen MAPAM-Partei) zusammengefunden haben, entgegentreten. Mit dem Regierungswechsel im Jahre 1992 löste die MERETZ-Vorsitzende Schulamit Aloni den nationalreligiösen Politiker Abner Schaki im Erziehungsressort ab. Abgesehen davon, daß sie es sich aber gefallen lassen mußte, einen SCHASS-Stellvertreter an die Seite gestellt zu bekommen, wurde die bloße Tatsache ihrer Präsenz am Kabinettstisch zum Anlaß für zahlreiche Regierungskrisen zwischen den ideologisch entgegengesetzten Koalitionspartnern MERETZ und SCHASS.

Das "Absorptionsministerium", das für die gesellschaftliche Eingliederung der russischen und äthiopischen Einwanderer zuständig ist und auch Kompetenzen im



Kulturbereich einschließt, fiel von dem gänzlich uneffektiven und unfähigen Jitzhaq Peretz, dessen Scheitern mit für die Wahlniederlage des Likudblockes verantwortlich gemacht wird, an Alonis Parteikollegen Jair Zaban. Peretz hatte in den Koalitionskrisen der vergangenen Legislaturperiode im Gegensatz zu den Parteifreunden in der SCHASS, die unter der Führung Arjeh Deris vergeblich einen Wechsel zur Arbeitspartei versucht hatten, treu zu Jitzhaq Schamir gestanden und war von diesem mit einem Ministeramt belohnt worden. Im Gegensatz zu Peretz, der inzwischen die SCHASS verlassen hat, konnte Arjeh Deri, der neue Vorsitzende der Partei, der schon in der vorigen Regierung Innenminister gewesen war, sein angestammtes Ressort nun behalten. In der Hoffnung, noch zusätzliche religiöse Abgeordnete zum Eintritt in die Regierung bewegen zu können, bestelte Jitzhaq Rabin für ein weiteres Ressort im Kulturbereich, das Religionsministerium, das traditionellerweise in orthodoxen Händen liegt, einstweilen nur eine kommissarische Verwaltung.

Da die beiden Koalitionspartner MERETZ und SCHASS unvereinbare religions- und gesellschaftspolitische Interessen verfolgen, konnten die Spannungen in der neuen Regierung nicht ausbleiben. Seit dem Sommer des Jahres 1992 entzündete sich der Streit immer wieder an unverblümten Äußerungen der neuen Erziehungsministerin, die dafür bekannt ist, daß sie für die Einführung der Zivilehe eintritt und den "religiösen Zwang" (kefijah datit) eindämmen, das heißt den Anwendungsbereich des Religionsgesetzes (Halacha) auf Gebiete des säkularen Rechts beschneiden will. Im Herbst 1992 machte sie durch eine öffentliche Verteidigung der Darwinschen Evolutionstheorie von sich reden und griff einige Rabbiner mit scharfen Worten an. In der ultraorthodoxen Presse wurde sie daraufhin, unter Anspielung auf die biblische Gestalt, als die "Isebel dieser Generation" bezeichnet. Die SCHASS-Parlamentarier gerieten unter den Druck ihrer orthodoxen Klientel, der "gottlosen" Regierung ihr Vertrauen zu entziehen.

Für Jitzhaq Rabin, der um seine Regierungsmehrheit fürchten muß, kommt erschwerend hinzu, daß Arjeh Deri seit einiger Zeit unter dem Verdacht der Korruption und Untreue steht. Obwohl er der Polizei gegenüber jede Aussage und Zusammenarbeit verweigert, wird die Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität aus koalitionstaktischen Gründen schon seit Monaten hinausgezögert. Sollte gegen ihn eine Anklage zustandekommen, hätte das wohl das Ausscheiden der SCHASS-Fraktion aus der Regierung und wahrscheinlich das Ende der Premierschaft Rabins zur Folge. Der von der Arbeitspartei gewünschte Eintritt der anderen religiösen Fraktionen wiederum, der den drohenden Verlust der SCHASS-Abgeordneten kompensieren könnte, wird durch die Person der Erziehungsministerin behindert, deren Entlastung vor allem die Ultraorthodoxen zur Voraussetzung für einen Verhandlungserfolg gemacht haben. Andererseits hat die MERETZ-Fraktion, die mit 12 Abgeordneten immerhin die zweitstärkste Regierungspartei darstellt, deutlich zu verstehen gegeben, daß ein solcher Schritt die Kündigung des Regierungsbündnisses zur Folge haben würde. Rabin könnte dann gezwungen sein, sich wieder dem Likud zuzuwenden und eine erneute Regierung der Nationalen Einheit anzustreben - mit allen unabsehbaren Folgen für die Friedensverhandlungen mit den arabischen Nachbarn.

	Die radikalorthodoxen (nicht zionistischen) Parteien			Zionist. Orthodoxie
Partei	Das Vereinigte Thorajudentum (Jahadut HaThora) Agudat Israel (Vereinigung Israels)	Degel HaThora (Thorabanner)	SCHASS (6 Ordnungen der Mischna, d.h. im Talmud)	MAFDAL (Nationalreligiöse Partei)
Religiöse Führung	Chassidische Rebben: Rebbe von Lubawitsch Andere chassidische Rebben	Rabbiner Schach	Rabb. Obadja Josef	Anerkennung der staatlichen Oberrabbiner
Oberstes Organ	Rat der Thoraweisen	Rat der Thoraweisen	Rat der Großen in der Thora	polit. Führung
Politiker	R. Feldmann R. Porusch A. Schapira	R. Rabitz R. Gavni	Arjeh Deri (J. Peretz; aus Partei ausgetreten)	A. Schaki S. Hammer
"Ethnie"	aschkenasisch	aschkenasisch	sefardisch viele Nordafrikaner, Marokkaner	aschkenasische Gründung z.T. noch aschkenasisch-elitäres Image; dennoch heute viele Sefarden
Sprache	jiddisch	jiddisch	hebräisch	hebräisch
Schulsystem	unabhängig	unabhängig Chinuch Mukar	El HaMa'jan (staatlich)	staatlich-religiös
religiöse Orientierung	chassidisch dynastisch messianisch	antichassidisch "litauisch"	traditionell orientalisch religiös und radikalorthodox	nationalreligiös politisch-messianisch
politische Orientierung	Entwicklung in Richtung Falken	potentielle Tauben	potentielle Tauben	Falken "Eretz Israel"
Präferenz-Koalition		Arbeitspartei?	Arbeitspartei?	Likud

Die drei staatlichen Schultypen und das unabhängige Schulwesen der Agudat Israel

Um zu verstehen, warum die Schul- und Kulturpolitik immer wieder im Zentrum der sach- und personalpolitischen Auseinandersetzungen steht und mit welcher Intensität diese Kämpfe ausgetragen werden, ist ein Blick auf das zersplitterte Schulsystem von Nutzen, das mehrere, völlig unabhängig voneinander arbeitende Schultypen aufweist. Diese unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer Größe, sondern vor allem hinsichtlich ihrer Schülerschaft, ihres weltanschaulichen und gesellschaftlichen Umfeldes, ihres Bildungsplanes - das heißt der Art und Weise der Integration der religiösen Erziehung in den allgemeinen Lehrstoff - und der in ihnen geübten pädagogischen Methoden.

Den ersten Typ bilden die sogenannten **"staatlichen" (nichtreligiösen) Schulen**, die von der überwiegenden Mehrheit (über 70%) der jüdischen Schüler besucht werden (chinuch mamlachti). In ihnen vollzieht sich der Unterricht in Bibel und Thora zwar im Rahmen eines gesonderten Lehrfaches, vom Stil der Unterweisung her handelt es sich aber eher um einen literaturkundlichen oder Geschichtsunterricht. Nach der Gründung des Staates Israel wollten die Rechtsparteien das laizistisch-staatliche Schulsystem aus nationalistischen Gründen zur offiziellen und obligatorischen Einheitsschule machen. Ihr Vorschlag scheiterte damals am Widerstand der mit der Arbeiterbewegung verbündeten religiösen Kräfte, die sich später in der Nationalreligiösen Partei (MAFDAL) zusammenfanden. Die Nationalreligiösen, die dem LIKUD den damaligen Vorstoß der

Rechtsparteien noch jahrzehntelang übelnahmen und bis zum Jahre 1977 ein treuer Koalitionspartner der Arbeitspartei blieben, setzten die Einrichtung eines parallelen **"staatlich-religiösen" Schulwesens** (chinuch mamlachtidati) durch. In die Schulen dieses zweiten Schultyps gehen Kinder aus thoratreuen und zugleich religiös-zionistisch gesonnenen Familien. Traditionellerweise erfolgt der Unterricht in der Sekundarstufe II nach Geschlechtern getrennt; in den letzten Jahren wird diese Trennung aufgrund des religionsgesetzlichen Drucks aber mehr und mehr auch schon in den Grundschulen durchgeführt. Das Unterrichtsprogramm dieser Schulen wird vom Erziehungsministerium in Zusammenarbeit mit einer rabbinischen Kommission festgelegt. Das betrifft in der Hauptsache - aber nicht ausschließlich - die religiöse Erziehung im engeren Sinne; denn auch die "weltlichen" Fächer sollen so gelehrt werden, daß sie der religiösen Überlieferung nicht widersprechen. Während in den fünfziger Jahren fast jedes dritte jüdische Kind eine Schule dieses Typs besuchte, sank - und das ist symptomatisch für die religionspolitische Entwicklung - der Prozentsatz in den sechziger und siebziger Jahren auf 19%, stieg im letzten Jahrzehnt aber wieder auf 21% an. Im Jahre 1988 äußerte sich der Direktor des staatlich-religiösen Schulsektors im Erziehungsministerium Ja`akov Hadoni der Presse gegenüber zu den Gründen für diese Zahlenentwicklung. Hadoni machte mehrere Faktoren namhaft: Zum einen habe im Durchschnitt über die Jahrzehnte hinweg ungefähr jeder fünfte religiöse Schüler die Orthodoxie in Richtung Säkularität verlassen, zum anderen aber sei die Geburtenrate unter den Religiösen höher und die Abwanderung aus Israel seltener, so daß ein noch stärkeres Abbröckeln dieses Schultyps habe vermieden werden können.

Was der nationalreligiöse Bildungspolitiker verschwieg, war das schon seit Beginn der achtziger Jahre feststellbare Anwachsen der ultraorthodoxen Schulrichtungen, die in religiöser Hinsicht radikaler sind als der MAFDAL-Typ. Daß die orthodoxen Schulen der nichtzionistischen Konkurrenz ihren Anteil in einer Zeit, in der in den übrigen Bereichen der israelischen Gesellschaft die Säkularisierung weitere Fortschritte machte, um über 20% vergrößern konnten, stand mit der Stagnation im staatlich-religiösen Bereich in einem ursächlichen Zusammenhang und war darüberhinaus symptomatisch für die Gewichtsverschiebung, die im letzten Jahrzehnt zuungunsten des gemäßigten zionistisch-religiösen Lagers in Israel stattgefunden hat.

Betrachtet man die Zahlen der Schulanfänger, so gewinnt man ein deutliches Bild. Während die staatlich-religiösen Grundschulen im Jahre 1987 von 96.000 Grundschülern besucht wurden, zählte allein der (bislang) dritte Schultyp, das **nicht-staatliche, mit der AGUDAT ISRAEL assoziierte, "unabhängige" Schulwesen** (Chinuch Azma'i) 41.000 ABC-Schützen. Hinzu kommt aber seit Mitte der achtziger Jahre noch das inzwischen von SCHASS errichtete sefardisch-radikalorthodoxe Schulsystem "El HaMa'jan ("Zur Quelle"), das es schon im Jahre 1988 beinahe aus dem Stand auf 11.500 Schüler brachte und seitdem so rasant ausgebaut wurde, daß es die Schulen der AGUDAT ISRAEL auf allen Ebenen überflügelt hat. Im Sommer 1992 ließen sich die SCHASS-Unterhändler den Eintritt in die Regierung Rabin mit der offiziellen Überführung ihrer bislang privaten Institutionen in einen dritten **"staatlich-radikalorthodoxen" Schultyp** (chinuch mamlachti-charedi) bezahlen. Nach der wochenlangen Koalitionskrise im Herbst 1992, die durch die Streitigkeiten zwischen SCHASS und Schulamit Aloni ausgelöst worden war und die erst im November ihr (vorläufiges?) Ende fand, wurden dem sefardisch-orthodoxen Stellvertreter der Erziehungsminsterin zusätzliche Kompetenzen zugesprochen, unter anderem die Oberaufsicht über die "unabhängige Erziehung" der AGUDAT ISRAEL und weitere in religiöser Hinsicht "rechts außen" stehende Schulsysteme. Aufgrund dieses bislang spektakulärsten Erfolges Arjeh Deris ist



die SCHASS-Bewegung auf dem besten Weg, hinsichtlich ihrer Partnerschaft mit der Arbeitspartei das Erbe der in der Opposition verbliebenen Nationalreligiösen anzutreten. Die politischen Intentionen Deris, der treibenden Kraft der SCHASS-Partei, der man die Ambition auf eine langfristige Partizipation an der Macht im Bündnis mit der Arbeitspartei nachsagt, werden dementsprechend nicht nur von der MAFDAL, die ihre einstige Sonderrolle als bevorzugter Koalitionspartner verloren hat und sich immer mehr an den Rand gedrängt sieht, sondern besonders auch von der aschkenasischen Radikalorthodoxie argwöhnisch beobachtet und kritisch kommentiert. Die Erziehung in den nun nicht mehr "unabhängigen" SCHASS-Schulen dürfte heute nur noch insofern als "nichtzionistisch" zu bezeichnen sein, als sie sich in ihren Maximen in keiner Hinsicht von Erwägungen der Staatsräson leiten läßt. Viele Radikalorthodoxe der SCHASS-Bewegung sind in ähnlicher Weise nationalistisch eingestellt wie die traditionelle zionistische Orthodoxie der MAFDAL. Andererseits ist die kompromißlose und dogmatische Fixierung auf das Thema "Erez Israel" (Land Israel) bei den Sefarden und vor allem ihrer religiös-politischen Führung weniger häufig anzutreffen als bei den aschkenasischen Orthodoxen. So ließ das geistige SCHASS-Oberhaupt, der ehemalige Oberrabbiner Obadja Josef, zum Ärger vieler aschkenasischer Orthodoxer und vor allem der Siedler in den besetzten Gebieten vor einiger Zeit verlauten, territoriale Konzessionen Israels seien nach seinem Verständnis des Religionsgesetzes zulässig.

Die Folge war ein heftiger politischer und religionsgesetzlicher Auslegungsstreit. Ausschlaggebend für seine Äußerung waren freilich weniger pragmatische oder friedenspolitische Erwägungen, sondern seine Auslegung der in jedem Fall normativ bleibenden Rechtstexte des Judentums.

Die religiösen Schulen der ganz radikalen Strömungen

"Unabhängig" von der Chinuch Azmai" der AGUDAT ISRAEL (mit 111 Schulen) arbeitet **"HaChinuch HaMukar"** (wörtlich: "Die anerkannte Erziehung"), die im Jahre 1988 auf 176 Schulen mit 1661 Klassen und insgesamt ca. 41.000 Schülern kam. Diese noch radikalere Schulart wird der radikal-separatistischen Gruppe "HaEda HaCharedit" (der "gottesfürchtigen Gemeinde") zugerechnet, die sich von AGUDAT ISRAEL dadurch unterscheidet, daß sie jede Mitarbeit in staatlichen Institutionen ablehnt und auch die Wahlen boykottiert. In diesen Schulen wird den Kindern noch mehr Unterricht in der Thora zugemutet: Der religiöse Unterricht endet täglich erst gegen 16 oder 17 Uhr. Es liegt in der inneren Dynamik dieser Entwicklung, daß Zuwächse in der radikaleren Schulrichtung die Radikalisierung der bisher noch gemäßigteren Schularten fördern. Natürlich ist die "Unabhängigkeit" der beiden genannten Schulsysteme nicht finanziell gemeint. Am Ende der achtziger Jahre ließ sich der zionistische Staat die Unterstützung dieser Erziehungseinrichtungen jährlich etwa umgerechnet 50 Millionen DM kosten. Während die Universitäten und andere "weltliche" und staatliche Institutionen vor dem finanziellen Zusammenbruch standen, wurden die Zuschüsse für die Orthodoxen aus koalitionspolitischen Gründen weiter erhöht. Für diese Staatsleistungen konzedieren die religiösen Erziehungsstrategen dem Ministerium nun ein Mindestmaß an Unterricht in "weltlichen" Fächern. Denn das Erziehungsideal für die ultraorthodoxen Knaben ist das des Thora-Weisen. Dementsprechend wechseln die meisten männlichen Schulabgänger dieser Richtungen nach ihrem Abschluß in Talmudschulen über, was ihnen neben einem staatlichen Stipendium von monatlich 300-350 $ die Möglichkeit sichert, der Einziehung zum dreijährigen Militärdienst zu entgehen. Ein Korrespondent der Tageszeitung HaAretz beziffert die Zahl dieser "Drückeberger" am Ende der achtziger Jahre auf jährlich 20.000. Was die "weltlichen Fächer angeht, so sieht die Situation in vielen Mädchenschulen etwas besser aus. Die jungen Frauen sollen nach ihrer Schulausbildung fähig sein, einen weltlichen Beruf zu ergreifen, um ihre thoragelehrten Männer und Jeschiwastudenten samt der Familie zu ernähren.

Noch weiter "rechts" von "HaChinuch HaMukar" stehen die etwa 50 **"Ptor"-Schulen**, die ihre Schülerzahl in zehn Jahren um etwa die Hälfte auf über 11.000 Schüler steigern konnten. Diese Anstalten akzeptieren nicht einmal das Minimum an staatlicher Überwachung bezüglich der "weltlichen" Fächer. Die schulpflichtigen Kinder der Ptor-Schulen erhalten daher einen Dispens ("Ptor") von der Schulpflicht und widmen sich ganz dem religiösen Stoff. Theoretisch ist das Erziehungsministerium verpflichtet zu überprüfen, ob diese Schulen dennoch gewissen Mindestanforderungen entsprechen und ihre Schüler nicht gegen den Staat

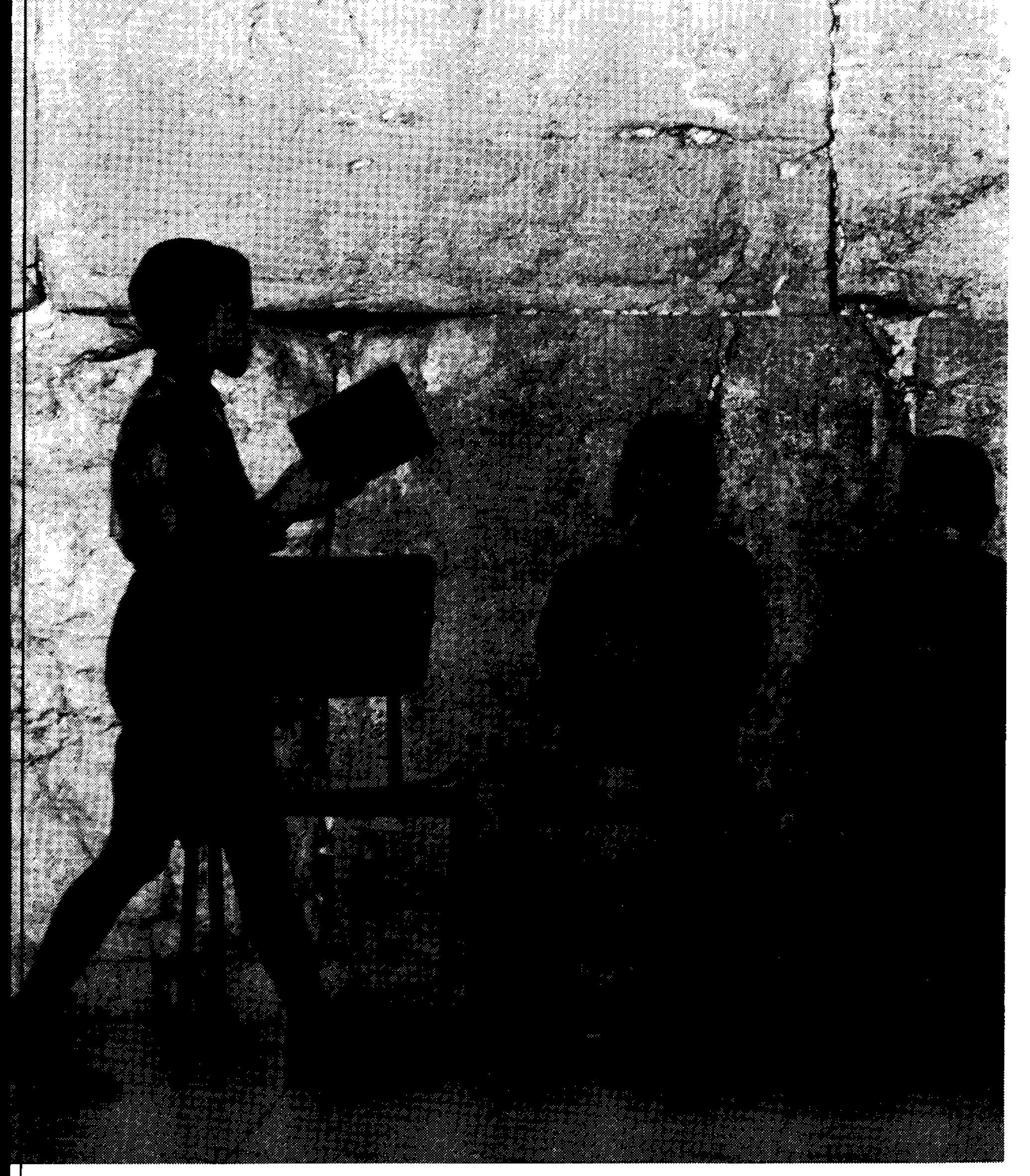


aufhetzen. Doch schon die - von den Ptor-Schulen aus gesehen - "gemäßigte" Agudat Israel lehrt ihre Zöglinge, den "gottlosen" Staat zu verachten.

Obwohl die radikalorthodoxen Schulen dem israelischen Staat fremd und zum Teil feindlich gegenüberstehen, werden sie zum Teil aus koalitionspolitischen Gründen und religionspolitischer Rücksichtsnahme von der Staatskasse unterhalten. Sie erziehen eine den demokratischen Institutionen gegenüber illoyale und - das ist für die zionistischen Politiker jeder Couleur ein Ärgernis - wehrunwillige Jugend, was andererseits durchaus nicht heißen muß, daß sie in sicherheits- und außenpolitischen Fragen offen für eine Verständigung mit den Arabern wäre. Sie monopolisieren das Image der jüdischen Religion in der Öffentlichkeit, verstärken die Entfremdung zwischen den religiösen und nichtreligiösen Israelis und intensivieren den religionsgesetzlichen Druck auf die kompromißwilligen und gemäßigten nationalreligiösen Kreise.

Obwohl das nationalreligiöse (MAFDAL) Schulwesen innerhalb des Erziehungsministeriums eine relativ große Autonomie genießt, die genügend Spielraum für Veränderungen läßt, nahm der Radikalisierungsdruck innerhalb dieses Schultyps in den letzten Jahren immer mehr zu. Dabei kamen vor allem nationalistische Komponenten ins Spiel, die in Zusammenhang mit der Siedlerbewegung auf der Westbank standen und zur Gründung eines gesonderten Schulzweigs im Rahmen des "staatlich-religiösen" Schulsystems unter dem Namen "Noam" führten. Diese **"Noam-Schulen"**, die in den achtziger Jahren während der Amtszeit des als gemäßigt geltenden Erziehungsministers Sebulon Hammer (MAFDAL) eingerichtet wurden, gaben der Unterweisung in den religiösen Fächern noch mehr Gewicht und verfolgten damit nationalistische Interessen mit einer messianischen Interpretation.

Unerwähnt geblieben sind in dieser Aufstellung noch die **Jeschiwot** (Talmudschulen) und die **rabbinischen Ausbildungseinrichtungen**, in die während der Zeit der LIKUD-Regierung jährlich knapp 60% des Budgets des Religionsminsteriums flossen. Zusätzlich zu diesen umgerechnet ca. 70 Millionen DM kamen unter Jitzhaq Schamir noch die sogenannten "Koalitionsgelder", Finanzmittel, die nach Koalitionsabsprachen zusätzlich zugunsten der religiösen Bildungsbelange budgetiert wurden. Daß auch auf dem Gebiet der Talmudschulen die radikalorthodoxe Seite in den letzten Jahren überproportional gefördert wurde, hatte die paradoxe Konsequenz, daß die rabbinischen Institutionen des Staates die Rabbinatsgerichte (die für die Ehe- und Familiengesetzgebung zuständig sind), die Kaschruth-Überwachungsbehörden (die die Einhaltung der rituellen Speisevorschriften bei der Armee und in den öffentlichen Institutionen überwachen), das Armeerabbinat und auch die schulischen Einrichtungen des als religiös "gemäßigt" geltenden zionistischen MAFDAL-Typs heute immer mehr auf Absolventen dieser ursprünglich nichtzionistischen Rabbinerschulen zurückgreifen müssen. Immer mehr Ortsrabbiner und selbst manche Behörden des Oberrabbinats sind inzwischen von den radikal- oder ultraorthodoxen Kräften besetzt. Ihr Marsch durch die Institutionen des verachteten Staates hat einerseits eine gewisse Mäßigung und Anpassung an die säkular-zionistischen Bedingungen zur Folge, so daß es heute nicht mehr angebracht ist, diese Orthodoxie im gleichen Maße wie noch vor einigen Jahrzehnten für "antizionistisch" zu erklären. Andererseits tragen sie jedoch ihre Radikalität in den Staat und seine Institutionen hinein und beginnen so, den Zionismus von innen heraus zu verändern.



Am äußersten rechten Rand des pädagogischen Spektrums finden sich die **Institutionen der Neturei Karta** ("Wächter der Stadt"), die Chassidim des Rabbi von Satmar, die den israelischen Staat grundsätzlich ablehnen, weil sie jede jüdische Staatlichkeit vor dem Kommen des Messias für eine Gotteslästerung halten. Da sie nicht einmal einen Dispens vom Erziehungsministerium akzeptieren, jede Kooperation mit dem israelischen Staat ablehnen und auch kein "zionistisches" Geld annehmen, tauchen die Neturei Karta in keiner amtlichen israelischen Statistik auf. Ihre Schulen werden von privaten Spendern aus dem Ausland unterstützt.

Alle nichtorthodoxen jüdischen Richtungen wie das Reformjudentum, das sich in Israel "Progressives Judentum" nennt, sind in diesem Kampf um das Schulwesen von vornherein diskriminiert und hoffnungslos unterlegen.



Matthias Morgenstern

Quellen:
Matthias Morgenstern: Der Kampf um das Schulwesen, in: Ders. (Hrsg.): Kampf um den Staat, DIAK-Schriftenreihe Band 18, Frankfurt 1990 mit weiteren Literaturangaben. Ferner:
Abirma Golan: Schass zieht den litauischen Mantel aus, in: HaAretz vom 28.8.1992.
Ran Kislew: Mit einer Kippa in der Tasche, in: HaAretz vom 2.10.1992. Presseberichte von Schachar Ilan in HaAretz vom 6.10. und 11.10.1992.

Frauen in Israel

Ein soziologischer Überblick

Die israelische Soziologin Dafna Izraeli präsentiert in folgendem Beitrag * einen Überblick über die Situation der Frauen in den wichtigsten Bereichen der israelischen Gesellschaft - Wirtschaft, Politik, Militär, Familie usw. Sie stützt sich dabei auf aktuelle soziologische Untersuchungen zu den einzelnen Themen.
Bei der Lektüre dürfte so manchen von unseren LeserInnen bewußt werden, wieviele Klischees über die Situation der Frau in Israel sie bislang im Kopf trugen. Da ist z.B. die israelische Soldatin, die hierzulande als Symbol für die Gleichstellung der Frau in Israel gilt. Unsere Autorin zeigt, daß Frauen in der israelischen Armee eine Sonderrolle spielen, die in nichts der Rolle des männlichen Helden gleicht. Im Gegenteil: gerade im Militär werden Geschlechterrollen konserviert.



Frauen in der israelischen Armee: Symbol für die Gleichstellung der Frau

Die israelische Gesellschaft ist in vielerlei Hinsicht sehr widersprüchlich. Sie ist einerseits eine Industriegesellschaft, in der 90% der Bevölkerung in städtischen Regionen leben; sie ist aber - was Struktur und Bedeutung der Familie anbelangt - gleichzeitig auch sehr traditionell. Israel ist ein Wohlfahrtsstaat, dessen institutionelle Infrastruktur aus den sozialistisch-egalitären Idealen der frühen Pioniere hervorgegangen ist. Infolge der Zuwanderung von ImmigrantInnen aus den patriarchalen Kulturen und unterentwickelten Ökonomien des Nahen Ostens bzw. Nordafrikas wuchs die israelische Bevölkerung um mehr als das Doppelte. Heute koexistieren humanistische und religiöse Ideologien innerhalb eines 'dualen' gesetzlichen Rahmens, der sowohl säkularen als auch klerikalen Interessengruppen Mitwirkungsmöglichkeiten einräumt. Im Gegensatz zum Humanismus, der egalitäre Beziehungen zwischen den Geschlechtern anstrebt, schreibt die Religion Männern und Frauen unterschiedliche Rechte und unterschiedliche Aufgaben zu. Während die weltliche Gesetzgebung auf der Gleichheit von Mann und Frau beruht, zwingt das religiöse Recht Männern und Frauen einen unterschiedlichen Status auf. (...)

Die Bedeutung der Familie in der israelischen Gesellschaft

Der Familie kommt in der israelischen Gesellschaft eine sehr bedeutende Rolle zu. Im Vergleich zu den meisten anderen westlichen Ländern liegen die Heirats- und Fruchtbarkeitsraten hoch, die Scheidungsraten und die Rate unehelicher Kinder niedrig. Israelische Muslime sind noch stärker familienorientiert als jüdische Israelis, ihre Fruchtbarkeitsrate ist höher, ihre Scheidungsrate niedriger. Während eine jüdische Frau im Durchschnitt 2,78 Kinder erwarten kann, liegt der Wert für muslimische Frauen bei 4,63 Kindern. (EG-Durchschnitt = 1,61) Die Geburtenrate bei jüdischen Frauen aus muslimischen Ländern ist im Verlauf der Jahrzehnte merklich gesunken,und es gibt keine ethnisch bedingten Differenzen in der Geburtenrate mehr.

Die hohe Bedeutung, die die jüdische Bevölkerung der Familie zumißt, wird auf den kombinierten Einfluß mehrerer Faktoren zurückgeführt: auf die jüdische Religion; auf den Einfluß traditionaler Kulturen; auf den Wunsch europäischer Flüchtlinge, nach dem Holocaust neue Familien zu gründen; und nicht zuletzt auf die anhaltenden militärischen Spannungen, die das persönliche Sicherheitsbedürfnis erhöhen und die Familienbande enger werden lassen. Hinzu kommt, daß die andauernden Feindseligkeiten zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn Frauen zur Aufrechterhaltung der traditionellen Familienstrukturen zwingen, sei es, weil die Familie als Ort der Zuflucht



Ob Rabbi oder Kommunist - Israels Knesset-Abgeordnete sind männlich

dient, oder als Dank und Anerkennung für den von Männern erbrachten Schutz.

Obwohl Männer wie Frauen dem Familienleben große Bedeutung beimessen, sind es größtenteils die Frauen, die für die Versorgung der Kinder und des Haushalts verantwortlich sind. Frauen widmen diesen Aufgaben zweimal soviel Zeit wie Männer, unabhängig davon, ob sie einer Beschäftigung außer Haus nachgehen. Ist das Einkommen der Ehefrau jedoch gleich hoch oder höher wie das des Mannes, wird die Hausarbeit gleichmäßiger verteilt, und beide tendieren dazu, dem beruflichen Erfolg ihres Gatten/ ihrer Gattin genausoviel Bedeutung beizumessen, wie dem eigenen. (...)

Für Frauen spielt die Familie ihr ganzes Leben lang eine zentrale Rolle, und auch in späteren Phasen des Familienzyklus' werden von Frauen Aufgaben erwartet, die nicht unbedingt weniger Engagement fordern. So kann die Elternschaft beispielsweise sehr viel anstrengender werden, wenn die Söhne oder Töchter zum Militärdienst eingezogen werden. Zumal die Eltern von der Armee aufgefordert werden, ihre Kinder in diesem Lebensabschnitt aktiv zu unterstützen, d.h. an öffentlichen Veranstaltungen der Armee teilzunehmen und ihre Kinder während der Wochenenden oder des Heimaturlaubs mit besonderer Hingabe aufzupäppeln. (...)

Aufgrund der Bedeutung, die der Familie für die Organisation des sozialen Lebens zukommt, sehen sich Frauen und Männer, die nicht in regulären familiären Verhältnissen leben, speziellen Problemen ausgesetzt. Frauen sind von diesen Problemen jedoch stärker betroffen.

Ganz allgemein wird davon ausgegangen, daß die Familie - bestehend aus Vater, Mutter und Kindern - die Norm darstellt. Alleinerziehende machen nur 5% aller Haushalte aus, sind in der Regel alleinerziehend weil verwitwet oder geschieden und haben damit - genauso, wie ihre Kinder - einen erheblichen sozialen und ökonomischen Statusverlust hinnehmen müssen. Selbst Kriegswitwen, denen die israelische Gesellschaft einen speziellen Status sowie finanzielle Zuwendungen gewährt, gelingt es trotz wiedererlangter beruflicher Eigenständigkeit nicht, diesem Ansehensverlust entgegenzuwirken. Wenn der Ehemann stirbt, finden sich die Hinterbliebenen immer am Rand des sozialen Umfelds wieder, dem sie bis dato angehört hatten.

Geschiedene haben darüber hinaus spezielle Probleme zu bewältigen: Männer müssen sich der Kinderziehung widmen; Frauen haben mit sinkenden Einkommen zu kämpfen und haben es schwer, neue soziale Beziehungen - vor allem mit Männern - herzustellen, weil sie als Mütter einem erhöhten gesellschaftlichen Erwartungsdruck und einer stärkeren sozialen Kontrolle ausgesetzt sind. Der Druck auf Männer bezüglich der Erfüllung ihrer Vaterrolle hingegen ist wesentlich geringer.

Frauen in der Wirtschaft

Verglichen mit den meisten anderen westlichen Demokratien ist die israelische Wirtschaft eine hochgradig zentralisierte, staatlich regulierte kapitalistische Ökonomie, deren Ressourcen sich die Regierung, die Histadrut (= Vereinigung der Gewerkschaften) und der private (kapitalistische) Sektor teilen. (...)

Der Ausschluß der Frauen aus den Machtzentren aller ökonomischen Sektoren wurde bereits in den frühen Jahren des Jishuv (das vorstaatliche Israel mit seinen Institutionen; wörtl.: Staat im werden) durchgesetzt. Während der zweiten aliya (Einwanderungswelle; wörtl.: Aufstieg nach Zion), selbst noch vor Beginn des Zweiten Weltkriegs, hatten die Frauen gegen ihren Ausschluß aus allen politisch bedeutenden wirtschaftlichen Funktionen protestiert. In der ersten Phase der feministischen Bewegung (1911 - 1927) ging es um das Recht, bei der Landerschließung die gleichen Aufgaben übernehmen zu können wie die Männer. Dieser Bewegung gelang es zwar, Frauen das Recht auf Arbeit zu garantieren; es gelang ihr jedoch nicht, ihnen einen Platz in den Entscheidungsgremien jener ökonomischen Institutionen zu verschaffen, die bereits vor der Staatsgründung ins Leben gerufen wurden. So bleibt Frauen der Zugang zu einflußreicheren Positionen in sämtlichen wirtschaftspolitischen Institutionen - sei es nun die von der Arbeiterpartei dominierte Histadrut oder von der Regierung kontrollierte Institutionen, die zusammen mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen beschäftigen - versperrt.

Die Regierungsübernahme durch den rechtsgerichteten Likud brachte darüber hinaus eine Wiederbelebung des Patronage-Systems mit sich, da die neuen Machthaber zum einen verdiente Mitglieder der Partei belohnen und sich zum anderen die Kontrolle über die Zentren der wirtschaftlichen Macht sichern wollten. Infolgedessen verringerten sich für Frauen nicht nur die Zugangsmöglichkeiten zu hoch dotierten Positionen, sondern auch die Chancen, bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen mitzuwirken.

Die weiblichen Abgeordneten der Knesset, fast alle Vertreterinnen linker Parteien, hatten bedeutenden Einfluß auf das Zustandekommen sozialpolitischer Maßnahmen, die Frauen dazu ermunterten, Familie und Arbeit miteinander zu verbinden. Gesetzlich festgeschrieben sind 12 Wochen bezahlter Mutterschaftsurlaub sowie Kündigungsschutz für Schwangere und Mütter von Neugeborenen. Andererseits reduziert die Sozialpolitik die der Familie entstehenden 'Kosten' weiblicher Berufstätigkeit dahingehend, daß Frauen entweder zur Teilzeitarbeit oder zu einer Betätigung in Arbeitsmarktsegmenten ermuntert werden, die sich durch relativ kurze Arbeitszeiten auszeichnen. Anstatt also Chancengleichheit durchzusetzen, läuft die aktuelle Sozialpolitik darauf hinaus, ein System zu stärken, das den Großteil weiblicher Lohnarbeit unsichtbar macht - und auf dem 'mommy track' verschwinden läßt. Die Position der Frauen innerhalb der Beschäftigungsstruktur ist paradox, arbeiten sie doch meist in Berufen mit relativ hohem Ansehen, bekommen dabei aber vergleichsweise niedrige Löhne und stoßen nur selten in hochdotierte und prestigeträchtige Bereiche vor.

Frauenanteil an den Erwerbstätigen

Infolge der in den 1950er Jahren einsetzenden Migrationsbewegungen aus den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas

sank die Erwerbsquote der Frauen im Vergleich zum Zeitraum vor der Staatsgründung, stieg aber im Verlauf der 1960er mit zunehmender Absorption immigrierter Arbeitskräfte wieder langsam an. Zwischen 1969 und 1989 stieg der Anteil erwerbstätiger Frauen von 27% auf 41%; unter den jüdischen Frauen sogar auf 45%, währen er bei den nichtjüdischen Frauen im selben Zeitraum von 7% auf 12% anstieg. Der Erwerbstätigenanteil der Frauen stieg in den 1970ern vor allem deshalb so stark, weil der Dienstleistungsbereich im öffentlichen und privaten Sektor stark expandierte und die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften wuchs, während männliche Arbeitskraft wegen des wachsenden Bedarfs der Armee und steigenden Studentenzahlen immer knapper wurde. Die starke Nachfrage nach Arbeitskräften ermöglichte in dieser Zeit sogar Frauen zwischen 40 und 50, die bis dahin als zu alt galten, die Rückkehr in das Arbeitsleben. (...)

Zwei demographische Trends deuten auf die zunehmende und sich stabilisierende Frauenerwerbsrate hin. Dies ist zum einen der Umstand, daß das Durchschnittsalter der Altersgruppen mit der höchsten Frauenerwerbsrate beständig steigt; zum anderen die Tatsache, daß der Anteil der verheirateten Frauen - insbesondere jener mit Kindern zwischen 2 und 4 Jahren - wächst. Heute stehen 62% aller weiblichen Nicht-Singles mit Kindern im Alter zwischen zwei und vier Jahren im Berufsleben; für Frauen mit Hochschulausbildung liegt der entsprechende Wert bei 78%. Während insgesamt immer mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt drängen, ist der Anteil derjenigen, die in Teilzeitjobs mit weniger als 35 Stunden pro Woche beschäftigt sind, gestiegen, wobei der Anteil weiblicher Vollzeitbeschäftigter zwischen 1976 und 1988 von 69% auf 61% sank. Diese Entwicklung spiegelt sowohl das immer knapper werdende Angebot an Vollzeitarbeitsplätzen wider, zum anderen aber auch den Umstand, daß verheirateten Frauen Teilzeitarbeitsverhältnisse in der Regel gelegen kommen. Diese Teilzeitjobs haben zumindest kurzfristig keine negativen Auswirkungen für die Frauen, wobei es allerdings wichtig ist, darauf hinzuweisen, daß sie zwar Kündigungsschutz genießen, dafür aber nur auf den proportionalen Anteil der Sozialleistungen Anspruch haben. (...)

Erwerbstätigkeit von Frauen und die Gesetzgebung

Das Gesetz zur Gleichberechtigung in Arbeitsverhältnissen wurde 1981 beschlossen und 1988 zu einem Gleichberechtigungsgesetz erweitert, das Diskriminierungen aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit oder des Familienstandes - etwa bei Stellenanzeigen, Einstellungen, Fortbildung, Förderung oder Entlassungen - untersagte. Weiterhin definierte es sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz als Diskriminierung und erlegte in bestimmten Fällen dem Arbeitgeber die Beweislast auf. Allerdings zwingt das Gesetz Arbeitgeber nicht dazu, aktive Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern zu ergreifen. Nicht zuletzt deshalb ist es äußerst unwahrscheinlich, daß die vorherrschenden Muster geschlechtsspezifischer Segregation - wie etwa spezielle Formen der Arbeitskraftrekrutierung, der Arbeitsplatzallokation oder der Beförderung - aufgrund dieses Gesetzes beseitigt werden.

Während der 1980er kämpfte die Frauenbewegung innerhalb wie außerhalb der Knesset für die Abschaffung frauenspezifischer Schutzbestimmungen, deren Festschreibung noch 25 Jahre früher als bedeutender Erfolg betrachtet wurde. An den Formulierungen der neuen Gesetzesvorschläge wird jedoch deutlich, daß sich die Frauenbewegung eher von einem pragmatischen als von einem prinzipiellen Standpunkt aus mit dieser Frage auseinandersetzt. So wurde zwar das Nachtarbeitsverbot für Frauen - das in der Regel sowieso nicht befolgt wurde - aufgehoben, gleichzeitig steht es den Frauen aber offen, Nachtarbeit abzulehnen. Ähnlich verhält es sich mit der Gesetzesreform zur Festsetzung des Rentenalters, die zwar eine Erhöhung von 60 auf 65 Jahre und damit eine Angleichung an das der Männer mit sich brachte, Frauen aber die Möglichkeit einräumt, nach betrieblicher Absprache bereits mit 60 in Rente zu gehen.

Manche Sozialleistungen, die bisher ausschließlich Müttern vorbehalten blieben, gelten nun für beide Elternteile - so etwa die Möglichkeit, nach der Geburt oder Adoption eines Kindes für ein Jahr unbezahlt frei zu nehmen, oder das Recht auf Zahlung einer Abfindung, wenn sich ein Elternteil innerhalb von neun Monaten nach der Geburt bzw. Adoption dazu entschließt, um des Kindes Willen seinen/ihren Job aufzugeben. Nur Frauen allerdings haben direkt nach der Geburt ein Recht auf 12-wöchigen Mutterschaftsurlaub mit 75%iger Lohnfortzahlung - Männer hingegen, die von der Armee zu Reserveübungen eingezogen werden, erhalten für die Dauer der Übung 100% ihres Gehaltes.

Weder die Gerichte noch die Gewerkschaften haben sich bisher durch besonderes Engagement gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung hervorgetan. Seit dem Erlaß des Gesetzes über gleiche Löhne für Männer und Frauen sind von Seiten weiblicher Beschäftigter nicht einmal ein Dutzend Klagen eingereicht worden; und obwohl Grund genug bestanden hätte, erhielten die Klägerinnen von den Arbeiterkomitees keine Unterstützung, sondern wurden von ihnen häufig genug sogar behindert. Darüber hinaus schöpfen die Rechtsbehörden die gesetzlichen Sanktionsmöglichkeiten nicht aus. Aus der Sicht der Klägerinnen jedenfalls ist der Rechtsweg eher abschreckend denn hilfreich. Eine Klage ist beschwerlich, teuer, kostet Zeit und bedeutet oft genug nicht nur mehr Stress mit dem Arbeitgeber und Vorwürfe von Seiten der Gewerkschaften, sondern stößt auch auf Unverständnis im Kreise der Kollegen.

Die Kombination von Arbeit und Familie

Trotz der gesellschaftlichen Anforderungen, die aus der großen Bedeutung der Familie resultieren, sehen sich nur die wenigsten verheirateten und berufstätigen Frauen besonders ausgeprägten Rollenkonflikten ausgesetzt. Im Durchschnitt fühlen sich erwerbstätige Frauen in ihrer Ehe wohler, als vergleichbare nicht-erwerbstätige. Dies gilt insbesondere für höher qualifizierte Berufstätige. Über Frauen aus der Arbeiterklasse und Arme existieren keine Untersuchungen. (...)

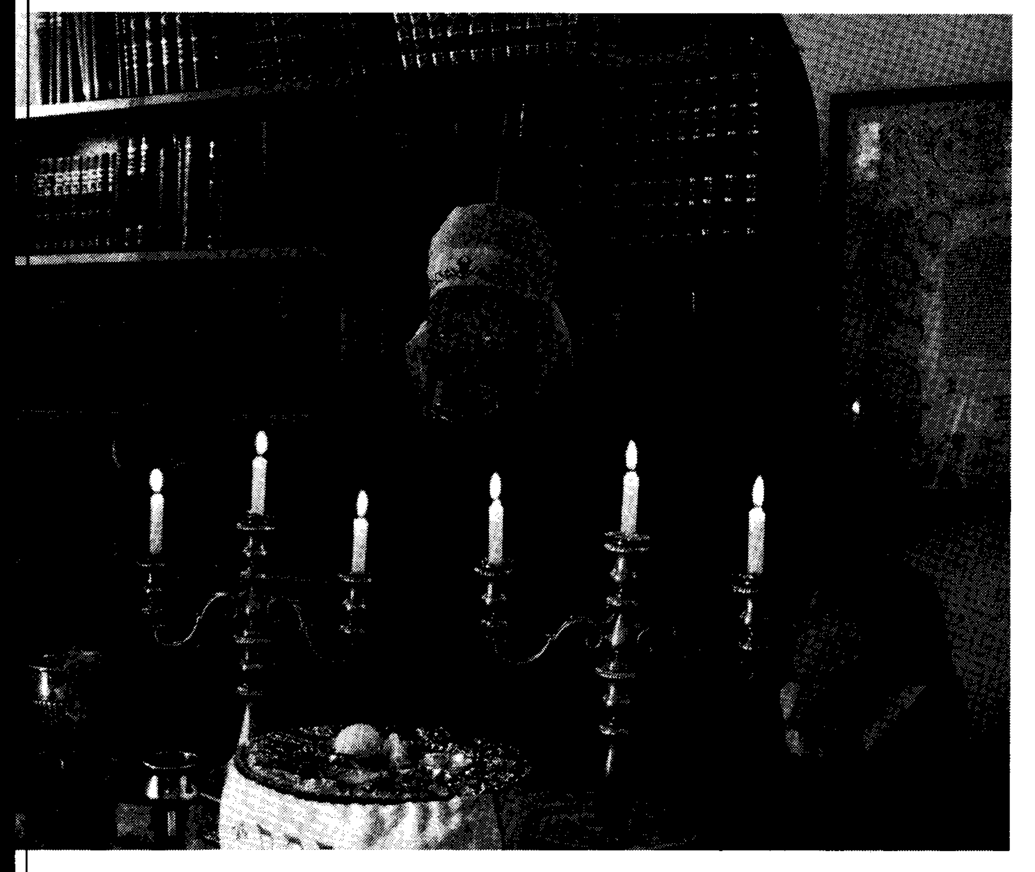


Religiöse Zeremonie in der Familie: Das Pesah-Mahl

Kulturell wie institutionell unterstützt die israelische Gesellschaft die Erwerbstätigkeit von Müttern so lange, wie diese ihrer Familie den Vorrang geben. Kinder werden eher als Segen denn als Last begriffen, eher als Ergänzung des Berufs denn als Hindernis. Schwierigkeiten, die notwendig dann entstehen, wenn Familie und Arbeit miteinander in Einklang gebracht werden müssen, wird in der Regel pragmatisch begegnet, oft mit Unterstützung öffentlicher und privater Ein-

richtungen. Entstandene Kosten werden in Relation zum Familieneinkommen berechnet. (...)

Versorgungseinrichtungen wie Kindergärten oder Vorschulen werden im allgemeinen akzeptiert, und man geht in der Regel davon aus, daß solche Einrichtungen der intellektuellen, emotionalen und sozialen Entwicklung von Kindern eher förderlich sind. Diese Art common sense unterstützt erwerbstätige Mütter dahingehend, daß sie `Heim und Kind' mit einem besseren Gewissen verlassen können. So kommt es, daß die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die damit verbundenen Praktiken der Diskriminierung einerseits durch die zahlreichen familiengerechten Arbeitsplätze reproduziert werden, daß andererseits aber dieselben Arbeitsplätze gerne von erwerbstätigen Frauen in Anspruch genommen werden.



Frauen im Militär

Israelische Frauen nehmen auch im Militärdienst eine Sonderrolle ein. Wie die erwerbstätige Mutter, so gilt auch die Soldatin als ein attraktives Symbol für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Trotzdem aber ist die Frau in Uniform, genauso wie ihre berufstätige Kollegin, zuallererst und vor allem anderen eine Frau. Und genauso, wie arbeitende Mütter in den Familien völlig andere Rollen spielen als arbeitende Väter, so haben die Frauen beim Militär völlig andere Aufgaben als die Männer.

In einem Land, das sich im Belagerungszustand befindet, kommt dem Militär eine zentrale Rolle für die Formierung von Eliten zu, und es ist nach wie vor das Militär, aus dem sich der Großteil der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger rekrutiert. Darüber hinaus dient es als Bildungs- und Sozialisationsinstanz und spielt für die Entwicklung persönlicher wie nationaler Identität eine wichtige Rolle.

Das Militär ist eine Institution, die Geschlechtsrollen stark betont. Leistung und Heldentum werden mit Männlichkeit assoziiert, und weibliche Militärkarrieren unterscheiden sich - mit weitreichenden Folgen für den gesellschaftlichen Status der Frau - deutlich von männlichen Karrieren. (...)

Israel war der erste und ist immer noch einer der wenigen Staaten, in denen der Militärdienst für (jüdische) Frauen und Männer verpflichtend ist. 1951 wies Ben Gurion der Knesset darauf hin, daß Frauen in zweierlei Hinsicht wichtige Aufgaben für den Staat zu leisten hätten. Zum einen als Mitglieder der Streitkräfte, zum anderen, und vor allem, jedoch als Mütter: "Wenn man die Rolle der Frau diskutiert, müssen zwei Faktoren in Betracht gezogen werden. Zuerst einmal haben Frauen eine spezielle Mission als Mütter ... Aber eine Frau ist nicht nur Mutter, sondern eine eigenständige, dem Mann an Rechten gleiche Persönlichkeit. Als solcher sollten ihr die gleichen Rechte und Pflichten zuteil werden, wie dem Mann. ... Wir haben nicht die Absicht, Frauen zur kämpfenden Truppe einzuziehen, obwohl natürlich niemand sicher sein kann, daß wir im Falle eines lebensbedrohlichen Angriffs nicht auf die Dienste eines jeden Mannes und einer jeden Frau zurückgreifen werden. Aber das Gesetz, um das es hier geht, soll das Verfahren in Friedenszeiten regeln, und wir wollen Frauen nur die grundlegendste militärische Ausbildung gewähren."

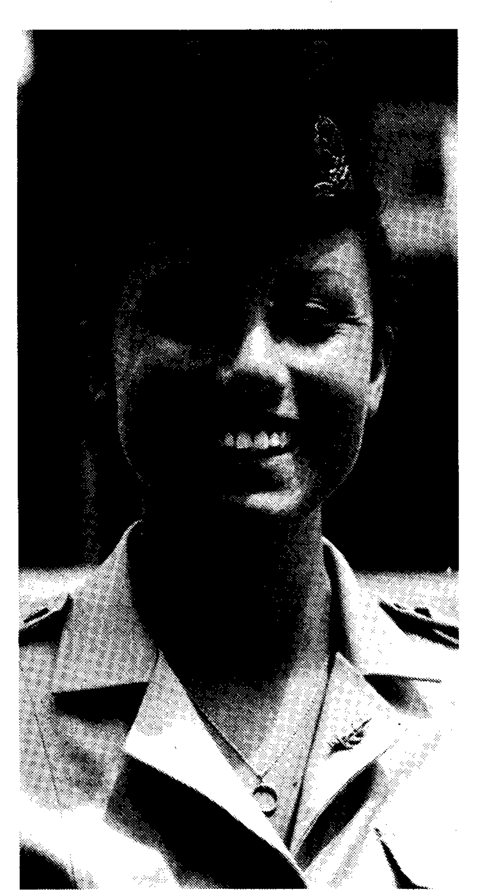
Per Gesetz wurden Heirat, Mutterschaft und Schwangerschaft als Kriterien festgelegt, die automatisch den Ausschluß aus der Einberufung bewirkten. Ferner war es Frauen erlaubt, sich aus religiösen Gründen der Wehrpflicht zu entziehen. 1953 verabschiedete die Knesset zwar ein Gesetz, das Frauen, die ihrer Wehrpflicht nicht nachkamen, einen zweijährigen zivilen Zwangsdienst auferlegt. Dieses Gesetz wurde allerdings niemals umgesetzt.

1990 wurden 68% aller Frauen über 18 Jahren einberufen, 1977 waren es lediglich 56%. Dieser Zuwachs war zuallererst ein Ergebnis der reduzierten sozialen, ökonomischen und Bildungsanforderungen. Auf die ethnische Mobilität hatte dieser rekrutierungspolitische Wandel durchaus positive Auswirkungen, da 80% der bis dato aufgrund ihres unzureichenden `Sozialprofils' Ausgemusterten entweder nordafrikanischer Herkunft waren, oder aus dem Nahen Osten stammten. Diese jungen Frauen haben während des Wehrdienstes die Möglichkeit, sowohl ihre berufliche Qualifikation als auch ihr Selbstwertgefühl zu entwickeln.

Die Rolle der Frauen in den Streitkräften

Im Verlauf der ersten 20 Jahre nach der Unabhängigkeit wurden die unterschiedlichen Aufgabenfelder innerhalb des Militärs in zunehmendem Maße nach geschlechtsspezifischen Kriterien verteilt, und Frauen sahen sich in ihren Wahlmöglichkeiten wachsenden Restriktionen ausgesetzt. Die meisten von ihnen waren daher mit Büro- oder Verwaltungsaufgaben beschäftigt.

Nach dem Krieg von 1967, als für die Verteidigung der eroberten Territorien neue Einheiten aufgestellt wurden, wurden die potentiell zur Verfügung stehenden Menschen (d.h. Männer) knapp. Das hatte zur Folge, daß nun Frauen in die Bereiche vordrangen, die bis dahin den Männern vorbehalten waren, um dort Kräfte für die kämpfenden Einheiten freizusetzen. Die kritische Selbstbetrachtung, die dem Yom-Kippur-Krieg von 1973 folgte, veranlaßte die Militärs, ihre bisherige Position zum Thema `Frau und Militär' zu überdenken. Es war aber vor allem der Einsatz neuer Technolo-



Polizistin in Jerusalem

gien und der daran gekoppelte wachsende Bedarf an qualifizierten Soldaten, der den gebildeteren Frauen neue Betätigungsfelder innerhalb des Militärs eröffnete. (...) 1981 erließ der Generalstab Order, Frauen alle Betätigungsfelder zu öffnen. Allein kämpfende Einheiten sollten versperrt bleiben. Seitdem haben sich die Einsatzmöglichkeiten eher noch verbreitert. Daß dies nun so ist, hat allerdings nichts damit zu tun, daß die Militärs sich zur Gleichberechtigung bekennen, sondern entspringt lediglich der Notwendigkeit.(...)

Trotzdem stehen der Gleichberechtigung innerhalb des Militärs nach wie vor eine Reihe von Hindernissen im Wege. Dazu gehören u.a. der Ausschluß aus direkten Kampfhandlungen, die kürzere Dienstzeit (Männer müssen drei Jahre, Frauen zwei Jahre dienen), sowie die automatische Entlassung bei Heirat und die allgemeine Befreiung von der Reserve.

Bei den Streitkräften stellen Frauen ca. 13% der Offiziere. Diese arbeiten mehrheitlich in Frauenverbänden oder in den Bereichen Personal, Gesundheit, Bildung oder Wohlfahrt. Die Karriereaussichten von Frauen werden vor allem durch ihren Ausschluß aus kämpfenden Verbänden sowie ihre Befreiung von der Reserve gebremst. Allerdings hat sich dagegen nie ernsthafter Widerstand geregt. Im Unterschied zu den Männern sind nur wenige Frauen in militärische Ränge befördert worden, die sie im Verlauf der normalen Dienstlaufbahn nicht auch hätten erreichen können. Frauen verfügen daher über wesentlich geringere Möglichkeiten, ihr Engagement sichtbar zu machen und haben deshalb kaum eine Chance, in den Kreis der Altgedienten vorzudringen, was sich wiederum negativ auf ihre militärische bzw. ihre spätere zivile Karriere auswirkt.

Die Forschung hat ergeben, daß gediente Frauen gegenüber anderen erhebliche Vorteile haben, beispielsweise weil sie mehr von sich überzeugt und erfolgsorientierter sind. Die Erfahrungen, die Frauen beim Militär machen, haben allerdings auch ihre Schattenseiten. So verstärkt und verbreitet etwa die im Militär dominierende Macho-Kultur den Mythos von der männlichen Überlegenheit und der weiblichen Abhängigkeit, und häufig führen die Formen der Interaktion zwischen Männern und Frauen dazu, daß sich geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, Abhängigkeiten und Machtstrukturen reproduzieren. In diesem Sinne trägt der Militärdienst der Frauen zur Perpetuierung geschlechtsspezifischer Diskriminierung bei.

Politik

Während Frauen in Protestbewegungen und sozialen Bewegungen durchaus präsent sind, ist ihr Anteil in den Regierungsorganen verschwindend gering. Auf nationaler Ebene fiel der Frauenanteil in der 12. Knesset mit 5,8% auf ein Rekordtief, nachdem er zwischen 1949 und 1958 einen Spitzenwert von 9,2% erreicht hatte. Und obwohl der Frauenanteil in lokalen Gebietskörperschaften steigt, liegt er immer noch unter 10%. Es hat sich zwar in anderen Ländern gezeigt, daß das Proportionalwahlrecht zu einem höheren Frauenanteil in repräsentativen Funktionen führt; es scheint aber nicht auszureichen, um andere negative Faktoren zu kompensieren. Zum Beispiel hängt die Karriere in politischen Parteien immer noch sehr stark davon ab, daß man zu einem frühen Zeitpunkt mit politischer Arbeit begonnen hat und daß man kontinuierlich dabei geblieben ist. Beides - der frühe Beginn und die geforderte Kontinuität - trifft für Frauen in der Regel nicht zu.

Die andere Möglichkeit besteht darin, gleich aus vorderster Reihe zu starten und wird meist von (männlichen) Generälen a.D. genutzt, die Dank ihrer militärischen Karriere hervorragende Ausgangsbedingungen für eine politische haben. Frauen, die das Karrieretreppchen selten soweit hinaufpurzeln wie ihre männlichen Kollegen, haben diese Chance in aller Regel nicht. Ihre einzige Profilierungsmöglichkeit bleibt nach wie vor ihre Arbeit in der Frauenbewegung. Hinzu kommt, daß die jüngsten `Demokratisierungstendenzen' in den großen Parteien die Wahrscheinlichkeit der Nominierung von Frauen reduzieren, weil die KnessetkandidatInnen nun nicht mehr von sogenannten Nominierungskomitees aufgestellt, sondern auf Parteitagen gewählt werden. Zumal die Frauen sich durch den niedrigen Frauenanteil in den Parteigremien, die mangelhaften Verfügungskompetenzen über bestehende Ressourcen sowie die im allgemeinen relativ kurzen politischen Laufbahnen in verstärktem Maße dem Problem ihrer Unsichtbarkeit ausgesetzt sehen. (...)

Die normativen Elemente, die sich der politischen Karriere von Frauen in den Weg stellen, gehen einher mit der reduzierten Wahrnehmung derjenigen Faktoren, die ein echtes soziales Gefälle zwischen den Geschlechtern verursachen. So kommt es, daß die israelische Gesellschaft zwar sehr sensibel auf ethnisch oder ökonomisch zu definierende Disparitäten reagiert und diese auch zu beheben versucht - die Geschlechtszugehörigkeit als Basis der Gruppenformierung und Interessenartikulation jedoch ignoriert. Als Ergebnis läßt sich daher feststellen, daß sich das ethnische Gefälle in der politischen Arena zwar verringert, das geschlechtsspezifische hingegen wächst. (...)

Trotz der kleinen Zahl der in der Knesset vertretenen Frauen sind in vielen Bereichen Entscheidungen getroffen worden, die im Interesse der Frauen sind. Sie resultieren allerdings oft aus Kompromissen mit anderen, einflußreicheren Gruppierungen, und stellen vielfach keine zufriedenstellenden Lösungen dar. So zum Beispiel 1979 bei der Auseinandersetzung um den Artikel 5 des Abtreibungsgesetzes, der es Frauen bis dahin erlaubte, aus emotionalen oder sozialen Gründen abzutreiben: einerseits wurde die Klausel abgelehnt, um den religiösen Parteien, die seit 1977 zur Regierungskoalition gehörten, ein Zugeständnis zu machen; andererseits aber wurde eine Möglichkeit gefunden, unter Bezugnahme auf andere Abschnitte des Gesetzes eine Regelung festzuschreiben, die am materiellen Gehalt der alten nichts änderte. (...)

Weiterhin sind den Frauen eine Reihe von Gesetzen auch indirekt zugute gekommen. So wurde zum Beispiel 1991 ein Gesetz zur Verlängerung des Schultages verabschiedet, um benachteiligten Jugendlichen bessere Bildungschancen und unterprivilegierten Sektoren bessere Entwicklungsmöglichkeiten einzuräumen. Als unbeabsichtigte Nebenwirkung muß daher die Tatsache betrachtet werden, daß sich durch diese Gesetzesnovelle vor allem auch die Situation berufstätiger Mütter verbesserte. (...)

`Gleichberechtigung' und die Formierung der Sozialpolitik

Daß das Geschlechterverhältnis in Israel, aber auch in Ländern wie Großbritannien, Norwegen oder Schweden als gleichberechtigt wahrgenommen wird, ist Resultat eines ideologischen Konstrukts, das eng mit dem Sozialstaatsgedanken zusammenhängt. Denn dem liegt die Annahme zugrunde, daß das Individuum nicht nur mit Bürgerrechten

ausgestattet ist, sondern auch mit sozialen Rechten, auf die es - unabhängig von seinem oder ihrem marktwirtschaftlichen Beitrag - einen Anspruch hat. Danach soll sich der Lebensstandard eines jeden Individuums nicht aus dessen Verwertungserfolgen im Rahmen eines auf Angebot und Nachfrage beruhenden `freien Spiels der Kräfte' ergeben, sondern durch öffentliche Einrichtungen innerhalb eines normativen, auf gegenseitiger Verantwortung basierenden Rahmens gewährleistet werden. (...)

Erst in der zweiten Phase der feministischen Bewegung, die in den 1970ern begann, wurde der Mythos der Gleichberechtigung hinterfragt. Es gelang dieser Bewegung zwar nicht, eine breite Unterstützung zu mobilisieren - aber sie konnte ihre Positionen in der Knesset (1973-77) öffentlichkeitswirksam präsentieren. Die großen Frauenorganisationen, die bereits seit der Zeit vor der Staatsgründung bestehen und von denen manche innerhalb politischer Parteien arbeiten, hatten seit jeher einen eher pragmatischen denn prinzipiell feministischen Ansatz verfolgt. Anstatt militant und kontrovers Stellung zu beziehen, engagierten sie sich für eine bessere soziale Absicherung der Frauen und eine Verbesserung der öffentlichen Kinderbetreuung. Mit der Verbreitung feministischer Ideen und der Formulierung neuer Themen, wie etwa Gewalt gegen Frauen, erweiterten diese Organisationen allerdings ihr Repertoire und machten sich so einige der neuen feministischen Themen zu eigen.



Der Unabhängigkeitskrieg von 1948 machte aus Siedlerfrauen Soldatinnen

Weiterhin trug die Tatsache, daß Frauen während des Yom-Kippur-Krieges (1973) von sämtlichen bedeutenden Tätigkeitsfeldern ausgeschlossen waren, dazu bei, daß immer mehr den Mythos der Gleichberechtigung zu hinterfragen begannen. Und der Yom-Kippur-Krieg war nicht der erste, an dem Frauen nur geringfügig beteiligt waren. Im Gegensatz zum Sechs-Tage-Krieg (1967), der mit einem brillanten militärischen Erfolg endete und dem Machismo ungeheuren Auftrieb gab, zog sich der 1973er Krieg über Monate, weil das Militär auf dem falschen Fuß erwischt worden war. Die Verunsicherung, die diese Erfahrung in der israelischen Gesellschaft hinterließ, führte u.a. dazu, daß auch lang gehegte ideologische Standards - wie etwa der der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern - hinterfragt wurden. Und der Golfkrieg - in dessen Verlauf die Männer erstmals in der israelischen Geschichte gezwungen waren, einen Krieg nicht nur hinter verschlossenen Türen am Fernseher zu verfolgen, sondern auch noch alliierte Soldaten für sich kämpfen lassen zu müssen - hatte ähnlich niederschmetternde Auswirkungen auf den Machismo.

Die Aktivitäten im Rahmen der UN-Frauendekade und der Report der `Prime Minister's Commission on the status of women' (1978) dokumentierte nicht nur die Existenz geschlechtsspezifischer Disparitäten, sondern machte sie auch öffentlich. Seine volle Wirksamkeit konnte dieser Report allerdings nicht mehr erzielen, da sich die politischen Rahmenbedingungen 1977 durch die Wahl der ersten Rechts-Regierung sowie die anschließende Koalition von Likud und ultra-orthodoxen Splitterparteien drastisch verschlechterten.

Der Bedeutungsverlust, den egalitäre Prinzipien unter der neuen Regierung erfuhren, setzte sich auch innerhalb der Partei der Arbeit fort, die ihre Wahlniederlage auf die zunehmende Ablehnung `sozialistischer Ideologieelemente' zurückführte. Und zu denen zählte sie vor allem auch die Forderung nach Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Folglich ließ sie diese Elemente, so weit es ging, unter den Tisch fallen. Was insgesamt dazu führte, daß die Aufhebung geschlechtsspezifischer Diskriminierung über das gesamte Parteienspektrum hinweg kaum noch thematisiert, geschweige denn vorangetrieben wurde. Und obwohl es in der Öffentlichkeit wegen der mangelnden Repräsentation von Frauen des öfteren rumort, fehlt ihnen doch die politische Schlagkraft, um diesem Zustand Abhilfe zu schaffen.

Israel bleibt eine widersprüchliche Gesellschaft. Geschichtsmächtige Kräfte, die im allgemeinen mit Modernisierungsprozessen assoziiert werden und Frauen größere Autonomie und mehr Partizipationsmöglichkeiten einräumen, diese Kräfte entfalten sich zwar - geraten aber mit jenen in Konflikt, mit denen in aller Regel die Unterordnung der Frau assoziiert wird. In den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten kümmerten sich immer mehr Frauen um eine bessere Ausbildung, wurden immer mehr Frauen berufstätig und maßen ihrer Arbeit in Relation zur Familie eine immer größere Bedeutung bei. Als Reaktion auf den politischen Druck der Frauenorganisationen rückte die öffentliche Politik von ihrer paternalistischen Position ab, und verlegte sich stattdessen auf die Befürwortung von Maßnahmen zur Gleichberechtigung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Feministischen Organisationen kam bei der Thematisierung der Gewalt gegen Frauen als sozialem Verhältnis eine Schlüsselrolle zu, und Frauen gelang es in zunehmendem Maße, innerhalb neuer politischer Bewegungen Fuß zu fassen. Gleichzeitig verstärkte der wachsende Einfluß konservativer und ultra-orthodoxer Gruppen sowie der zunehmende religiöse Fundamentalismus diejenigen Positionen, die einer Gleichberechtigung entgegenstehen. Andere Einflüsse, wie etwa die schrumpfende Wirtschaft, die steigende Arbeitslosigkeit, die Intifada, die Notwendigkeit, Mittel zur Aufnahme der ImmigrantInnen bereitzustellen sowie die zunehmende Fragmentierung der politischen Allianzen - dies alles ist zwar nicht direkt gegen Frauen gerichtet, läuft deren Zielen aber zuwider. So führten die jüngsten Entwicklungen zwar dazu, daß die Frauen sich ihrer Lage und ihres Anliegens bewußter wurden - damit einher ging jedoch die Errichtung neuer Hindernisse auf dem Weg zur Gleichberechtigung.

Dafna Izraeli und Yael Azmon
Übersetzung: Frank Sträter

*** Vorliegender Text ist die leicht gekürzte Übersetzung eines Beitrages von Dafna N. Izraeli (Soziologieprofessorin in Tel Aviv) und Yael Azmon , der unter dem Titel "Women in Israel: A Sociological Overview" im Rahmen einer Buchveröffentlichung Anfang kommenden Jahres erscheinen wird. Titel, Herausgeberinnen, Verlag: Women in Israel: Studies of Israeli Society volume 6, herausgegeben von Yael Azmon und Dafna N. Izraeli. Verlag: Transaction Publishers, New Brunswick, New Jersey, USA, Januar 1993. Copyright Transaction Publishers. Der Abdruck wurde von den Herausgeberinnen und Autorinnen sowie vom Verlag genehmigt.**

Auf die in den Text eingebauten Literaturhinweise und Verweise auf die anderen Kapitel des Buches haben wir verzichtet. Eine Kopie des englischen Originaltextes mit den Literaturangaben kann von LeserInnen, die sich nicht zum Kauf des Buches entschließen können, bei uns gegen Unkostenerstattung angefordert werden.

Roman zum Thema Araber in Israel

Emil Habibis 'Peptimist'



E. Habibi

Wenn ich morgens aufwache, danke ich Gott dafür, daß er mich nicht im Schlaf dahingerafft hat. Und wenn mich am Tag ein Mißgeschick ereilt, danke ich Gott dafür, daß mir nichts Schlimmeres zugestoßen ist. Was also bin ich, ein Pessimist oder ein Optimist?"

Said der Glücklose, der (Anti-) Held und Ich-Erzähler in Emil Habibis Roman, leibhaftige Antithese (Said = der Glückliche), hält es als Palästinenser nach 1948 in Israel aus, weil er einen vitalen Fatalismus ausgebildet hat: er ist Peptimist. Getreu dem Motto, alles könnte noch schlimmer sein, arrangiert er sich und läßt keine Gelegenheit aus, seine Staatstreue zu demonstrieren. Seinen Sohn schmückt er mit dem Namen Walaa, Loyalität. Und weil er, 'ergebenes Schaf', das er ist, sich zu Spitzeltätigkeiten für den israelischen Staat einspannen läßt, widerfahren ihm 'gar wundersame Dinge'. Von denen und anderen 'seltsamen Vorfällen' während der Jahre 1948 bis 1971 handelt sein Bericht, den er in Form dreier langer Briefe an einen fiktiven Adressaten, seinen 'Meister' (Habibi?) sendet.

Die Geschichte Saids führt den Leser mitten hinein in die Geschichte jener Palästinenser, die während der 'Ereignisse' von 1948 in Israel ausgeharrt haben und die schließlich zu israelischen Staatsbürgern wurden. Bis 1966 unterstanden ihre Gemeinden einer generellen Militärverwaltung, und das inmitten eines ansonsten längst zur Tagesordnung übergegangenen Staates.

" Damals kam man einfach in die Häuser, ... zu jedem beliebigen Zeitpunkt, um nach ...Infiltranten zu suchen. Wenn man welche fand, transportierte man sie mitten in der Nacht bis zum Grenzland von Dschenin und setzte sie .... ab." (S.93)

Obwohl Habibi seinem Ich-Erzähler Said Züge des begriffsstutzigen Naivlings verliehen hat, ist dessen Blick nicht selten von verblüffender Schonungslosigkeit und Klarheit. Oder gerade deswegen. Wo nämlich Said über die Schikanen der israelischen Verwaltung einfach nur aufrichtig sachlich berichtet wie über irgendwelche belanglosen Alltagsverrichtungen, tritt ihre Ungeheuerlichkeit besonders hervor. Zuweilen kippt seine naive Haltung, und sein Bericht erfährt eine klassisch satirische Wendung: Da ist zum Beispiel die Episode mit der Zwangsaufenthaltsverfügung, die Said erhält, nachdem er bei seinem Auftraggeber, dem Großen Mann, in Ungnade gefallen ist. "Er sandte seine Soldaten, die mich eines Mittags bei meinem Stand überraschten ... und mich beschuldigten, ich hätte der Zwangsaufenthaltsverfügung zuwidergehandelt, indem ich nach Schafa Amr gefahren sei, um Melonen einzukaufen. Dieser Akt bedrohe die Existenz des Staates. Denn wer heimlich Melonen transportiere, der transportiere auch heimlich Rettiche. Und Rettiche unterschieden sich von Handgranaten einzig durch die rote Farbe. Und rot sei, auf jeden Fall, nicht blau-weiß."(204)

Die Geschichte Saids ist ein Stück weit auch Habibis eigene Lebensgeschichte. Wie Said flüchtet der in Haifa aufgewachsene Habibi (geboren 1921 bei Nazareth) während der Kampfhandlungen 1948 in den Libanon, wie Said kehrt er noch rechtzeitig vor der Staatsgründung zurück und wird israelischer Staatsbürger. Während allerdings Said in dumpfer Anpassung mit dem israelischen Staat kollaboriert und sich als Spitzel auf die israelische Kommunistische Partei ansetzen läßt, war Habibi in eben dieser Partei ein Aktivist der ersten Stunde. 1944 tut er sich als Mitbegründer der kommunistischen Zeitung al-Ittihad hervor, die als einziges arabisches Presseorgan die Vertreibung überdauert und bald nach der Staatsgründung Israels wieder zugelassen wird. Bis Mitte der siebziger Jahre war Habibi Mitglied im Zentralkomitee der israelischen kommunistischen Partei 'Rakah', für drei Legislaturperioden saß er für diese Partei in der Knesset. 1972 legt er sein Knesset-Mandat nieder, um sich ganz der literarischen Arbeit zu widmen. Ins Gerede kommt Habibi 1992, als er den israelischen Staatspreis für Literatur erhält - und annimmt. Prominente Palästinenser in und außerhalb Israels erklären ihn für unglaubwürdig, während die Verhandlungsfraktion um Ashrawi und Husaini die Auszeichnung Habibis begrüßen.

Natürlich geben Habibis eigene Konflikte mit der arabisch-israelischen Doppelidentität den Stoff ab, aus dem der Roman entstand. Aber die Figur Said ist nicht dem Menschen Habibi nachgebildet. Dazu ist sie zu künstlich. Habibi ging es nicht darum, Said als eine psychologisch schlüssige Figur zu gestalten. Said ist mehrere Saids. Zwei Saids treten prägnant hervor, einmal Said, der Naive, der duldsam wie ein Esel seinem Schicksal gegenüber steht, und der andere Said, der von einer abgehobenen Kritikerwarte bissig satirisch die Verhältnisse in Israel auf den Punkt bringt.

Der zweite Said ist zudem ein hochgradig gebildeter Erzähler, der zu jeder Gelegenheit die passende Anekdote oder einen Verweis auf die großen Gestalten der arabischen Geschichte aus der Tasche zu zaubern weiß. Diese Gelehrsamkeit kann so manchen NichtorientalistInnen bei der Lektüre durchaus zu schaffen machen, sehen sie sich doch fast auf jeder Seite ein- bis zu viermal zu einem Augensprung auf die erläuternden Fußnoten gezwungen. Die ÜbersetzerInnen haben Habibis eigenen Erläuterungen noch etliche hinzugefügt, so daß vom Gesamttext des Romans etwa ein Siebtel auf das Konto von Fußnoten geht. Wer Leselust sucht, sollte daher einen zweiten Lesedurchgang starten und sich, gesättigt mit der Fußnoteninformation aus dem ersten Lesedurchgang, nun ganz den satirischen Pointen des Romantextes hingeben.

isar

Emil Habibi: Der Peptimist oder Von den seltsamen Vorfällen um das Verschwinden Saids des Glücklosen.

Roman. Übersetzung: I.A.Hashhash, H.Fähndrich, F. Griffel, A. Neuwirth, F. Pannewick, J. Paul und S. Srouji. Mit einem Nachwort von Angelika Neuwirth. Lenos Verlag Basel 1992, 257 Seiten.

Frauen in der islamischen Gesellschaft Nordnigerias

Ein Interview mit der nigerianischen Schriftstellerin Zaynab Alkali

Die erste Schriftstellerin aus der islamisch geprägten Kultur im Norden Nigerias ist 1950 geboren und Mutter von sechs Kindern. Als Assistenzprofessorin unterrichtet sie an der Universität von Maiduguri kreatives Schreiben und afrikanische Literatur. Im Juni weilte sie auf einer Vortragstournee in der Schweiz. Barbara Müller hat Zaynab Alkali als Dolmetscherin durch verschiedene Schweizer Städte begleitet und ausführliche Gespräche mit ihr geführt.
Zaynab Alkali hat drei Romane und eine Anzahl von Kurzgeschichten geschrieben. Sie sind in englischer Sprache veröffentlicht worden («The Stillborn», «The Virtuous Woman», «The Cobweb»). Ihr erster Roman liegt unter dem Titel «Tot geträumt und still geboren» in deutscher Übersetzung vor.

Wie sind sie zum Schreiben gekommen?

«Meine künstlerische Tätigkeit knüpft an familiäre Traditionen an, die mir durch meine Großmütter vermittelt wurden. Meine Großmutter mütterlicherseits war eine einflußreiche, starke Frau. Sie war eine berühmte Sängerin, Tänzerin und Komponistin, die aktuelle Ereignisse künstlerisch umsetzte, kommentierte und kritisierte. Sie wurde dabei von ihrem Mann auf der Trommel begleitet. Ihr Ansehen war so groß, daß ihr einziges Kind, meine Mutter, ihren Nachnamen erhielt und nicht denjenigen ihres Mannes. Meine Großmutter väterlicherseits war eine begnadete Geschichtenerzählerin. Da es damals kaum andere Unterhaltung gab, hat sie uns jeweils abends vor dem Schlafengehen Geschichten erzählt. Mir ist bewußt geworden, daß ich mich in der formellen Gestaltung meiner Geschichten sehr stark an ihrem Vorbild orientiere.

Ein anderer Strang, der dazu führte, daß ich zu schreiben begann, waren meine Schwierigkeiten, mich mündlich verständlich zu machen. Was immer ich sagte, schien falsch aufgenommen zu werden, war gesellschaftlich nicht akzeptabel oder wurde nicht ernst genommen. Darunter litt ich als junge Frau sehr. Dies ging so weit, daß ich begann, Briefe zu schreiben, wenn ich etwas wirklich Wichtiges zu sagen hatte, das nicht mißverstanden werden sollte. Als jungverheiratete Frau schrieb ich auch meinem Mann solche Briefe. Außerdem hatte ich mir angewöhnt, meine Träume aufzuschreiben. Schreiben war für mich eine einzigartige Möglichkeit, meine Gedanken frei auszudrücken.»

Wie ist es Ihnen gelungen, einen Verleger zu finden?

«Daß ich publiziert wurde, habe ich einem glücklichen Zufall zu verdanken. An der Universität, an der ich studierte, wurden Texte für eine neu gegründete literarische Zeitschrift gesucht. Ich zeigte dem betreffenden Dozenten die Blätter mit meinen Aufzeichnungen - eben diesen Briefen und Träumen - und er veröffentlichte sie. Da er Engländer war und Beziehungen zur BBC hatte, wurde die Zeitschrift und mein Beitrag darin in einer Sendung der BBC besprochen. Kurz darauf erkundigte sich der Longman-Verlag bei mir, wann mein Roman zur Veröffentlichung bereit sei. Dies motivierte mich dazu, meinen ersten Roman 'The Stillborn' (Tot geträumt und still geboren) zu schreiben.»

Worüber schreiben Sie?

«Thema meines Schreibens ist die Lebenssituation von Frauen in der islamischen Gesellschaft Nordnigerias. Indem ich die Umstände benenne, unter denen Frauen zu leiden haben, will ich mitwirken an Veränderungen, die zur Verbesserung der Situation der Frauen erforderlich sind. Wir leben in einer sich verändernden Gesellschaft. Die Frauen müssen sich ebenso verändern wie die Männer. Nur fällt dies den Männern schwerer, da sie in der bestehenden Situation sehr komfortabel leben.

Dabei teile ich die Frauen in drei Kategorien ein: Da gibt es erstens die bäuerliche Frau oder die Marktfrau, die hart arbeitet, physisch stark und wirtschaftlich unabhängig ist. Sie kommt praktisch alleine für den eigenen Lebensunterhalt und den ihrer Kinder auf. Sie ist auch emotional nicht von ihrem Ehemann abhängig, der für sie mehr die Funktion hat, ihren Status in der Gemeinschaft zu erhöhen. Diese Frauen sind aktiv, sagen ihre Meinung und können auch in der Gemeinschaft eine angesehene Stellung einnehmen. Sie befassen sich vorrangig mit praktischen Dingen des Alltags wie Wasser, Düngemitteln, Marktpreisen.

Die zweite Kategorie sind die sogenannten Purdah-Frauen. Sie werden nach der Ehe eingeschlossen und dürfen das Haus nur im Notfall verlassen. Es gibt ein Sprichwort über die Purdah-Frau, das besagt, daß sie nur zweimal in der Öffentlichkeit zu sehen ist: das erste Mal bei der Heirat, und das zweite Mal, wenn ihr Leichnam aus dem Haus getragen wird. Das mag übertrieben sein, stimmt aber der Tendenz nach. Die Purdah-Frauen können Handarbeiten machen oder Nahrungsmittel zubereiten, die sie von ihren Kindern auf der Strasse verkaufen lassen, ansonsten sind sie aber wirtschaftlich völlig von ihren Ehemännern abhängig und haben keine Möglichkeit, sich zu entwickeln.

Die Kategorie, mit der ich mich am intensivsten beschäftige, sind die gebildeten Frauen, die einem Beruf als Ärztin, Journalistin, Rechtsanwältin, Lehrerin usw. nachgehen. Sie bewegen sich im Spannungsfeld eines dreifachen kulturellen Erbes. Da ist der traditionelle afrikanische Hintergrund zu nennen, die islamisch-arabisch geprägte Tradition sowie die westliche Kultur, mit der sie durch ihre schulische Ausbildung konfrontiert wurden. Mit den Rollen, die diese drei sich widersprechenden Werthaltungen für Frauen vorsehen, geraten sie in Konflikt und fühlen sich mehrfach ausgenützt. Als Berufsfrauen müssen sie sich auf ihre Arbeit konzentrieren, und es wird von ihnen erwartet, daß sie Geld nach Hause bringen. Als Ehefrauen sollen sie ihrem Mann dienen, folgsam und unterwürfig sein und ihm sovie-le Kinder wie möglich gebären. Es ist nicht einfach für diese Frauen, einen eigenen Weg

aus dieser konflikthaften Situation zu finden. Oft sind Verbitterung, Wut und Aggressivität das Resultat.»

Wie erleben die Männer diese gesellschaftlichen Veränderungen?

«Für die Männer ist es viel einfacher: Auch wenn sie gebildet sind, können sie mehrere Frauen heiraten. Einige haben neben einer gebildeten Frau, die einem Beruf nachgeht und Geld nach Hause bringt, zusätzlich eine Purdah- Frau, die zu Hause bleibt, viele Kinder hat und dem Manne dient. Deswegen ist es so schwierig, die Männer zur Einsicht zu bringen, daß sie sich ebenfalls verändern müssen.»



Zaynab Alkali **(Foto: Dagmar Lorenz/REGARDS)**

Welche Rolle spielt der Islam?

«Ich bin nicht der Ansicht, daß der Islam für die Unterdrückung der Frauen verantwortlich gemacht werden kann. Der Islam ist von seiner Substanz her frauenfreundlich. Aber damit komme ich im Westen nicht gut an, vor allem bei den Radikalfeministinnen nicht. Im Koran steht, daß ein Mann, der es nicht fertigbringt zwei Frauen gleich intensiv zu lieben - was ja ein Ding der Unmöglichkeit ist -, den Gedanken an eine zweite Frau fallenlassen soll. Die praktizierte Unterdrückung der Frauen in den islamischen Gesellschaften ist auf die patriarchalischen Strukturen der arabischen und afrikanischen Gesellschaften, die den Islam angenommen haben, zurückzuführen. Diese haben auch die frauenfeindlichen Interpretationen des Koran geliefert. Früher hatten die Frauen keinen Zugang zum Originaltext des Koran, sie kannten ihn nur über die durch die Mullahs vermittelten Interpretationen. Jetzt ist der Koran auf englisch übersetzt, wir lesen und interpretieren ihn selbst und entlarven alle Verfälschungen zuungunsten der Frauen.»

Wovon handelt Ihr Roman «Tot geträumt und still geboren»?

«Die drei Protagonistinnen in meinem Roman haben idealistische Träume in Bezug auf ihr zukünftiges Leben, die sich alle so nicht erfüllen. Alle drei müssen sich umstellen und aus eigener Kraft eine bessere Lösung herbeiführen. Li, die träumte, selbst Lehrerin zu werden und einen Arzt zu heiraten, folgt ihrem Mann in die Stadt. Aus ihm ist ein Händler geworden, der sich einer anderen Frau zugewandt hat und Li sehr schlecht behandelt. Sie verläßt ihn, kehrt hochschwanger ins Dorf zurück und beschließt, nachdem ihre Tochter abgestillt ist, nochmals in die Schule zu gehen. Aus eigener Kraft kann sie nun für ihre Familie sorgen und kehrt am Schluß doch zu ihrem Mann zurück, aber, wie sie betont, dieses Mal zu ihren Bedingungen.

Ich habe die Hoffnung, daß aus den Veränderungprozessen, die wir gegenwärtig durchlaufen und die sehr schmerzhaft sein können, letztlich etwas Positives entstehen wird. Deshalb ist der Schluß meines Romans vielleicht etwas romantisch. Ich möchte zeigen, daß sich der Kampf für Veränderungen lohnt.

Träume haben in diesem Roman eine wegweisende Bedeutung, sie zeigen den Weg von Li auf, der ihr persönliches Wachstum ausmacht. Die Träume stellen die psychische Kraft dar, die Li neue Visionen zeigt, an denen sie sich orientieren kann. Mein Roman ist nicht autobiographisch, er beruht vielmehr auf Beobachtungen, die ich in meiner Umgebung gemacht habe. Sicher fliessen immer wieder Charakterzüge von Menschen, die ich kannte, in einzelne Personen ein. Die rebellische Art von Li hat sicher auch mit meiner eigenen Rebellion als junges Mädchen zu tun.»

Werden Ihre Bücher in ihrer Heimat gelesen? Wie erreichen Sie ihr Publikum? Gibt es Reaktionen?

«'Tot geträumt und still geboren' ist in die Liste der Mittelschultexte aufgenommen worden. Dadurch werden die Schulkinder damit konfrontiert und ich hoffe, daß durch sie auch ihre Eltern etwas über den Inhalt erfahren. Leider ist es so, daß bei uns außer Zeitungen kaum etwas gelesen wird. So stammen denn auch die meisten Reaktionen, die ich auf meine Bücher erhalte, von sehr jungen LeserInnen, die z.B. schreiben, wenn ich erwachsen bin, möchte ich werden wie Li, die wichtigste Protagonistin in 'Tot geträumt und still geboren'.

Direkte Reaktionen auf mein Buch habe ich kaum erhalten, was wohl damit zusammenhängt, daß nur wenige Erwachsene es zur Kenntnis genommen haben. Es wurde zwar besprochen, vor allem in Südnigeria. Angegriffen worden bin ich kaum, aber ich spüre eine gewisse stumme Feindseligkeit und Isolation um mich herum. Bei gesellschaftlichen Anlässen fühle ich mich nicht unbedingt wohl in meiner Haut.

Früher war klar, daß die künstlerische Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, wie sie z.B. meine Großmutter in ihren Gesängen zum Ausdruck brachte, kritisch und respektlos sein muß. Dies scheint heute nicht mehr verstanden zu werden. Romane sind künstlerische Umsetzungen, die nicht eins zu eins zu lesen sind, sondern als Träger einer kritischen Botschaft verstanden werden und zum Nachdenken anregen sollen. Vielfach werden meine Romane aber einfach als Provokation gegen die gesellschaftlichen Normen verstanden.»

Gibt es im Norden Nigerias Frauenorganisationen und womit befassen sie sich?

«Immer mehr Mädchen gehen heute zur Schule. Vielen wird aber verwehrt, die Schule abzuschließen, da sie mit 14,15 oder 16 Jahren von ihren Vätern als sogenannte Kindsbräute verheiratet werden. Es gibt Frauenorganisationen, die diese Praktiken anprangern und eine gesetzliche Regelung des Mindestalters für Heiraten verlangen. Im nordnigerianischen Staat Sokoto ist kürzlich auf Betreiben der Frauenorganisationen ein solches Gesetz erlassen worden.

Zu frühe Schwangerschaften und Geburten können bleibende Schäden hinterlassen und zu Inkontinenz (Unvermögen den Urin zurückzuhalten) führen. Solche Frauen werden von Ehemännern und Familien verstossen und führen ein elendes Leben.

Die frühe Heirat von Mädchen hat in letzter Zeit zugenommen, da es als nicht ratsam erscheint, wenn eine Frau "zu gebildet" ist. In meiner Generation gibt es eine Anzahl gebildeter Frauen, die begonnen haben, vieles in Frage zu stellen. Hier will man vorbeugen, um in der nächsten Generation wieder fügsamere Frauen zu haben. Ich bin der Meinung, daß dies Probleme unserer Gesellschaft sind, die auch von uns gelöst werden sollten. Diesbezügliche "Hilfe" von außen beruht meistens auf Unkenntnis und Vorurteilen und schadet mehr als sie nützen kann, auch wenn sie noch so gut gemeint ist.»

In deutscher Sprache sind bisher erschienen:

Zaynab Alkali: Tot geträumt und still geboren; Stechapfel Verlag Spruga 1991, 143 Seiten, DM 22,-

F. Nawapa, G. Osito, Z. Alkali Salzlose Asche; Stechapfel Verlag, Spruga 1991, 134 Seiten, DM 20,-.

Wider den staatlichen Rassismus

Aktuelle Texte zur antirassistischen Diskussion

Die Antirassismus-Diskussion in Deutschland steckt noch (?) in den Kinderschuhen. Dieser Eindruck wird bestärkt, wenn man Texte aus Großbritannien liest, die zum Teil zehn Jahre alt sind, aber nichts an Aktualität eingebüßt haben. Das Buch "From Resistance to Rebellion", das überwiegend Texte des Londoner 'Institute for Race Relations' umfaßt, gibt Einblick in die Entstehung der 'schwarzen Bewegung' und deren verschiedene Organisationsformen.

Mit den jüngsten Entwicklungen des deutschen Rassismus ist die antirassistische Bewegung in England schon lange konfrontiert: Anschläge auf ImmigrantInnen, restriktive Einwanderungsgesetze und die 1967 gegründete rechtsradikale 'Nationale Front', die provokativ Demonstrationen durch Schwarzenviertel durchführt. Aber in England hat sich schon in der Nachkriegszeit eine Widerstandskultur ausgebildet, die vom Selbstbewußtsein der ersten ImmigrantInnen geprägt war, die am antikolonialen Befreiungskampf gegen das britische Empire teilgenommen hatten. Jetzt konnten sie auf der Grundlage des Commonwealth-Konzepts relativ leicht zuwandern und StaatsbürgerInnen werden.

A. Sivanadan verfolgt im zentralen Text des Bandes die Entstehung einer neuen Form des Rassismus aufgrund der ersten, 1962 verabschiedeten Einwanderungsgesetze. Diese hielt die britische Regierung für notwendig, da mit dem Niedergang des britischen Empires und der ersten Wirtschaftsrezession Ende der 50er Jahre, "zuviel" billige Arbeitskraft ins Land kam. Die Regulierung des Zuzugs, die Aufnahme und Verteilung von Arbeitskräften aus dem Commonwealth wurde zur Staatsaufgabe. Bestimmten britischen Untertanen - v. a. den als 'farbig' bezeichneten - wurde durch verschiedene, zwischen 1962 und 1971 verabschiedete Gesetze das Einreiserecht entzogen. Ein institutionalisierter Rassismus löste so den Rassismus des freien Marktes ab, der den ImmigrantInnen quasi automatisch die unqualifiziertesten und schlecht bezahltesten Jobs zuwies.

Seit den 60ern verschärfte sich die Situation für die 'Schwarzen'. Zwar gab es auch zuvor einen alltäglich spürbaren Rassismus, der sich im Eintrittsverbot in bestimmten Lokalen, in der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt zeigte. Jetzt aber wurde die Zahl der ImmigrantInnen zum medialen und wahlkampfstrategischen Dauerbrenner. Die staatlich initiierte Debatte über die Begrenzung der Zahl der EinwandererInnen gab den rechtsradikalen Organisationen Aufwind. Seit den 70ern finden massive Übergriffe auf 'Schwarze' statt. Die Radikalisierung des Widerstands ließ nicht lange auf sich warten. Neue Organisationen wie die RAAS (Racial Action Adjustment Society) oder CARD (Campaign Against Racial Discrimination), die 'Black Power' und die Rasta Bewegung drücken die Situation der zweiten oder dritten Generation der EinwandererInnen aus, die weniger für bessere Arbeitsbedingungen als für kulturelle Selbstbestimmung eintreten.

Sivanadan analysiert die Verlaufsform von verschärfter staatlicher Repression und Integrationsversuchen, von sich formierender rechtsradikaler Bewegung, Angriffen auf der Straße und radikalisierter Gegenwehr. Leider wirkt seine Beschreibung oftmals etwas schematisch. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, daß die antirassistischen Organisationen, ihre Entstehung und ihr Verhältnis zu staatlichen Instanzen im Vordergrund stehen. Inhaltiche Positionen sowie die Entwicklung neuer rassistischer Konstellationen in der britischen Gesellschaft, bleiben dagegen etwas verschwommen.

Jenny Bourne gibt dagegen einen detaillierten Einblick in die antirassistische Debatte im britischen Feminismus. Sie kritisiert deren Konzentration auf die Auswüchse des organisierten Rechtsradikalismus. Der alltägliche Rassismus werde dagegen kaum zur Kenntnis genommen oder aber als individuelles Problem in therapeutischer Form zu beheben versucht.

Das Denken in Kategorien der Vergangenheit, die Fixierung auf rechtsradikale Schlägerbanden scheint ein Knackpunkt innerhalb der englischen und deutschen Diskussion zu sein. Die autonome Gruppe L.U.P.U.S. stellt in ihrem jüngst erschienen Buch "Geschichte, Rassismus und Das Boot" den am Nationalsozialismus orientierten Antifaschismus in den Mittelpunkt ihrer Kritik. In den Konzepten vom 'Vierten Reich', wie sie in der heutigen Antifa-Bewegung vertreten werden, setze man auf Kontinuitäten, auf die Wiederkehr des Alten im neuen neonazistischen Gewand und verlagere damit den Rassismus an die Ränder der Gesellschaft.

In ihrem zentralen Aufsatz 'Volks-Fronten' nehmen sie die alltäglichen Grundlagen des Rassismus ins Visier. Sie gehen davon aus, daß die Rassisten keineswegs zweckrational handeln, wie die beliebte Parole der autonomen Antifaschisten "Die am Reichtum Partizipierenden der Ersten Welt verteidigen per Rassismus ihre Privilegien" suggeriert. Den Rassisten geht es nicht um den realen Immigranten, sondern um die Stabilisierung des eigenen, inneren Gleichgewichts. Mit dem psychischen Gewinn, den das rassistisch agierende und argumentierende Subjekt erlangt, kann kein noch so gutes Argument der Antirassisten konkurrieren.

Einen zentralen Stützpunkt für die alltägliche Reproduktion rassistischer Denkmuster sieht L.U.P.U.S. in der Konstruktion nationaler Identität. Die Konstituierung des "deutschen Staatsbürgers", der im Namen "der Nation" gegen die "Volksfremden" vorgehen darf, gehört zu den alltäglichen Vergesellschaftungsgrundlagen. Die antirassistische Diskussion solle deshalb - so der Schluß von L.U.P.U.S. - den Blick weg von den rechtsradikalen Schlägerbanden hin zum rassistisch formierten Alltag wenden.

Beide Bücher weisen nach, daß für die aktuelle Gewaltwelle gegen Flüchtlinge der staatlich institutionalisierte Rassismus von entscheidender Bedeutung ist. Die These, die in den 60ern von der britischen Regierung propagiert wurde - daß die Senkung der Einwanderungszahl Voraussetzung für bessere 'race-relations' sei - erinnert fatal an die heute in Deutschland geführte Diskussion über Einwanderung, Quotierung oder Aufnahmekapazitäten der multikulturellen Gesellschaft. Auch hier werden letztlich die Flüchtlinge zum Problem und nicht die Grundlagen einer rassistischen Gesellschaft. Daß eine solche Argumentation den Rechtsradikalen und deren Claqueuren vor den brennenden Flüchtlingsheimen in die Hände spielt, zeigt das englische Beispiel und sollte alle Freunde von Einwanderungsgesetzen, die letztlich nur ein Plädoyer für großzügigere Selektionskriterien für ImmigrantInnen sind, nachdenklich stimmen.

CP

From Resistance to Rebellion, Texte zur Rassismus-Diskussion, Schwarze Risse Verlag, Berlin 1992, 170 S., 18 DM

Autonome L.U.P.U.S. Gruppe: Geschichte, Rassismus und Das Boot, Edition ID-Archiv, Berlin, Amsterdam 1992, 170 S., 18 DM



"Dies ist ein offenes, ein ehrliches Buch. Es ist eine wahrheitsgetreue Darstellung eigener Betroffenheit - aber es ist keine Anklageschrift!", erklärt Chima Oji im Vorwort zu seinem Buch **Unter die Deutschen gefallen**. Chima Oji, der nahezu die Hälfte seines Lebens in Deutschland verbracht hat, verlebte seine Kindheit in Nigeria während der späten 40er und frühen 50er Jahre. Obwohl die Weißen damals die Kolonialherren waren, stellten sie für viele Nigerianer etwas Besonderes dar.

Doch bereits während der Schulzeit lernt er den wahren Charakter dieser Herrenmenschen kennen. Die Auflehnung gegen das übergestülpte, englische Erziehungssystem bringt ihm den Verweis von der Schule. Trotz dieser negativen Erfahrungen macht er sich zu Beginn des Biafra-Krieges auf, um in Europa zu studieren. Über England gelangt er nach Deutschland, wo er nach den ersten Schwierigkeiten an der Universität Münster zu studieren beginnt. Was er in dieser Zeit des Medizinstudiums und der anschließenden Facharztausbildung an "alltäglichen" Schikanen und Diskriminierungen aufgrund seiner schwarzen Hautfarbe erdulden muß, liest sich wie ein Horrortrip durch den deutschen Alltag. Gemieden von Studenten, ausgebootet bei der Wohnungsvergabe und schikaniert von Professoren. Auch Akademiker sind rassistisch. Es ist kein Buch, das durch Erzählstil brilliert, es ist ein nüchternes und bewundernswert neutrales Buch, das v.a. denjenigen, die so gerne von sich behaupten, keine Vorurteile zu haben, den Spiegel vorhält.

Chima Oji, Unter die Deutschen gefallen; Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1992, 280 Seiten, 24,80 DM.

Die Literatur zu den ostafrikanischen Ländern ist nicht gerade umfangreich. Freilich gibt es eine erkleckliche Zahl von Detailstudien an Hochschulen und Instituten, aber an einführenden und umfassenden Monographien mangelt es. Mit dem vollständig neu überarbeiteten Doppelband "Ostafrika - Kenya, Burundi, Rwanda, Uganda, Tansania", herausgegeben von Fritz Gleiß, liegt nun ein Buch vor, das diese Informationslücke schließt. Der erste Band setzt sich mit Gesellschaft, Politik und Wirtschaft in diesen Ländern auseinander. Aber auch die Geschichte und Kultur werden berücksichtigt. Der Situation von Frauen in den ostafrikanischen Ländern ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Zahlreiche Fotos, Graphiken und Karten veranschaulichen die Texte.

Ostafrika zählt zu den ärmsten Großräumen der Welt. "Warum das so ist, wer daran ein Interesse hat und wie Betroffene damit fertig werden, wird hier beschrieben", schreibt der Herausgeber in der Einleitung. Auch wenn er diesem hohen Anspruch nicht ganz gerecht wird, da die Fülle des Themas zu komplex für Länderübersichten ist, ist das Buch zu empfehlen.

Der zweite Band ist ein praktischer Reiseführer mit Sprach- und Gesundheitstips, Stadtplänen, Unterkunft- und Essensmöglichkeiten. Stichproben bestätigen, daß die Angaben solide recherchiert wurden. Zudem problematisiert Gleiß in einem Beitrag am Anfang des Buches den Tourismus in Afrika. In einigen Anmerkungen zum Reisen der Reichen in die Welt der Armen wird den LeserInnen sogar nahegelegt, ob er/sie nicht "vielleicht sogar (vorerst?) zu-Hausebleiben" sollte. Kurzum, ein sympathischer Reiseführer.

F. Gleiß (Hg.): Ostafrika; Mundo Verlag Leer 1991, Band 1, 505 Seiten, DM 39,- Band 2, 478 Seiten, DM 39,-



Zehn Jahre nach Ausbruch der Schuldenkrise ist zwar bisher eine weltweite Finanzkrise durch erfolgreiches Schuldenmanagement vermieden worden, doch die große Mehrheit zahlt die Kosten der Folgewirkungen. In ihrem Buch **"The Debt Boomerang"** schildert Susan George, wie die Schuldenkrise uns allen - also auch den meisten Menschen im Norden - schadet. Sie geht darin weniger auf die Folgen der Strukturanpassungsprogramme für die Länder der Dritten Welt ein, als vielmehr auf weltweit auftretende Probleme, die sie im Zusammenhang mit der Verschuldung untersucht.

Sieben solcher Bumerangs, also Rückwirkungen der Schuldenkrise, analysiert sie in ihrem Buch: die Umweltproblematik (speziell die Regenwaldvernichtung), Drogenanbau und -mißbrauch, Schuldenmangement der Banken zu Lasten der Steuerzahler (via Abschreibungen von Krediten, Kapitalflucht etc.), Arbeitslosigkeit aufgrund wegfallender Absatzmärkte, Immigration, Rüstungsgeschäfte und regionale Kriege. Jeder dieser Aspekte hat weltweite Auswirkungen zu Lasten weiter Bevölkerungkreise. Ein Beispiel: Koka erzielt deutlich bessere Preise als Kaffee und ist zudem nicht drastischen Preis- und Absatzschwankungen ausgesetzt. Keine Frage, für die Bauern in den Anden ist Koka ein attraktives Produkt. Gleichzeitig steigt in den letzten Jahren die drogenbedingte Kriminalität in den USA. Ein weiteres Beispiel: die schlechte Finanzsituation in den lateinamerikanischen Staaten ließ die Nachfrage nach US-Produkten spürbar zurückgehen. Gleichzeitig melden amerikanische Unternehmen Konkurs aufgrund von Absatzrückgängen an. Arbeitslosigkeit im Norden, weniger Produkte im Süden.

In jedem Kapitel werden die Aus- und Rückwirkungen genaustens beschrieben und mit Zahlen belegt. An einigen Stellen im Buch ist es allerdings ärgerlich, daß mit Zahlen von Anfang der achtziger Jahre gearbeitet wird. Trotzdem sind die Zusammenhänge dieser Bumerangs heute nicht zu leugnen.

"The Debt Boomerang" ist gleichzeitig ein längerfristig angelegtes Arbeitsprojekt des Transnational Institute, Amsterdam, in Zusammenarbeit mit dem Institute for Policy Studies, Washington D.C.. Ziel des Projektes ist eine weitergehende, intensive Ausarbeitung der oben beschriebenen Zusammenhänge sowie die weltweite Vernetzung von NGOs. Wer Kontakt aufnehmen möchte, hier die Adresse: The Debt Boomerang Project, c/o TNI, Paulus Potterstraat 20, NL - 1071 DA Amsterdam. Eine deutsche Übersetzung des Buches ist in Vorbereitung.

Susan George: The Debt Boomerang. How third world debt harms us all, Pluto Press, London 1992, 224 Seiten.



Holz aus den Regenwäldern im Haushalt? Es ist offensichtlich, Tropenholz ist überall: ob Türen, Fenster oder Besenstile, trotz wachsendem Problembewußtsein, der Alltag sieht anders aus. Die Gegenseite, Tropenholzhändler und -importeure, holt zum politischen Gegenschlag aus. Mit Gütesiegeln und Unbedenklichkeitsbescheinigungen versucht die Kettensägen-Fraktion sich vom Stigma der Regenwaldzerstörung zu befreien. Trotz einem großen Propagandaspektakel ist fast der gesamte Export-Einschlag von Tropenholz immer noch mit Raubbau, Menschenrechtsverletzungen und ökologischen Folgeschäden verbunden.

In der Broschüre ARA-konkret 2: 'Tropenholz' wird über aktuelle Hintergründe informiert. Schwerpunktkapitel sind die Ursachen der Regenwaldzerstörung, Länderberichte, die Verwendung von Tropenholz in Deutschland, die Vernebelung der Verbraucher ("Umweltengel auf dem Holzweg") und die Frage nach heimischen Hölzern als Alternative. Spannend auch die Fragestellung, wie eine nachhaltige Nutzung der Regenwälder aussehen könnte - und warum dies von der Tropenforstwirtschaft nicht erreicht wird. Abgerundet wird die Broschüre durch ein Verzeichnis von Kontaktadressen.

ARA-konkret 2: Tropenholz, 56 Seiten, DM 6,50. Zu bestellen bei: ARA Klasingstr. 17 4800 Bielefeld 1, Tel: 0521-65943, FAX: 0521-64975

Bekanntlich nahm die kolonialistische Expansion nach Südostasien sowohl zeitlich, wie auch in ihrer Art und Weise einen anderen Verlauf als nach Amerika und Asien. Der Prozeß der territorialen Expansion verlief langsamer. Das Christentum hatte - abgesehen von den Philippinen - keine Chance kulturelle Identitäten zu knacken. Und trotz der Übernahme und Durchdringung der Gesellschaften mit kapitalistischen Produktionsweisen, gibt es in den Ländern Südostasiens auch heute noch eine starke, von der westlich-europäischen Kultur abgegrenzte, eigene kulturelle Entwicklung und Identität. Die Ausgabe 2-3 1992 der 'südostasien informationen' treffen mit diesen Thesen sicherlich nicht den mainstream der Soli-Bewegung. Bewußt oder unbewußt werden die Unterschiede von AktivistInnen der gerade ausplätschernden Kampagne "500 Jahre Kolonialismus" ausgeblendet. Die Länderbeispiele Vietnam, Laos, Kambodscha, Burma, Thailand und Indonesien vermitteln ein fundiertes Bild, um sich auch 1993 mit dem Thema auseinandersetzen zu können.

südostasien informationen, Kolonialismus, Nr. 2-3 Sept 1992, 94 Seiten, DM 10,- Bezug: Südostasien-Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum 1, Tel: 0234 502748 FAX: 0234-502790



Die Auseinandersetzung über Sinn und Unsinn von Kinderpatenschaften beschäftigt entwicklungspolitisch interessierte Kreise schon seit Jahrzehnten. Auf der einen Seite haben sich Organisationen wie die Aktion Solidarische Welt und Terre des Hommes schon lange von derartiger "Hilfe" verabschiedet. Auf der anderen Seite können Patenschaftsorganisationen wie World Vision, Kinderhilfswerk Deutscher Patenkreis und die Kindernothilfe immer mehr Zulauf und Spendeneingänge verzeichnen. Der "persönliche" Kontakt zu einem Kind in der Dritten Welt, das "Wissen" um den Verbleib der Spendengelder locken viele hilfsbereite Bürger und BürgerInnen an. Die Kulleraugenwerbung der Kinderpatenschaftsvermittler tut ein übriges.

Genügend Anlaß also, sich weiter mit dem Thema zu beschäftigen. Die Broschüre "Pro & Contra Kinderpatenschaften" von Edda Stelck und Ulrich Becker wendet sich an alle, die gerne "helfen" und einen Beitrag gegen die weltweite Ungerechtigkeit leisten möchten: an Kirchengemeinden, Schulklassen und Einzelpersonen, die sich überlegen, ob eine Kinderpatenschaft dafür nicht die beste Lösung wäre.

Zu Wort kommen Gegner und Befürworter von Kinderpatenschaften. Das Ziel der Broschüre ist, dem Spender und der Spenderin eine Entscheidungshilfe zu geben. Aber auch, Alternativen aufzuzeigen. Adressen von verschiedenen Organisationen und Literaturhinweise runden die Arbeitshilfe ab. Unklar bleibt allerdings , welches Ziel die AutorInnen mit Statistiken und Graphiken verfolgen, die schon zehn Jahre alt sind.

Edda Stelck/Ulrich Becker: Pro & Contra Kinderpatenschaften; Brekelum 1992, 64 Seiten, DM 3,- Bezug: Brekelumer Druckerei M. Siegel KG, Postfach 1220, 2257 Brekelum.



Hans Magnus Enzensberger hat einen hervorragenden Spürsinn, wenn es darum geht, gesellschaftspolitisch Aktuelles auf den Tisch zu servieren. **"Die große Wanderung 33 Markierungen"** ist ein weiteres Beispiel. Ein Buch zu Rostock, vor Rostock geschrieben.

Da wird keine Hausmannskost geboten, sondern mit spitzer Feder analysiert. Allerdings, und das muß vorweg betont werden, liegt Enzensberger manchmal völlig daneben. So ist die blinde Liebe zu Cuba in den 6oer Jahren durch den blinden Haß auf die Iraker und die islamischen Fanatiker, die todessüchtig für Saddam ins Feuer gehen, abgelöst worden.

Zum Buch: Zunächst sind Flüchtlingsströme in der Geschichte für Enzensberger überhaupt nichts Neues. Migration hat es schon immer gegeben. Auch der Fremdenhaß ist uns aus dem Eisenbahnabteil, wenn sich noch jemand zu uns setzen will, wohl bekannt. Leider wird heute nach Enzensberger die Flüchtlingsfrage von allen Seiten mystifiziert. Unter dem Satz "delirantes Gefasel der Gegenwart" bekommt sowohl die Politkaste in Bonn, aber auch der Ausländerfreund sein Fett ab. Und der Mob, so erkennt nicht nur Enzensberger richtig, haßt nicht den Fremden, sondern den Armen im fremden Outfit. Im letzten Kapitel "Über einige Besonderheiten bei der Menschenjagd" wird mit dem Staat und seinen Akteuren, die seit Jahren nur mit Enthaltsamkeit reagieren, abgerechnet: "Es geht, mit einem Wort, um die Bewohnbarkeit der Bundesrepublik". Nur, trotz deutlicher Worte wirkt der Text abgehoben. Ist das der Preis, den Teile der Linken, die jeglicher Utopie und gesellschaftlichem Veränderungswillen abschwören, zu zahlen haben? Enzensberger ist ein hervorragender Überflieger, aber mehr auch nicht.

Hans Magnus Enzensberger: Die große Wanderung; Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1992, 75 Seiten DM 19,80

Liebesgeschichten vor der Morgendämmerung

Neue vietnamesische Literatur

Die Nacht bis zur Morgendämmerung verbrachten Vu Singh und Hoanh Hoa, Schauspielerin und Leiterin einer Kulturgruppe, bei offener Tür im Besuchszimmer der Kaserne, in der Vu als Offizier der vietnamesischen Volksbefreiungsarmee stationiert ist. Denn Luu, die Frau des Offiziers, hatte die bereits einvernehmlich vollzogene Scheidung auf Betreiben des Nationalen Frauenverbandes wieder rückgängig gemacht; und weder Hoanh noch Vu wollten sich dem Vorwurf des Ehebruchs und der Bigamie aussetzen.

Luu und Vu Singh - sie eine ergebene und einfache Mitarbeiterin des Nationalen Frauenverbandes, er Abkömmling einer Literatenfamilie und sehr differenziert im Denken - waren bereits von der Jugendorganisation, die es "als ihre Pflicht (betrachtete), sich um das Glück ihrer Mitglieder zu sorgen" (S.14), ohne Rücksicht auf persönliche Zuneigung verkuppelt worden. Das Scheitern, schmerzlich und tragisch für beide, war nahezu vorprogrammiert.

Die Aufhebung ihrer Scheidung wird vom Frauenverband betrieben, der sich zwar als Anwalt der Frauenbefreiung aufspielt, in Wirklichkeit aber Parteiklischees reproduziert und Emanzipation nicht nur mit Parteidisziplin verwechselt: Die Familienrichterin des Frauenverbandes jedenfalls verkehrt Emanzipation ins Gegenteil und legt ihre Geschlechtsgenossinnen zur Stabilisierung der Gesellschaft wieder auf ihre traditionellen Rollen fest: "Denn um das Glück der Familien zu verteidigen, sollen wir immer gemeinsam handeln, da sie das Fundament unserer Gesellschaft sind." (S.118)

Luu wird so ihr neuer Liebhaber genommen, mit dem sie sich besser als mit Vu Singh versteht, und sie wird auf einen entleerten Legalismus von Frauenrechten eingeschworen, an dem sie sich aufreibt und zur Karikatur ihrer selbst verkommt. Ihre Liebe verkehrt sich in einen plumpen Besitzanspruch: "Du warst früher mein Ehemann, und bist es heute wieder. Was hat sich also geändert? (S.110) "Du bist mein Ehemann, das Gericht hat so entschieden.



Es ist der Konflikt zwischen den von der Kommunistischen Partei propagierten Vorstellungen von Liebe, Familie und Emanzipation auf der einen und der Vielfalt individueller Bedürfnisse auf der anderen Seite, aus denen diese nicht ungewöhnliche Liebesgeschichte ihre Spannung bezieht. Die Konflikte, die sich aus diesem Spannungsverhältnis ergeben, sind die Themen der `neuen vietnamesischen Literatur', die sich von der offiziellen Befreiungsliteratur über Heldentum und Solidarität absetzt und stattdessen menschliche Schicksale in den Befreiungskriegen sowie den Einfluß des vietnamesischen Sozialismus auf die Gesellschaft und Menschen in den Mittelpunkt stellt. Die prominentesten Vertreter dieser `neuen vietnamesischen Literatur' sind Nguyen Huy Thiep (`Der pensionierte General'), Frau Pham Thi Hoai (`Die Kristallbotin') und Frau Duong Thu Huong, die sich mit den Romanen `Die blinden Paradiese' (1988), `Die Liebesgeschichte vor der Morgendämmerung erzählt' (1991) und `Roman ohne Titel' (1992) am stärksten hervorgetan hat. Duong Thu Huong selbst war aktiv am Befreiungskampf gegen die USA beteiligt, und bekam die Reaktion der Partei auf die Kritik am offiziellen Menschenbild und die Neuinterpretation von Werten am eigenen Leibe zu spüren: Sie wurde 1990 aus der Partei ausgeschlossen und war von April bis November 1991 inhaftiert.

In ihrer Liebesgeschichte spricht Duong Thu Huong dem System die Fähigkeit ab, menschliche Probleme zu lösen und trifft damit den Kern seines Anspruchs - nämlich nationale Unabhängigkeit und das Glück des einzelnen zu verknüpfen. Wen wundert es da, daß die Partei aus Interesse an der Machterhaltung zurückschlägt und mit Repressionen gegen Vertreter der `neuen vietnamesischen Literatur' reagiert?

Morgendämmerung bedeutet aber auch das Ende der Nacht und den Anfang des Tages. Dafür steht in der Liebesgeschichte die neue Generation Vietnams. Luu läßt sich von ihrem Sohn überzeugen, aus Selbstrespekt und für das Glück Vu Sinhs der Scheidung zuzustimmen, und Hoanh Hoa's Tochter ermöglicht dem alten Paar eine kurze Zeit inniger Liebe und tiefen Glücks.

Die Faszination der Liebesgeschichte liegt in den schönen landschaftlichen Bildern, aus denen der zärtliche Umgang und die sensible Beziehung der Liebenden spricht - auch dank der gelungenen Übersetzung aus dem vietnamesischen Original. Für die Kritiker von ungerechten Systemen, Menschen verachtenden Ordnungen und dogmatischen Ideologien präsentiert sich in seinen engagierten und verfolgten Schriftstellern ein neues Vietnam, das schon einmal die Patenschaft für die Befreiung und Emanzipation einer ganzen Generation übernommen hat.

Heinz Kotte

Duong Thu Huong,`Liebesgeschichte vor der Morgendämmerung erzählt'; Horlemann-Verlag, 1992, 160 Seiten, DM 36,-

Aktiver der Kurdistansolidarität in der Türkei festgenommen

Stefan Waldberg wurde am 23. Oktober von türkischen Sicherheitskräften bei der Wiedereinreise aus dem Irak in die Türkei festgenommen. Die Festnahme erfolgte kurz nach dem Grenzposten von Harbur und war nach Aussage von sogenannten informierten türkischen Zeitungen gezielt durchgeführt worden. Der in der Solidaritätsarbeit zu Kurdistan Tätige ist daraufhin zwei Tage in Cizre und Sirnak inhaftiert und verhört worden. Er wurde mit verbundenen Augen in Einzelhaft gehalten und danach in das Gefängnis von Silopi gebracht. Erst am 30. Oktober, eine Woche nach seiner Verhaftung, erfuhr das Auswärtige Amt von seiner Festnahme. Seine Familie und Freunde hatten seit zwei Wochen versucht, ihn im Nordirak zu finden, nachdem er nicht, wie ursprünglich geplant, seinen Rückflug am 16. Oktober angetreten hatte. Was war geschehen?

Als Stefan Waldberg am 29. September in den Nordirak eingereist war, um eine Schule zu besuchen, bekam er Kontakt zu Personen aus dem kurdischen Lager Haftanin. Dort wurde er beim Sammeln von Eindrücken und Informationen von den am vierten Oktober vom türkischen Staat begonnenen Bombardierungen und Angriffen gegen Lager der PKK überrascht. Während einer vereinbarten Feuerpause hat er dann am 23. Oktober versucht in die Türkei zurückzukommen. Dabei haben ihn die türkischen Sicherheitskräfte abgepaßt.

Die türkische Staatsanwaltschaft bezichtigt ihn nun 'Kurierdienste für die PKK' geleistet und 'Propaganda für die PKK' getätigt zu haben und fordert eine Haftstrafe von fünf Jahren. Sie stützt ihren Vorwurf auf journalistische Materialien, die er bei sich geführt hat und implizit auf die Tatsache, daß er sich in einem Gebiet aufgehalten hat, in dem der türkische Staat Krieg gegen Kurden führt. Sicherlich ist mit dem Prozeß gegen Stefan Waldberg auch ein Abschreckungseffekt beabsichtigt. Die türkische Regierung versucht jegliche Berichterstattung aus diesem Gebiet als Propagandatätigkeit für die PKK zu verunglimpfen.

Der Prozeß gegen Stefan Waldberg soll Anfang Dezember stattfinden (also nach Redaktionsschluß unserer Ausgabe), eine Beobachterdelegation war geplant.

Massentourismus zerstört Kultur auf Tahiti

Die Ureinwohner des französischen Überseeterritoriums Französisch-Polynesien wehren sich gegen den zunehmenden Tourismus auf ihren 114 Inseln. Er zerstört ihre Lebensformen, Kultur und Religion. Nach Aussage des Präsidenten der Unabhängigen Liga für Menschenrechte Tahitis, Dr. Gabriel Tetiarahi, haben europäische, amerikanische und japanische Hotelkonzerne die Küsten der Hauptinsel Tahiti sowie der Nachbarinseln Moorea und Bora-Bora soweit mit Hotelbauten zugepflastert, daß den 200.000 Ureinwohnern kaum noch ein Weg zu den traditionellen Fischfang- und Perlenzuchtgewässern zur Verfügung steht. Auf den Äckern werden Golfplätze und Parks angelegt. Außerdem gingen die Einnahmen aus dem Urlaub an den weißen Palmenstränden fast ausschließlich an die ausländischen Investoren.

Ulrich Delius, Referent für Indigene Völker bei der GfbV (Gesellschaft für bedrohte Völker), hat nach seinem letzten Besuch in dem Südseeterritorium den Eindruck bestätigt gefunden," daß die französische Verwaltung der Inseln - als Einnahmeersatz für die jahrzehntelange Nutzung des Atomversuchsgeländes auf dem Moruroa-Atoll - den Fremdenverkehr noch stärker ausbauen will."

Verständlich also, daß der tahitianische Menschenrechtler "massiven Widerstand" seiner Organisation gegen neue Hotelprojekte ankündigte:" Dann werden wir das für neue Bauten vorgesehene Land besetzen und Frankreich durch Aktionen zur Umkehr von dieser Kolonialpolitik zwingen."

USA forcieren ihr Vorgehen gegen Migranten

Am 12. Juni entdeckte eine US-Grenzpatrouille etwa einen halben Kilometer nördlich der Grenze zwischen den USA und Mexiko bei Nogales im Bundesstaat Arizona eine Gruppe von drei Mexikanern. Da sie diese für eine Vorhut von Drogenschmugglern hielt, eröffneten die Polizisten ohne jede Vorwarnung das Feuer. Der 26-jährige Dario Miranda Valenzuela wurde dabei zweimal in den Rücken getroffen. Die Polizisten beschlossen, diesen Vorfall erst fünfzehn Stunden später ihren Vorgesetzten zu melden. Miranda hätte vielleicht überleben können, wenn er unverzüglich medizinisch versorgt worden wäre. Der verantwortliche Schütze wurde wegen Mordes angeklagt. Dieses Ereignis steht in scharfem Kontrast zu dem lauthals proklamierten freien Handels- und Investitionsfluß zwischen beiden nordamerikanischen Staaten. Es verdeutlicht die Feindseligkeit, mit der einem freien Fluß von Arbeitskräften in den US-amerikanischen Südwesten begegnet wird. Miranda gehörte zu jenen Migranten, die nach Arizona kommen, um dort Arbeit zu finden. Er kehrte allerdings - nach Aussage seiner Familienangehörigen - regelmäßig zu Frau und Kindern zurück.

Zusätzlich zu den neun Millionen legalen Immigranten, die während der achtziger Jahre in die USA einreisten, kamen schätzungsweise zwischen 200.000 und einer Million jedes Jahr illegal, wovon mehr als die Hälfte Mexikaner sein sollen. Ferner erreichte die Zahl der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Zentralamerika 1990 die Zweimillionengrenze. Trotz allem stellen die Einwanderer nur einen kleinen Teil des Grenzverkehrs zwischen den USA und Mexiko dar: Täglich überqueren rund 1,5 Millionen Menschen in beiden Richtungen die Grenze an einem der 24 Kontrollpunkte. Doch - genau wie Mitte der siebziger Jahre - werden sowohl in der öffentlichen Meinung als auch in der Regierungspolitik kaum mehr Unterschiede gemacht zwischen Gemüsehändlern, Drogenschmugglern und Arbeitsmigranten.

Die Region wurde von den Behörden zunehmend militarisiert: Das Gesetz zur Regelung und Steuerung der Einwanderung von 1986 ('Immigration Reform and Control Act') sieht die Aufstockung der Grenztruppen von 2.500 auf 4.800 Mitarbeiter vor, die speziell in der Bekämpfung von Unruhen ausgebildet und mit M-16 Automatikgewehren ausgerüstet werden; zusätzliche Kontrollpunkte wurden eingerichtet und die Zahl der Gefängnisse beträchtlich erhöht. Bei gemeinsamen Einsätzen mit der staatlichen Antidrogenbehörde DEA werden Hubschrauber und Nachtsichtgeräte eingesetzt.

Im Mai 1986 wurde zwischen dem Justizministerium und der Einwanderungsbehörde ('Immigration and Naturalisation Service',INS) vereinbart, daß der Einsatz von Militär zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung möglich sei. Bereits seit 1981 ist die historische Trennung zwischen Militär und Polizei nach und nach verwischt worden.

Durch den 'Immigration Act' von 1990 wurde das INS zum ersten Mal autorisiert, für jegliche Verletzung des Bundesgesetzes Verhaftungen vornehmen zu können. Verursacht durch drogen- und fremdenfeindliche Hysterie sind somit die Grenzregionen zu einer Art 'außerkonstitutionellen' Raum geworden: Die Zivilbevölkerung dieser Gebiete wird - im Gegensatz zu anderen Regionen - regelmäßig Opfer von Durchsuchungen, Befragungen und Verhaftungen. Viele der Bewohner haben jedoch bereits die unlauteren Aktivitäten als ganz normalen Teil ihres Lebens akzeptiert.

(Third World Network Features, Oktober 1992).

Erdölkonzerne bedrohen Ecuadors Regenwälder

Während auf internationalen Konferenzen die Rettung der Tropenwälder beschworen wird, zerstören wirtschaftliche Interessen von Erdölkonzernen die Überlebensgrundlagen der Indianervölker im ecuadorianischen Amazonasgebiet, ohne daß dies von der Weltöffentlichkeit wahrgenommen wird", beklagte José Gualinga zu Beginn einer vierzehntägigen Deutschlandreise. Gualinga ist der europäische Repräsentant der OPIP, der indianischen Selbstorganisation in der Provinz Pastaza. Dort leben die Völker der Quitchua, Shiwiar, Ashuar und Zaparo, in deren Siedlungsgebiet jährlich 340.000 Hektar Regenwald der Erdölförderung zum Opfer fallen. Erdöl ist das wichtigste Exportprodukt des hochverschuldeten südamerikanischen Staates. Die bedeutendsten Vorkommen Ecuadors lagern im Amazonasgebiet, wo in den vergangenen Jahren insbesondere US-amerikanische Ölkonzerne Bohrlizenzen erhalten haben. Kilometerlang fressen sich seitdem Straßen durch den Regenwald, die Spekulanten und Siedler, Krankheiten und Umweltzerstörung bringen. "Durch Unfälle und Nachlässigkeiten ist bereits mehr Rohöl in dieses sensible Ökosystem geleitet worden als bei der Katastrophe der Exxon Valdez vor Alaska ins Meer gelangte", berichtet José Gualinga. Das Öl verseuchte das Trinkwasser und drang so in die Nahrungskette der 'Völker des Waldes' ein. Bedroht ist nicht nur der Regenwald, sondern auch das Leben der ecuadorianischen Indianer-Völker. "Bei uns wird die Zerstörung der Wälder nur als ökologisches Problem gesehen. Zunächst betroffen sind aber die dort lebenden Menschen, die indianischen Ureinwohner," stellt Petra Sauerland-Erdogan, Vorsitzende der internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN, fest, "Die Indianer haben über Jahrhunderte in Einklang mit dem Regenwald gelebt. Wer ihr Recht auf das angestammte Territorium schützt, schützt auch den Regenwald."

Die OPIP führte im April 1992 zusammen mit anderen Indianer-Organisationen einen Sternmarsch auf die ecuadorianische Hauptstadt Quito durch. Aufgrund dieser machtvollen Demonstration sah sich die Regierung gezwungen, erste Landrechtstitel zu verleihen. "Doch das reicht nicht aus, um unser Überleben zu garantieren. Wir fordern Landrechte für alle Indianergemeinschaften", erläutert Gualinga. "Die Erdölförderung muß umweltverträglich vonstatten gehen. Dazu sind strenge Auflagen nötig sowie Kontrollen, von deren Wirksamkeit wir selbst uns überzeugen können. In Bezug auf die bereits entstandenen Schäden ist zudem noch völlig ungeklärt, wie sie behoben und welche Entschädigungen geleistet werden." Einen Appell mit diesen Forderungen hat die Menschenrechtsorganisation FIAN formuliert, um ihn an den Botschafter Ecuadors in Bonn zu schicken.

Indianer und Militärs in Brasilien

Die brasilianischen Militärs haben sich seit der Zeit der Diktatur gegen die Demarkierung jener indianischen Gebiete ausgesprochen, die entlang der Landesgrenzen liegen. Ihrer Ansicht nach sollte das Grenzgebiet durch die Anwesenheit von Weißen 'belebt' werden. Ausgedehnte Indianergebiete waren für sie schon immer eine Bedrohung der Souveränität des Landes. Ihr Bestreben, die Festlegung des Yanomami-Territoriums entlang der Grenze zu Venezuela zu verändern, ist ebenso eine Folge dieser Sichtweise, wie die drastische Reduzierung anderer Indianergebiete.
Besorgt über diese Entwicklung beschloß der 'Rat der indigenen Völker Brasiliens' ein Treffen mit den Militärministern, das Ende Oktober in Brasilia stattfand. Ein hoher Vertreter des 'Rates' erklärte in dem Gespräch, daß "die Indianer mit der Forderung nach Gebietsabgrenzung keineswegs eine unabhängige Staatenbildung beabsichtigen und demnach auch keinerlei Gefahr für die Souveränität Brasiliens besteht."

Die Indianervertreter hatten auch einen Termin beim Marine-Minister Admiral Ivan da Silveira Serpa, der auf dem Standpunkt der Militärs beharrte. Die indianischen Völker seien in die brasilianische Gesellschaft zu integrieren, sonst könnten die 'Abgrenzungen' ähnliche Konflikte wie im ehemaligen Jugoslawien, in Südafrika und Irland nach sich ziehen. Demgegenüber verwiesen die Indianervertreter auf die in der Verfassung garantierten Rechte jedes Volkes.

In der Demarkierung des Yanomami-Gebietes sieht der Marine-Minister eine "mögliche Einschränkung" für den Zugang der Streitkräfte in indianische Gebiete. Wenn es um 'besondere Interessen des Bundes' gehe, so die Indianer, sollte den militärischen Einheiten mittels eines Ergänzungsgesetzes zur Verfassung der Zutritt verschafft werden. Wenn nötig, sei die Anwesenheit der Streitkräfte in angestammten Gebieten ohnehin vorgesehen, so die Indianervertreter.

Daß die militärischen Vertreter mit der Anerkennung und Demarkierung der indianischen Gebiete Schwierigkeiten haben, zeigte sich deutlich bei der Begegnung mit General Antonio Rocha Veneu, dem Minister der Streitkräfte. Immer wieder behaupten sie, das Indianerland sei zu umfangreich. Admiral Tasso Villar de Aquino, Vizechef des Generalstabs, akzeptiert zwar die den Indianern durch die Verfassung zustehenden Rechte, betont aber gleichzeitig:" Ihr dürft nicht eine überdurchschnittliche Ausdehnung eures Gebietes verlangen."

Die Absichten der Militärs mit den verfassungsmäßig garantierten Rechten der Indianer in Einklang zu bringen, ist ein schwieriger, aber wesentlicher Schritt für jede künftige Diskussion.

(aus: Info-Brief 33 des brasilianischen Indianermissionsrates CIMI)

Menschenrechtsverletzungen in Osttimor

Am 12. November 1991 hat die indonesische Armee in der osttimoresischen Hauptstadt Dili das Feuer auf einen Beerdigungszug eröffnet und 200 Menschen ermordet. Im Vorfeld zum Jahrestag dieses Massakers wurde der Terror verschärft. Die Armee startete die 'Operation Identität', in deren Verlauf sie die Häuser der Timoresen systematisch nach Personen durchsucht hat, die keinen indonesischen Personalausweis besitzen. Solche Personen gelten als subversiv. Allein in Dili sind in den letzten Wochen etwa 2.000 Menschen ohne indonesischen Personalausweis mit unbekanntem Ziel verschleppt worden; im ganzen Land beläuft sich ihre Zahl auf 4.000. Darüberhinaus wurde ein Einreiseverbot über die östliche Inselhälfte verhängt. Die Gesellschaft für bedrohte Völker und die Kampagne gegen Rüstungsexport weisen darauf hin, daß möglicherweise eine neue Eskalation der Gewalt in Osttimor vorbereitet wird. Eine tragische Rolle bei der Unterstützung Indonesiens spielt die Bundesregierung. Sie hat - etwa im Gegensatz zu Kanada, Dänemark und den Niederlanden, der früheren Kolonialmacht Indonesiens - die Entwicklungshilfe nach dem Massaker nicht gekürzt. Stattdessen hat sie den offiziellen Untersuchungsbericht der Armee akzeptiert, der weitgehend alle Verantwortung von den Tätern nimmt und den Opfern zuschiebt. Zudem hat sie Ende Juli der indonesischen Marine, die Osttimor von der Außenwelt abriegelt, 39 Kriegsschiffe aus NVA-Beständen geliefert. Die Gesellschaft für bedrohte Völker und die Kampagne gegen Rüstungsexport sehen darin eine direkte Unterstützung des indonesischen Völkermords. Sie appellierten am Jahrestag an Bundesaußenminister Kinkel, die Haltung zu Osttimor zu korrigieren, sich für eine internationale Untersuchungskommission einzusetzen, um die genauen Hintergründe des Massakers zu klären und die Verantwortlichen zu bestrafen, auf Indonesien einzuwirken, die östliche Inselhälfte für ausländische Besucher uneingeschränkt zu öffnen und weitere Entwicklungshilfe sowie weitere wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit Indonesien von substantiellen Fortschritten der Menschenrechtssituation in Osttimor abhängig zu machen.

Bolivia Nr. 97 Oktober/November 1992
Editorial: 500 Jahre sind vorbei * 10 Jahre Demokratie in Bolivien: Anmerkung zur politischen Durchführbarkeit * Entrüstung über US-Truppen in Bolivien * Das Wunderkorn oder wer braucht Quinua? Was bewirkt der "faire" Handel mit Quinua? * 400 Jahre nach Ihrer Ankunft: Erstes Treffen der Schwarzen Bevölkerung Boliviens * "Mein Block in Chasquipampa" Wie eine deutsche Schülerin den Zensus erlebte * LeserInnenbrief und Antwort der Redaktion zum Artikel "Die Bevölkerungsentwicklung und der Zensus vom 3. Juni 1992" * 100 Jahre im Salar? Vertrag mit LITHCO im Parlament diskutiert * Gasvertrag mit Brasilien.
Preis: Einzelheft DM 3,- Abo ab DM 18,-
Bezug: BOLIVIA, Kottbusser Damm 101, 1000 Berlin 61

Zimbabwe Netzwerk Rundbrief Nr. 25, Oktober 1992
Schwerpunktthema: Dürre in Zimbabwe
Beiträge zu: Hintergründe des Hungers in Landwirtschaft und Weltwirtschaft, Dürrehilfen, Klimaänderung, Medienkritik, Debatte in Zimbabwe, außerdem: Die große Wende in der Schulpolitik?, Bericht vom Frauenseminar, Lebensalltag einer afrikanischen Familie seit 90 Jahren.
Preis: 3,50 (in Briefmarken)
Bezug: Zimbabwe Netzwerk, Gänsheidestr. 43, 7000 Stuttgart 1

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 165/166, Oktober 92
Schwerpunkt Mexiko-Kunst, Literatur und Politik: Mexiko - ein stabiles Land? * Mexiko - Stadtchronik als literarische Bestandsaufnahme der Gegenwart * Crónica urbana - inventario literario del presente * Galeria de los Textos/Textgalerie * Montezumas musikalisches Vermächtnis * Rezension: Todoroff: "Die Eroberung Amerikas - Das Problem des Anderen" * Mexiko-"Aus dem Schatten der Revolution treten" * Ausstellung: Mexiko - Stadt der Frauen * Feministische Politik in den Neunzigern - ein Plädoyer * Hacia Una Política Más Definida en los 90's * Interview mit dem Theatermacher Abiud Aparicio und dem Maler Jorge Pelaez-Avila * Egon Erwin Kisch: Sportbetrieb bei den alten Mayas. Dazu: UNCED - Positionen Afrikanischer Nichtregierungsorganisationen * Interview mit A. Traoré: "Dem Teufel die Seele verkaufen?" * Nachlese zum WWG in München - Kessel und Kino * Interview mit dem Geschäftsführer Miguel Chavez von DETECAFE - einem peruanischen Kleinbauernprojekt * Anti-EG-Kampagne: Maastricht so nicht! Dazu 15 Seiten Serviceteil (Notizen, Medienwelt, Termine, Aktionsbörse u.v.m.)

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 167
Schwerpunkt: Bevölkerungspolitik - Vandana Shiva: Über die Beziehungen von Bevölkerungswachstum und patriarchalischer Machtpolitik * Global Forum Rio: Bevölkerungs-Treaty * Heide Mertens: Bevölkerungspolitik als Bestandteil bundesdeutscher Entwicklungshilfe * Annette Will: Es geht um Zahlen, nicht um Menschen * Saral Kumar Sarkar: Plädoyer für eine ökosozialistische Bevölkerungspolitik * Claudia Bernhard: Männer und Reproduktion * Christa Wichterich: Ökopflicht gegen Menschenrecht? * Shahla Blum: "Wir sind hier, weil ihr dort wart!" * Männer... über Bevölkerungspolitik, Kinderwunsch, Gebärneid und Verhütung * FORUM-Antwort auf Konrad Melchers Bevölkerungspolitik-Einleitung, epd, August '92 * Hans-Peter Hubert: Jugoslawien, Deutschland, Europa - Hintergründe und Konsequenzen * Heleno Saña: Rassismus und europäische Dominanzkultur Textgalerie: Zeugen, gebären, sorgen * Kaffeegruppe AG3WL und Frente Solidario: Antwort auf FORUM-Interview mit Miguel Chavez von DETECAFE * Christine Mansfeld: Kaffee und Gerechtigkeit * MITKA blickt skeptisch zu TransFair * Finanzmisere des BUKO * BUKO-Aufruf zum SPD-Bundesparteitag: Pogrome verhindern - Asyl- und Menschenrechte verteidigen * Bericht zum 12. Bundesweiten Treffen der ImmigrantInnen- und Flüchtlingsinitiativen * und 14 Seiten FORUM-Service
Bezug: Redaktion FORUM, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/325156, Fax: 0421/3378177.

Lateinamerika Nachrichten Nr. 221, November 1992
Guatemala - "Der Spielraum, den man durch den Kampf erobert": Interview mit Rigoberta Menchú, Friedensnobelpreisträgerin 1992 * Literatur-Nobelpreis - Gedichte von Derek Walcott * Brasilien - CIA-Beteiligung am Putsch 1964 neu dokumentiert / Gefängnismassaker in Sao Paulo / Beispiel Sao Bernardo: PT-Verwaltung und Umweltpolitik im Konflikt / Machtlose Umweltpolitik - Interview mit Bernardo Mauricio Waldman * Peru - Und dann wachte Lima auf. Nach der Verhaftung Guzmáns / Pfad in die Triumphatur: Fujimori versucht den Durchmarsch / Nur eine Randerscheinung? Zur hiesigen 'Solidarität' mit Sendero * Kuba / Debatte - Solidarität und Zivilcourage: Zum 'Fall Jesús Díaz' / 'Daran trage ich keine Schuld': Interview mit Eduardo Galeano / Dokumentation: Der Drohbrief von Kulturminister Armando Hart / Worin uns're Schwäche besteht - Kuba Solidarität, neu gedacht / Gastbeitrag von Hanns Eisler und Bert Brecht * Kuba - Jetzt offiziell ohne Atomstrom ins nächste Jahrtausend * Bolivien - Andenmelonen: traditionelle Hüte für den Export * Papst, Gott und die Welt - 500 Jahre sind genug! * 500 Jahre - Ausgestellt und abgehakt: Zur Amerika-Ausstellung in Berlin * El Salvador - Die gefährliche Wahrheit: Bericht über Armee-Verbrechen / 'Selbstzensur in der Menschenrechtsarbeit': Vorwürfe gegen die UNO * Nicaragua - 'Sodomie'-Gesetz unterschrieben / Atlantikküste: Interview mit Caril Omier über die Autonomie * Kurznachrichten - Kuba: Aldana muß gehen / Guayana-Wahlen * Haiti - OAS-Delegation kopflos * Costa Rica - Pestizidnebel * Uruguay - Referendum für ein Referendum gegen die Privatisierung * Termine/Zeitschriftenschau/Neue Bücher
Einzelheft: DM 5,- / Jahresabo: DM 55,-
Bezug: Lateinamerika Nachrichten Vertrieb Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
Tel. 030/694 61 00
Fax. 030/692 65 90

Solidarische Welt Nr. 139
Schwerpunkt: Frauen * Mehr Arbeit für Frauen durch Frauenförderung? * Frauen und Umwelt * Fraueninitiativen in Zimbabwe, Tanzania und Brasilien * Interview mit M. Kishwar, Herausgeberin der indischen Frauenzeitschrift "Manushi" * ASW Distelfonds für Frauenprojekte * Literaturhinweise.
Bezug: Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. (ASW)
Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61

epd-Dritte-Welt-Information: 1992: 1/92 Tourismus und Kinderprostitution
Das Arbeitsblatt von epd-Dritte-Welt-Information 1/91 zum Thema "Tourismus und Kinderprostitution" ist in überarbeiteter Form wieder verfügbar.
Bezug: epd-Vetrieb, Postfach 50 05 50, 6000 Frankfurt 50

KATALOG
Quellen - Zeitgenössische Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika in deutscher Sprache
"Mit über 1.600 belletristischen Titeln von rund 700 Autorinnen und Autoren aus Afrika, der arabischen Welt, Asien, der Karibik und Lateinamerika bietet der Katalog ein einzigartiges Gesamtverzeichnis lieferbarer Übersetzungen aus den drei Kontinenten im deutschsprachigen Raum. Berücksichtigt wurde vornehmlich zeitgenössische Literatur; ausgespart bleiben Bücher von AutorInnen aus Japan, der Türkei und den Staaten der ehemaligen UdSSR."
Zu bestellen bei: Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika e.V. (Reineckestr. 3, Postfach 100116, 6000 Frankfurt/Main 1, Tel. (069) 2102-250, Fax: (069) 2102-227) gegen eine Schutzgebühr von DM 6,00 (ab 10 Exemplaren DM je 3,-; ab 50 Exemplare je DM 2,-) plus Portokosten.

PLAKATAUSSTELLUNG:
"Kinder werden besonders geschont"
Das Thema "Kinder im Krieg" hat terre des hommes von der Gründung der Organisation ab begleitet. Seit 1985 ist es Schwerpunktthema des Vereins. Ab sofort ist für alle Gruppen eine Plakatausstellung erhältlich, die dieses schwierige und ernste Thema in seinen vielfältigen Aspekten knapp und trotzdem umfassend darstellt und zu vertiefender Beschäftigung anregt. Die 16 Plakate (Format DIN A1) behandeln folgende Themen: Alle Kriege sind Kriege gegen Kinder * Massenvernichtung/Eine Rakete = Hunderte von Kindern * Totale Kontrolle mit verdeckten Mitteln/Der Krieg gegen die Armen * Große Waffen in kleinen Händen * Kindersoldaten / Kinder als qualifizierte Mörder * Mädchen / Kriegsgewalt ist auch Geschlechterkampf * Kinder im Gefängnis * Alltag in Trümmern / Viel Vertrautes einfach kaputt * Allein und auf der Straße / Das Schicksal der Waisen * Nach dem Angriff / Krüppelkinder * Tiefe Verstörtheit / Seelische Folge von Kriegen * Nackte Angst / Seelische Verletzungen * Kinderflüchtlinge / Vom Straßenstaub in die Stadtabfälle * Kinderrechte im Schatten des Krieges * Kinder, die Weltpolitik und wir * Viele Tropfen ergeben ein Meer / Kriege sind keine Naturkatastrophen
Vetrieb: PALETTE verlag, Peuntstr. 10, 8600 Bamberg; 60,- DM inclusive Versand und Verpackung; Bitte Verrechnungsscheck beilegen.

Ökologie in Zimbabwe
Das Seminar vom 26. bis 28.3. 1993 in Röttgen beschäftigt sich mit den Themen: Ökologie der kleinbäuerlich geprägten Gebiete und der Einfluß europäischer Umweltschutzverbände auf den Naturschutz in Zimbabwe.
Anmeldung:
Zimbabwe Netzwerk
Gänsheidestr. 43
7000 Stuttgart 1

Landkonflikte - Hunger - Menschenrechte
Ein Wochenendseminar am 30./31. Januar 1993 in Bielefeld zur Menschenrechtsarbeit für Indigene, LandarbeiterInnen und Kleinbauern. Mit Beispielen aus Ecuador, Kolumbien und den Philippinen.
Kosten: DM 40,-
Infos und Anmeldung:
FIAN
Overwegstr. 31
W - 4690 Herne 1
Tel.: 02323 / 490099

3. Bundestreffen der Cuba-Solidaritätsbewegung
Im Mittelpunkt der Diskussionen in Nürnberg zwischen dem 8. und 10. Januar 1993 wird die praktische wie politische Solidarität stehen. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit und weitergehende Vernetzung durch die Einrichtung der zentralen Infostelle Cuba soll Ziel des Treffens ebenso sein, wie die politische Diskussion und die allgemeine Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Soli-Gruppen.
Weitere Informationen bei:
Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.
Theodor-Heuss-Ring 26
5000 Köln 1
Tel.: 0221 / 13 18 36

Die erste Globale Revolution, zwei Jahrzehnte 'Club of Rome'
Eine Tagung vom 12. bis 13. Februar 1993 in der Ev. Akademie Arnoldshain.
Anmeldung und Infos:
Evangelische Akademie Arnoldshain
W-6384 Schmitten 1
Tel.:06084/4031

'More Power to the People' - Konflikte um Demokratisierung in Südostasien
Die Südostasien Informationsstelle veranstaltet vom 12. bis 14. Februar 1993 eine Tagung in Bochum. Die Tagung soll Aufschluß über den politischen Prozeß und die Vorstellung und die Perspektiven von Demokratie in Südostasien geben.
Anmeldung und Infos:
Südostasien Informationsstelle
Josephinenstr. 71
4630 Bochum
Tel.:0234/502748

Von sauberen Bohnen und 'Teas for two' - alternativer Dritte-Welt-Handel an StudentInnen und Hochschulgemeinden
Das Seminar vom 22. bis 24. Januar 1993 in Düsseldorf dient als Forum des Erfahrungsaustausches und der Perspektiventwicklung für Aktionsgruppen.
Anmeldung und Infos:
AGG-Geschäftsstelle
Rheinweg 34
5300 Bonn 1
Tel.:0228/234021

Unser Dorf soll südlicher werden
Möglichkeiten und Perspektiven kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Ein Seminar vom 22. bis 23. Januar 1993 in Esslingen-Liebersbronn.
Anmeldung und Infos:
Gesellschaft für politische Ökologie
Rieckestraße 26
7000 Stuttgart 1

Einheit oder Vielfalt - Wohin steuert der indische Sudkontinent?
Ein Studienseminar vom 12. bis 14. Februar 1993 in Hamminkeln- Dingden.
Anmeldung und Infos:
Akademie Klausenhof
Klausenhofstr. 100
W-4236 Hamminkeln-Dingden
Tel.:02852/89-326

Anforderungen an eine international, sozial und ökologisch verträgliche Zuckerpolitik und die Rolle der EG
Eine Tagung vom 8. bis 10. Februar 1993 in Hamburg.
Anmeldung und Infos:
Koordinationskreis Zuckerkampagne 1992
c/o BUKO Agrar Koordinationskreis
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50
Tel.:040/3909866

Bücher

Martin Zimmermann, **Eritrea - Aufbruch in die Freiheit**; Neuer Weg, Essen 1992, 191 Seiten, DM 27,-

Komitee für Grundrechte und Demokratie, **Informationen aus der Friedensbewegung zum Balkankrieg (Schwerpunkt: Helft den Kriegsflüchtlingen)**; Sensbachtal 1992, DIN A 5, 22 Seiten, 20 Ex. DM 25,-

Christliche Initiative Mittelamerika, **Kirche und 500 Jahre Eroberung Amerikas - Kampf des Vatikan gegen die Theologie der Befreiung - Texte zu einer Ausstellung**; Köln 1992, 38 Seiten, DM 4,-

Peter Feldbauer/Hans-Jürgen Puhle (Hrsg.), **Bauern im Widerstand**; Böhlau Verlag, Wien 1992, 297 Seiten, DM 46,-

Thomas H. Diel (Hrsg.), **500 Jahre Conquista und kein Ende ?**; Metropolis Verlag, Marburg 1992, 154 Seiten, DM 24,80

Thomas Hammer, **Ländliche Entwicklungsstrategien im Wandel der Zeit: Das Beispiel Burkina Faso**; Forschungsstelle für Wirtschaftsgeographie und Raumplanung an der Hochschule St. Gallen, St. Gallen 1992, 60 Seiten

Christliche Initiative Romero, **Fraueneroberungen;** Münster 1992, 67 Seiten DM 10,-

Friedrich Ebert Stiftung, **Textilarbeiterinnen fordern Gerechtigkeit**; Bonn 1992, 79 Seiten

Christina Koch (Hrsg.), **Schöne neue Weltordnung**; Rotpunktverlag, Zürch 1992, 238 Seiten, DM 30,-

Samir Amin, **Das Reich des Chaos**; VSA, Hamburg 1992, 157 Seiten, DM 24,80

Dritte Welt Haus Bielefeld (Hrsg.), **Atlas der Weltverwicklungen - Ein Schaubilderbuch über weltweite Armut, globale Ökologie und lokales Engagement**; Hammer Verlag, Wuppertal 1992, 207 Seiten, DM 19,80

Peter Bettelheim, Silvia Prohing, Robert Streibel (Hrsg.), **Antisemitismus in Osteuropa - Aspekte einer historischen Kontinuität**; Picus Verlag, Wien 1992, 152 Seiten, DM 34,-

Erwin Kräutle, **500 Jahre Lateinamerika - Kein Grund zum Feiern**; Picus Verlag, Wien 1992, 72 Seiten, DM 14,80

Lorna Goodison, **Die Schwertkönigin - Kurzgeschichten aus Jamaika**; dipa Verlag, Frankfurt 1992, 110 Seiten, DM 24,-

Angelica Gorodischer, **Eine Vase aus Alabaster**; Orlanda Frauenverlag, Berlin 1992, 208 Seiten DM 32,-

DIE GRÜNEN IM EUROPAPARLAMENT INFORMIEREN:

WIR PRODUZIEREN FLÜCHTLINGE



Das türkische Militär tötet KurdInnen mit deutschen Waffen. Die Menschen in Kurdistan fliehen aus ihrer Heimat – auch in die BRD. Hier droht ihnen die Abschiebung. Dennoch genehmigte der Bundesverteidigungsausschuß am 23.9.1992 die Lieferung weiterer Kriegswaffen in die Türkei. Diese sollen in den kommenden Monaten an das türkische Militär ausgeliefert werden.

Weitere Informationen:
Rüstungs-Informationsbüro
Postfach 5261
7800 Freiburg

KEINE DEUTSCHEN WAFFEN IN DIE TÜRKEI

V.i.S.d.P. Wilfried Telkämper MdEP
Die Grünen im Europaparlament
Habsburgerstr. 9 · 7800 Freiburg